

Die Kommunistische Partei Deutschlands kann Mitglieder, die in ihrer Propaganda durch Wort, Schrift und Aktion gegen diese Grundsätze verstoßen, nicht in ihren Reihen dulden. Sie ist gezwungen, sie auszuschließen.

Aus: "Der Kämpfer, Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund), Bezirk Groß-Berlin", 1. Jg. (1919), Nr. 20/21 (14./15. Juni 1919).

-VIII-

Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik vorgelegt von der Zentrale auf dem 2. Parteitag der KPD(S) im Oktober 1919

1. Die Revolution, geboren aus der wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats durch den Kapitalismus und aus der politischen Unterdrückung durch die Bourgeoisie zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Ausbeutungsverhältnisses, hat eine zweifache Aufgabe:

Beseitigung der politischen Unterdrückung und Aufhebung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses.

2. Die Ersetzung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses durch die sozialistische Produktionsordnung hat zur Voraussetzung die Beseitigung der politischen Macht der Bourgeoisie und deren Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats.

3. In allen Stadien der Revolution, die der Machtergreifung des Proletariats vorangehen, ist die Revolution ein politischer Kampf der Proletariermassen um die politische Macht.

Dieser Kampf wird mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln geführt.

Die K. P. D. ist sich bewußt, daß dieser Kampf nur mit den größten politischen Mitteln (Massenstreik, Massendemonstrationen, Aufstand) zum siegreichen Ende gebracht werden kann.

Dabei kann die K. P. D. auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, das der Vorbereitung dieser großen Kämpfe dient. Als solches Mittel kommt auch die Beteiligung an Wahlen in Betracht, sei es zu Parlamenten, sei es zu Gemeindevertretungen, sei es zu gesetzlich anerkannten Betriebsräten usw.

Da aber diese Wahlen als nur vorbereitende Mittel dem revolutionären Kampf unterzuordnen sind, kann auf die Anwendung dieser Mittel in ganz besonderen politischen Situationen verzichtet werden, nämlich wenn im Gange befindliche und auf die Entscheidung gehende revolutionäre Aktionen die Anwendung parlamentarischer Mittel vorübergehend oder dauernd überflüssig machen.

Die K. P. D. lehnt daher einerseits die syndikalistische Auffassung von der Überflüssigkeit oder Schädlichkeit politischer Mittel, andererseits die Auf-

fassung der U. S. P. ab, daß revolutionäre Errungenschaften auch im Wege parlamentarischer Beschlüsse oder Verhandlungen mit der Bourgeoisie herbeigeführt werden können.

4. Schon vor Eroberung der Macht ist auf den Ausbau bestehender und die Schaffung neuer Räteorganisationen das größte Gewicht zu legen.

Dabei ist zunächst freilich im Auge zu halten, daß Räte und Räteorganisationen nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. geschaffen werden können, und daß sie nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. gehalten werden können.

Sie verdanken ihre Existenz vielmehr allein dem revolutionären Willen und der revolutionären Aktion der Massen und sind der ideologische und organisatorische Ausdruck des Willens zur Macht für das Proletariat gerade so, wie das Parlament dieser Ausdruck für die Bourgeoisie ist.

Aus diesem Grunde sind die Arbeiterräte auch die gegebenen Träger der revolutionären Aktionen des Proletariats. Innerhalb dieser Arbeiterräte haben sich die Mitglieder der K. P. D. fraktionsmäßig zusammenzuschließen und zu versuchen, durch geeignete Parolen die Arbeiterräte auf die Höhe ihrer revolutionären Aufgabe zu erheben und die Führung der Arbeiterräte und der Arbeitermassen zu gewinnen.

5. Die Revolution, die kein einmaliges Schlagen, sondern das lange, zähe Ringen einer seit Jahrtausenden unterdrückten und daher ihrer Aufgabe und ihrer Kraft nicht von vornherein voll bewußten Klasse ist, ist dem Auf- und Abstieg, der Flut und der Ebbe ausgesetzt. Sie ändert ihre Mittel je nach der Lage, sie greift den Kapitalismus bald von der politischen, bald von der wirtschaftlichen, bald von beiden Seiten an. Die K. P. D. bekämpft die Anschauung, als löste eine wirtschaftliche Revolution eine politische ab.

Die wirtschaftlichen Kampfmittel sind von besonderer Bedeutung, weil sie dem Proletariat über die eigentlichen Ursachen seines wirtschaftlichen und politischen Elends in ganz besonderem Maße die Augen öffnen. Der Wert dieser Kampfmittel steigt um so mehr, als in dem Proletariat die Einsicht wächst, daß auch diese wirtschaftlichen Kampfmittel dem politischen Ziel der Revolution dienen.

Aufgabe der politischen Partei ist es, dem Proletariat den ungehinderten, auch von keiner konterrevolutionären Gewerkschaftsbureaukratie gehemmten Gebrauch dieser wirtschaftlichen Mittel zu sichern, wo nötig, selbst um den Preis der Zerstörung der Form der Gewerkschaft und Schaffung neuer Organisationsformen.

Die Anschauung, als könne man vermöge einer besonderen Organisationsform Massenbewegungen erzeugen, daß die Revolution also eine Frage der Organisationsform sei, wird als ein Rückfall in kleinbürgerliche Utopie abgelehnt.

6. Die Revolution selbst kann nur von den breiten Massen des Proletariats durchgekämpft, der Sieg nur bei deren klarem Willen und tätiger Entschlossenheit errungen und gehalten werden.

Nur die Massen und nur die Tat sind Träger und Mittel der Revolution. Von diesem Gesichtspunkt aus ist zu erklären, daß die passive Resistenz zwar im gegenwärtigen Augenblick die berechtigte Notwehr des Proletariats gegen Unterernährung und körperliche Erschöpfung während des Krieges und somit vollständig berechtigt ist, aber keine Aktion revolutionärer Massen darstellt.

Die individuelle Sabotage, d.h. die Sabotage Einzelner oder kleiner Gruppen verwirft die K. P. D. als ein von Anarchisten und Syndikalisten gepriesenes, tatsächlich aber gegenrevolutionäres Mittel, das die Aktion der Massen durch die Aktion Einzelner ersetzen will, in Wirklichkeit aber dadurch, daß es von den Massen als gegen sie gerichtet empfunden wird, die Revolution hemmt.

Die K. P. D. verwirft die Anschauung als utopisch, als sei der Generalstreik oder irgendeine andere Massenaktion ein einmaliger, unvermittelter, kraft der Organisation beliebig anwendbarer revolutionärer Akt. Der Generalstreik, wie jeder revolutionäre Akt, kann nur als natürliche Frucht aus den jeweils gegebenen politischen und ökonomischen Grundlagen und in organischer Steigerung hervorzunehmen.

7. Die wirtschaftliche Organisation ist die, in der die breiten Massen sich sammeln. Hier steht ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Teil der Masse, die den revolutionären Kampf durchführt.

Die politische Partei ist demgegenüber zur Führung des revolutionären Massenkampfes berufen. In der K. P. D. sammeln sich die vorgeschrittensten und zielklarsten Elemente des Proletariats, die dazu berufen sind, in den revolutionären Kämpfen voranzugehen.

Im Interesse der Einheitlichkeit, geistigen Schulung und Übereinstimmung dieser Führungsschicht müssen sie in der politischen Partei vereinigt sein.

Die syndikalistische Meinung, daß diese Vereinigung der zielklarsten Proletarier in einer Partei nicht notwendig sei, daß vielmehr die Partei gegenüber den wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats zu verschwinden habe oder in ihnen aufgehen müsse, oder daß die Partei ihre Führung in revolutionären Aktionen zugunsten von Betriebsorganisationen usw. aufgeben und sich auf Propaganda beschränken müsse, ist gegenrevolutionär, weil sie die klare Einsicht der Vorhut der Arbeiterklasse durch den chaotischen Trieb der in Gärung geratenen Masse ersetzen will.

Die Partei kann aber dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn sie in revolutionären Epochen in straffster Zentralisation vereinigt ist. Föderalismus in solchen Zeiten ist nur die versteckte Form für die Verneinung und Auflösung der Partei, weil Föderalismus in Wirklichkeit die Partei lähmt. Ebenso wie für die politische ist für die wirtschaftliche Organisation des Proletariats straffste Zentralisation erforderlich. Der Föderalismus in wirtschaftlichen Organisationen macht einheitliche Aktionen der Arbeiter unmöglich. Die K. P. D. verwirft jeden Föderalismus.

8. Mitglieder der K. P. D., die diese Anschauungen über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilen oder ihnen in Wort und Schrift entgegengehandelt haben oder entgegenhandeln, haben aus der Partei auszuscheiden.

Aus: Bericht über den 2. Parteitag der KPD(S) vom 20.-24. Oktober 1919, o. O., o. J., p. 3 ff.

-IX-

Prinzipienerklärung der Freien Arbeiter-Union Deutschlands
(Syndikalisten)(FAUD) angenommen im Dezember 1919

Die Prinzipienerklärung des Syndikalismus

Die heutige Gesellschaftsordnung, die auch die kapitalistische genannt wird, gründet sich auf die wirtschaftliche, politische und soziale Versklavung des werktätigen Volkes und findet einerseits im sogenannten "Eigentumsrecht", d.h. im Monopol des Besitzes, andererseits im Staat, d.h. im Monopol der Macht, ihren wesentlichen Ausdruck.

Durch die Monopolisierung des Bodens und der übrigen Produktionsmittel in der Hand kleiner privilegierter Gesellschaftsgruppen sind die produzierenden Klassen gezwungen, ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten den Eigentümern zu verkaufen, um ihr Leben fristen zu können und müssen infolgedessen einen erheblichen Teil ihres Arbeitsertrages an die Monopolisten abtreten. Auf diese Weise in die Stellung rechtloser Lohnsklaven gedrängt, haben sie keinerlei Einfluß auf den Gang und die Gestaltung der Produktion, die ganz und gar dem Selbstbestimmungsrecht der Kapitalisten überlassen ist. Es ist daher auch ganz natürlich, daß bei einem solchen Zustand der Dinge die Grundlage der heutigen Gütererzeugung nicht durch die Bedürfnisse der Menschen, sondern in erster Linie durch die Voraussetzung des Gewinnes für den Unternehmer bestimmt wird.

Da aber dasselbe System auch dem Austausch und der Verteilung der Produkte zugrunde liegt, so sind die Folgen auch auf diesem Gebiet dieselben und finden in der rücksichtslosen Ausbeutung der breiten Massen zugunsten einer kleinen Minderheit Besitzender ihren Ausdruck. Ist die Beraubung des Produzenten der mehr oder weniger verschleierte Zweck der kapitalistischen Produktion, so ist der Betrug an den Konsumenten der eigentliche Zweck des kapitalistischen Handels.

Die Syndikalisten sind der Meinung, daß politische Parteien, welchem Ideenkreise sie auch angehören, niemals imstande sind, den sozialistischen Aufbau durchzuführen zu können, sondern daß diese Arbeit nur von den wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter geleistet werden kann. Aus diesem Grunde erblicken sie in der Gewerkschaft keineswegs ein vorüber-

gehendes Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, sondern die Keimzelle der zukünftigen sozialistischen Wirtschaftsorganisationen. In diesem Sinne erstreben die Syndikalisten schon heute eine Form der Organisation, die sie befähigen soll, ihrer großen historischen Mission und in derselben Zeit dem Kampfe für die täglichen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerecht zu werden.

An jedem Orte schließen sich die Arbeiter der revolutionären Gewerkschaft ihrer resp. Berufe an, die keiner Zentrale unterstellt ist, ihre eigenen Gelder verwaltet und über vollständige Selbstverwaltung verfügt. Die Gewerkschaften der verschiedenen Berufe vereinigen sich an jedem Orte in der Arbeiterbörse, dem Mittelpunkt der lokalen gewerkschaftlichen Tätigkeit und der revolutionären Propaganda. Sämtliche Arbeiterbörsen des Landes vereinigen sich in der Allgemeinen Föderation der Arbeiterbörsen, um ihre Kräfte in allgemeinen Unternehmungen zusammenfassen zu können.

Außerdem ist jede Gewerkschaft noch föderativ verbunden mit sämtlichen Gewerkschaften desselben Berufs im ganzen Lande und diese wieder mit den verwandten Berufen, die sich zu großen allgemeinen Industrieverbänden zusammenschließen. Auf diese Weise bilden die Föderation der Arbeiterbörsen und die Föderation der Industrieverbände die beiden Pole, um die sich das ganze gewerkschaftliche Leben dreht.

Würden nun bei einer siegreichen Revolution die Arbeiter vor das Problem des sozialistischen Aufbaus gestellt, so würde sich jede Arbeiterbörse in eine Art lokales statistisches Büro verwandeln, um sämtliche Häuser, Lebensmittel, Kleider usw. unter ihre Verwaltung zu nehmen. Die Arbeiterbörse hätte die Aufgabe, den Konsum zu organisieren und durch die Allgemeine Föderation der Arbeiterbörsen wäre man dann leicht imstande, den Gesamtverbrauch des Landes berechnen und auf die einfachste Art organisieren zu können.

Die Industrieverbände ihrerseits hätten die Aufgabe, durch ihre lokalen Organe und mit der Hilfe der Betriebsräte sämtliche vorhandenen Produktionsmittel, Rohstoffe usw. unter ihre Verwaltung zu nehmen und die einzelnen Produktionsgruppen und Betriebe mit allem Notwendigen zu versorgen. Mit einem Worte: Organisation der Betriebe und Werkstätten durch die Betriebsräte; Organisation der allgemeinen Produktion durch die industriellen und landwirtschaftlichen Verbände; Organisation des Konsums durch die Arbeiterbörsen.

Unter dem System des Kapitalismus werden alle Errungenschaften der Wissenschaft und des geistigen Fortschritts dem Monopolisten untertan gemacht. Jede neue Entwicklung auf dem Gebiete der Technik, der Chemie usw. trägt dazu bei, die Reichtümer der besitzenden Klassen ins Ungemessene zu steigern, im schauerlichen Gegensatz zu dem sozialen Elend breiter Gesellschaftsschichten und zu der andauernden wirtschaftlichen Unsicherheit der produzierenden Klassen.

Durch den ununterbrochenen Kampf der verschiedenen nationalen kapi-

talistischen Gruppen um die Beherrschung der Märkte wird eine ständige Ursache innerer und äußerer Krisen geschaffen, die periodisch in verheerenden Kriegen zur Entladung kommen, unter deren schrecklichen Folgen wiederum die unteren Schichten der Gesellschaft fast ausschließlich zu leiden haben. Die gesellschaftliche Klasseneinteilung und der brutale Kampf "Alle gegen Alle", diese charakteristischen Merkmale der kapitalistischen Ordnung, wirken in derselben Zeit auch degenerierend und verhängnisvoll auf den Charakter und das Moralempfinden des Menschen, indem sie die unschätzbaren Eigenschaften der gegenseitigen Hilfe und des solidarischen Zusammengehörigkeitsgefühls, jene kostbare Erbschaft, welche die Menschheit aus den früheren Perioden ihrer Entwicklung übernommen hat, in den Hintergrund drängen und durch krankhafte antisoziale Züge und Gewohnheiten ersetzen, die im Verbrechen, in der Prostitution und in allen anderen Erscheinungen der gesellschaftlichen Fäulnis ihren Ausdruck finden.

Mit der Entwicklung des Privatbesitzes und der damit verbundenen Klassegegensätze entstand für die besitzenden Klassen die Notwendigkeit einer mit allen technischen Gewaltmitteln ausgerüsteten politischen Organisation zum Schutze ihrer Privilegien und zur Niederhaltung der breiten Massen - der Staat. Ist der Staat somit in erster Linie ein Produkt des Privatmonopols und der Klassenteilung, so wirkt er, einmal in Existenz, mit allen Mitteln der List und Gewalt für die Aufrechterhaltung des Monopols und der Klassenunterschiede, folglich für die Verewigung der wirtschaftlichen und sozialen Versklavung der breiten Massen des Volkes und hat sich im Laufe seiner Entwicklung zur gewaltigsten Ausbeutungsinstitution der zivilisierten Menschheit emporgeschwungen.

Die äußerliche Form des Staates ändert an dieser geschichtlichen Tatsache nichts. Monarchie oder Republik, Despotie oder Demokratie - sie alle stellen nur verschiedene politische Ausdrucksformen des jeweiligen wirtschaftlichen Ausbeutungssystems vor, die sich zwar in ihrer äußerlichen Gestaltung, nie aber in ihrem innerlichen Wesen voneinander unterscheiden und in allen ihren Formen nur eine Verkörperung der organisierten Gewalt der besitzenden Klassen sind.

Mit der Entstehung des Staates beginnt die Ära der Zentralisation, der künstlichen Organisation von oben nach unten. Kirche und Staat waren die ersten Vertreter dieses Systems und sind bis heute sein vornehmster Träger geblieben. Und da es im Wesen des Staates liegt, alle Zweige des menschlichen Lebens seiner Autorität unterzuordnen, so mußte die Methode der Zentralisierung desto verhängnisvollere Folgen haben, je mehr der Staat den Kreis seiner Funktionen erweitern und ausbauen konnte. Ist doch der Zentralismus die extremste Verkörperung jenes Systems, das die Regelung der Angelegenheit aller einzelnen Personen in Bausch und Bogen überträgt.

Dadurch wird der Einzelne zur Marionette, die von oben her gelenkt und geleitet wird, ein totes Rad in einem ungeheuren Mechanismus. Die Interessen der Allgemeinheit müssen den Privilegien einer Minderheit das Feld

räumen, die persönliche Initiative dem Befehl von oben, die Verschiedenartigkeit der Uniformität, die innere Verantwortlichkeit einer toten Disziplin, die Erziehung der Persönlichkeit einer geistlosen Dressur - und das alles zu dem Zwecke, loyale Untertanen heranzubilden, die an dem Fundament des Bestehenden nicht zu rütteln wagen, willige Ausbeutungsobjekte für den kapitalistischen Arbeitsmarkt. So wird der Staat zum mächtigsten Hemmnis jedes Fortschritts und jeder Befreiungsbestrebung des arbeitenden Volkes.

Die Syndikalisten, in klarer Erkenntnis der oben festgestellten Tatsachen, sind prinzipielle Gegner jeder Monopolwirtschaft. Sie erstreben die Vergesellschaftlichung des Bodens, der Arbeitsinstrumente, der Rohstoffe und aller sozialen Reichtümer; die Reorganisation des gesamten Wirtschaftslebens auf der Basis des freien, d. h. des staatenlosen Kommunismus, der in der Devise: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!" seinen Ausdruck findet.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Sozialismus letzten Endes eine Kulturfrage ist und als solche nur von unten nach oben durch die schöpferische Tätigkeit des Volkes gelöst werden kann, verwerfen die Syndikalisten jedes Mittel einer sogenannten Verstaatlichung, das nur zur schlimmsten Form der Ausbeutung, zum Staatskapitalismus, nie aber zum Sozialismus führen kann.

Die Syndikalisten sind der Überzeugung, daß die Organisation einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nicht durch Regierungsbeschlüsse und Staatsdekrete geregelt werden kann, sondern nur durch den Zusammenschluß aller Kopf- und Handarbeiter, in jedem besonderen Produktionszweige; durch die Übernahme der Verwaltung jedes einzelnen Betriebes durch die Produzenten selbst und zwar in der Form, daß die einzelnen Gruppen, Betriebe und Produktionszweige selbständige Glieder des allgemeinen Wirtschaftsorganismus sind, die auf Grund gegenseitiger und freier Vereinbarungen die Gesamtproduktion und die allgemeine Verteilung planmäßig gestalten im Interesse der Allgemeinheit.

Als Gegner jeder staatlichen Organisation verwerfen die Syndikalisten die sogenannte Eroberung der politischen Macht und sehen vielmehr in der radikalen Beseitigung jeder politischen Macht die erste Vorbedingung zu einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist aufs engste verknüpft mit der Beherrschung des Menschen durch den Menschen, so daß das Verschwinden der einen notwendigerweise zum Verschwinden der anderen führen muß.

Die Syndikalisten verwerfen prinzipiell jede Form der parlamentarischen Betätigung, jede Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften, ausgehend von der Erkenntnis, daß auch das freieste Wahlrecht die klaffenden Gegensätze innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht mildern kann und daß das ganze parlamentarische Regime nur den Zweck verfolgt, dem System der Lüge und der sozialen Ungerechtigkeit den Schein des legalen Rechts zu

verleihen - den Sklaven zu veranlassen, seiner eigenen Sklaverei den Stempel des Gesetzes aufzudrücken.

Die Syndikalisten verwerfen alle willkürlich gezogenen politischen und nationalen Grenzen; sie erblicken im Nationalismus lediglich die Religion des modernen Staates und verwerfen prinzipiell alle Bestrebungen zur Erzielung einer sogenannten nationalen Einheit, hinter der sich doch nur die Herrschaft der besitzenden Klassen verbirgt. Sie anerkennen nur Unterschiede regionaler Natur und fordern für jede Volksgruppe das Recht, ihre Angelegenheiten und ihre besonderen Kulturbedürfnisse gemäß ihrer eigenen Art und Veranlagung erledigen zu können im solidarischen Einverständnis mit anderen Gruppen und Volksverbänden.

Die Syndikalisten stehen auf dem Boden der direkten Aktion und unterstützen alle Bestrebungen und Kämpfe des Volkes, die mit ihren Zielen - der Abschaffung der Wirtschaftsmonopole und der Gewaltherrschaft des Staates - nicht im Widerspruch stehen. Ihre Aufgabe ist es, die Massen geistig zu erziehen und in den wirtschaftlichen Kampforganisationen zu vereinen, um dieselben durch die direkte wirtschaftliche Aktion, die im sozialen Generalstreik ihren höchsten Ausdruck findet, der Befreiung vom Joche der Lohnsklaverei und des modernen Klassenstaates entgegenzuführen.

Aus: "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 50.

-X-

Satzungen der Union der Hand- und Kopfarbeiter
Deutschlands (Räteorganisation)
Mitglied der Roten Gewerkschaftsinternationale

§ 1.

Name und Sitz der Organisation.

Die Organisation führt den Namen "Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)". Sitz der Zentrale der Organisation ist Berlin.

§ 2.

Grundlage.

Die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) ist eine Einheitsorganisation. Sie baut sich auf nach dem Räteystem und erstrebt den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter ohne Unterschied der Berufe.

§ 3.

Zweck, Ziel und Aufgabe der Organisation.

Die Organisation steht rückhaltlos auf dem Boden des Klassenkampfes und lehnt jede Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum ab. Sie hat den Zweck, die soziale und wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu heben und für deren geistige Schulung und Aufklärung Sorge zu tragen. Ihr Endziel ist die Beseitigung der privat-kapitalistischen Wirtschaft und Aufrichtung der sozialistisch-kommunistischen Bedarfswirtschaft.

Solange die Organisation sich im Kampf um die Erringung dieses Zieles befindet, erwachsen ihr folgende Aufgaben:

- a) Zusammenschluß aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Kopf- und Handarbeiter;
- b) Aufklärung der Mitglieder in Wort und Schrift; Entwicklung des Selbstbewußtseins und des Solidaritätsgedankens;
- c) Herausgabe von Fachzeitschriften, Veranstaltungen von Unterrichtskursen und belehrenden Vorträgen, Einrichtung von Bibliotheken, Herausgabe von Flugschriften usw.;
- d) Erteilung von unentgeltlichem Rechtsschutz, soweit die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis oder aus der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung entstehen oder wegen des Eintretens für die Organisation;
- e) Gewährungen von Unterstützungen bei Maßregelungen, hervorgerufen entweder durch die Zugehörigkeit zur Organisation, durch Tätigkeit im Sinne derselben, durch Teilnahme an Aktionen im Sinne dieser Satzungen. Die Unterstützungen werden aus dem Kampffonds gezahlt. (Siehe Satzungen des Kampffonds);
- f) Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter anderem auch durch den Abschluß möglichst günstiger Tarifverträge (Beteiligung an Lohnverhandlungen);
- g) Kampf um das volle Mitbestimmungs- und Kontrollrecht innerhalb des gesamten Arbeits- und Produktionsprozesses;
- h) Kampf um die Einstellung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß und Neuordnung und Erleichterung der Arbeitsvermittlung;
- i) Kampf um die Produktionsmittel und in Verfolg dessen Uebernahme der Produktion;
- k) Einleitung und Durchführung eines rücksichtslosen Kampfes gegen die Amsterdamer gelbe Gewerkschafts-Internationale und das internationale Arbeitsamt des Völkerbundes;
- l) Aufnahme und Ausbau internationaler Verbindungen zur internationalen Verbreiterung der Kampfbasis.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedient sich die Organisation aller ihr zur Verfügung stehenden Kampfmittel.

Die Organisation beteiligt sich während der Zeit des Kampfes um die Erringung des Endzieles an allen gesetzlichen Körperschaften (gesetzliche Betriebsräte usw.).

Die Durchführung von Tarifverhandlungen und die Beurkundung der Tarife erfolgt durch die jeweils zuständigen Organe der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) gemeinsam mit den in Frage kommenden Betriebsräten.

Die Reichszentrale ist berechtigt, im Einverständnis mit dem Wirtschaftsrat, in den Fällen des letzten Absatzes besondere Ausführungsbestimmungen mit bindender Kraft zu erlassen.

§ 4.

Gliederung.

Die Organisation baut sich auf der Grundlage des Räteystems auf und bildet Betriebsorganisationen. Wo die Verhältnisse die Bildung solcher nicht zulassen, bilden sich Zahlstellen. Die Betriebsorganisationen bzw. Zahlstellen vereinigen sich zu Ortsgruppen, diese wieder zu Unterbezirken und letztere zu Wirtschaftsbezirken.

Die Einteilung in Wirtschaftsbezirke erfolgt durch den Reichskongreß, die Einteilung der Unterbezirke durch die Konferenz der Bezirkswirtschaftsräte. Die Einteilung der Ortsgruppen durch die Generalversammlung des Unterbezirks.

Die Organisation gliedert sich weiterhin in Industriegruppen. Die Einteilung der Mitgliedschaft in Industriegruppen wird durch den Reichskongreß vorgenommen. Mitglieder eines Industriezweiges, deren Stärke die Bildung einer eigenen Industriegruppe nicht zuläßt, werden durch Beschluß des Reichskongresses einer bereits bestehenden selbständigen Industriegruppe angegliedert.

Neue Industriegruppen werden bis zum nächsten Reichskongreß im Einverständnis mit dem Bezirkswirtschaftsrat, bei Reichsmaßstab im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsrat einer anderen bereits bestehenden Industriegruppe angegliedert resp. selbständig gemacht.

§ 5.

Mitgliedschaft.

Mitglied kann jeder Hand- und Kopfarbeiter (=arbeiterin) werden, welche die Satzungen der Organisation anerkennen.

Die Aufnahme erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. In strittigen Fällen entscheidet die Mitgliedschaft.

Aus anderen Organisationen übertretenden Mitgliedern wird die Zeit der dortigen Mitgliedschaft angerechnet.

Den einzelnen Mitgliedern steht ein Rechtsanspruch auf das Organisationsvermögen nicht zu.

A) Pflichten.

Die Mitglieder der Organisation dürfen keiner anderen gewerkschaftlichen Organisation angehören. Jedes Mitglied ist verpflichtet, an den von der Organisation veranstalteten Versammlungen, Unterrichtskursen usw. teilzunehmen. Dasselbe gilt für jede Form der Agitation (Verbreitung von Flugschriften, mündl. Agitation usw.).

Die Mitglieder sind verpflichtet, die Beschlüsse, Anordnungen und Maßnahmen der Organisationsorgane einzuhalten und restlos zur Durchführung zu bringen.

Wohnungs-, Arbeits- und Stellenwechsel sind den zuständigen Geschäftsstellen umgehend mitzuteilen. Jedes Mitglied ist dort zuständig, wo sich seine Arbeitsstelle befindet.

B) Rechte.

Jedes Mitglied hat beratende und beschließende Stimme, sofern es nicht länger als acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist. Nach Ablauf dieser Frist ruhen sämtliche Rechte.

Jedes Mitglied hat weiter das Recht auf pünktliche Zustellung der Zeitung, auf Erteilung von Rechtsschutz nach § 3, Abs. d, und Anspruch auf die in den Satzungen des Kampffonds gewährten Rechte, soweit es die dort verlangten Bedingungen erfüllt. (Siehe Satzungen des Kampffonds.)

§ 6.

Beiträge.

Das Eintrittsgeld beträgt 2 Mark. Uebertritt aus anderen Organisationen ist frei, sofern der Betreffende nicht länger als acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist.

Für die Ausstellung eines verloren gegangenen Mitgliedsbuches sind 2 Mark zu entrichten.

Der wöchentliche Grundbeitrag beträgt:
In Klasse I bei einem wöchentlichen Einkommen über 120 Mark 1.10 Mark.
In Klasse II bei einem wöchentlichen Einkommen von unter 120 Mark wöchentlich 0.60 Mark.

Mitglieder, die Monatslohn oder -Gehalt beziehen, können die vorerwähnten Beiträge in der Form zahlen, daß sie für den ersten und zweiten Monat eines jeden Vierteljahres die Beiträge für vier Wochen, im dritten Monat für fünf Wochen entrichten.

Die Beitragsklassen werden für diese wie folgt geregelt:
Klasse I bei einem monatlichen Einkommen über 500 Mk.
Klasse II bei einem monatl. Einkommen unter 500 Mk.

Der Grundbeitrag ist an die Bezirkszentrale abzuführen.

Arbeitslosigkeit sowie Krankheit, soweit im letzteren Falle Lohn oder Gehalt für die Dauer derselben nicht gezahlt wird, befreit von der Beitragszahlung.

Zu den Grundbeiträgen werden durch Beschluß der Konferenz des Wirtschaftsbezirks besondere Zuschläge erhoben.

Ebenso sind die Industriegruppen berechtigt, Zuschläge zu erheben, die durch den Beschluß des jeweils zuständigen Reichsgruppenrates der Industriegruppe festgelegt werden.

§ 7.

Erlöschen der Mitgliedschaft.

Der Austritt aus der Organisation ist jederzeit gestattet. Er muß der zuständigen Geschäftsstelle mitgeteilt werden.

Der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgt, wenn:

- a) den Bestimmungen der Satzungen nicht Folge geleistet wird;
- b) Handlungen begangen werden, die den Interessen der Organisation erweislich zuwiderlaufen;
- c) ein besonderer Antrag dies unter genauer Angabe des Sachverhalts fordert;
- d) bei Streiks und Aktionen die Solidaritätspflicht verletzt wird;
- e) Mitglieder länger als 8 Wochen mit den Beiträgen im Rückstande sind und trotz Aufforderung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Ausschlußanträge können von jeder Körperschaft der Organisation gestellt werden. Die Entscheidung fällt die Generalversammlung der zuständigen B. O. oder Zahlstelle.

Wird gegen den Beschluß der betr. Generalversammlung nicht innerhalb vier Wochen Einspruch bei dem zuständigen B. W. R. erhoben, so ist der Ausschluß endgültig. Gegen den Beschluß der zuständigen B. W. R. - Konferenz ist Berufung an den Reichskongreß zulässig. Im letzteren Falle ist ein Antrag, wie alle anderen zum Reichskongreß satzungsgemäß einzureichen. Der Reichskongreß entscheidet endgültig.

Der Auszuschließende muß in allen Fällen mündlich gehört werden.

In dem Verfahren kann auf Erteilung einer Rüge, Aberkennung der Organisationsfunktionen für eine bestimmte Zeit oder für die Dauer oder auf Ausschluß erkannt werden. Im Falle des Ausschlusses ist dieser Beschluß unter kurzer Angabe der Gründe in der nächsten Nummer des Zentralorgans zu veröffentlichen.

Der Bezirkswirtschaftsrat, die Reichszentrale und der Reichswirtschaftsrat sind berechtigt, in den Fällen des Abs. 2 Lit. a bis e jedes Mitglied und jeden Funktionär mit sofortiger Wirkung zu dispensieren. Gegen die Beschlüsse steht den Betreffenden ein Einspruchsrecht an die Generalversammlung des Wirtschaftsbezirks, an den Reichswirtschaftsrat und an den Reichskongreß zu. Bis zu deren Entscheidung behält der Beschluß Gültigkeit.

Die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen oder die Aufhebung der Dispensierung kann nur erfolgen, wenn diejenige Körperschaft, welche den Ausschluß resp. die Dispensierung beantragt resp. beschlossen hat, vorher gehört worden ist.

§ 8.

Wahl der Funktionäre.

In den Betrieben oder auf den Arbeitsstätten (Zahlstellen) werden die Funktionäre mit einfacher Mehrheit gewählt. Ihre Wahldauer ist unbegrenzt. Auf Antrag aus der Mitgliedschaft können jederzeit Neuwahlen erfolgen.

Die Ortsgruppenräte werden im Verhältnis der Stärke der einzelnen Industriegruppen am Orte in der Funktionärkonferenz der Betriebsorganisation und Zahlstellen der Ortsgruppe gewählt. Die Wahl erfolgt mit einfacher Mehrheit und kann auf Antrag aus der Mitte der Funktionäre jederzeit neu erfolgen.

Die Leitung des Unterbezirks wird in der Konferenz desselben ebenso wie die Freigestellten mit einfacher Majorität auf ständigen Widerruf gewählt. Die Zurückberufung erfolgt durch einfache Majorität bei Anwesenheit von mindestens zwei Drittel der Stimmberechtigten. Dasselbe gilt auch für die Leitung und Freigestellte des Wirtschaftsbezirks.

Die Freigestellten der Reichszentrale werden durch den Reichskongreß mit einfacher Majorität gewählt. Sie stehen auf jedem ordentlichen Reichskongreß zur Neuwahl. Vorgeschlagen werden sie von jeder selbständigen Industriegruppe mit je einem Vertreter.

Die Industriegruppen haben das Recht, die Zurückziehung ihres Vertreters in der Reichszentrale beim Reichswirtschaftsrat jederzeit zu beantragen. Dieser hat dann einen Kongreß der betreffenden Industriegruppe einzuberufen, der mit einfacher Majorität die Zurückziehung beschließt.

Der Reichswirtschaftsrat wird gleichfalls auf dem Reichskongreß gewählt.

Der Reichsgruppenrat einer Industriegruppe wird durch die Delegierten der aus den Wirtschaftsbezirken einer Industriegruppe angehörenden Betriebe und Zahlstellen gewählt. Wiederwahl ist in allen Fällen zulässig.

Alle Funktionäre und Freigestellte der Organisation können jederzeit zurückberufen werden (jederzeitiges Rückberufungsrecht), wenn sie ihre Funktionen nicht im Interesse der Organisation ausüben oder den Aufgaben, die ihnen aus ihren Funktionen entstehen, nicht gewachsen sind.

§ 9.

Verwaltung.

A. Betriebsorganisation oder Zahlstellen.

Die Grundlage der Organisation ist die Betriebsorganisation oder Zahlstelle. Ob Betriebsorganisationen oder Zahlstellen zu bilden sind, wird ent-

schieden durch die Eigenart und die Zweckmäßigkeit des Zusammenschlusses.

Zu ihrer Leitung wählen die Betriebsorganisationen oder Zahlstellen zwei gleichberechtigte Vorsitzende, einen Schriftführer, einen Kassierer und einen Beisitzer. Zur Kontrolle der Kassengeschäfte werden drei Revisoren gewählt, die nicht Mitglieder der Leitung sind. Der Vorsitzende beruft monatlich mindestens eine Versammlung ein und hat nach Bedarf oder auf Antrag eines Drittels der Mitgliedschaft eine Generalversammlung einzuberufen. Die Generalversammlung der Betriebsorganisationen oder Zahlstellen ist deren höchste Instanz.

B. Ortsgruppen.

Die Zahlstellen und Betriebsorganisationen schließen sich zu Ortsgruppen zusammen. Zur Leitung derselben wählt die Generalversammlung zwei Vorsitzende mit gleichen Rechten, einen Schriftführer, einen Kassierer und je einen Beisitzer für jede in der Ortsgruppe vertretene Industriegruppe. Die Ortsleitung ruft nach Bedarf die Mitgliederversammlung ein, die jedoch mindestens einmal im Monat stattzufinden hat. Auf Antrag eines Drittels der Mitgliedschaft einer Ortsgruppe ist sofort eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen.

Jede Ortsgruppe verwaltet ihre inneren Angelegenheiten selbständig. Innere Angelegenheiten der Ortsgruppe sind solche, die sich aus ihrer Tätigkeit für die Organisation innerhalb des Rahmens derselben ergeben.

Die Ortsleitung ist der Generalversammlung der Ortsgruppe als deren höchste Instanz verantwortlich.

Die Generalversammlung tritt nach Bedarf, jedoch mindestens alle drei Monate zusammen. Die Einberufung der Generalversammlung erfolgt durch die Ortsleitung. Sie setzt sich zusammen aus allen Mitgliedern. Sollte deren Zahl zu groß sein, so wird durch die Generalversammlung der Ortsgruppe ein Delegationsmodus auf der Grundlage der einzelnen Betriebsorganisationen und Zahlstellen beschlossen.

Versammlungen der einzelnen Industriegruppen werden durch die Vertreter derselben in der Ortsleitung nach Bedarf einberufen.

C. Unterbezirke.

Die Unterbezirksleitung wird gewählt von den einzelnen Ortsgruppenräten. Sie setzt sich aus zwei Vorsitzenden mit gleichen Rechten, einem Schriftführer und je einem Beisitzer für jede im Unterbezirk vorhandene Industriegruppe zusammen. Die Leitung des Unterbezirks ist der Konferenz derselben als höchste Instanz und der Konferenz des Bezirkswirtschaftsrates verantwortlich.

Alle drei Monate muß eine Konferenz in den Unterbezirken stattfinden. Die einzelnen Betriebsorganisationen oder Zahlstellen entsenden bis zu 250

zahlende[n] Mitglieder[n] einen Delegierten, bis zu 500 Mitgliedern zwei Delegierte, bis zu 1000 zahlenden Mitgliedern 3 Delegierte. Für jedes weitere volle Tausend einen Delegierten. Die Einberufung der Konferenz des Unterbezirks erfolgt durch die Unterbezirksleitung. Die Tagesordnung ist mindestens drei Wochen vorher den Ortsgruppen mitzuteilen. Anträge zur Konferenz müssen mindestens eine Woche vor Beginn derselben an die Unterbezirksleitung eingereicht werden. Versammlungen der einzelnen Industriegruppen innerhalb des Unterbezirks werden durch die Vertreter der Industriegruppen in der Unterbezirksleitung einberufen.

Die Konferenz wählt die Unterbezirksleitung u. die Freigestellten. Sie regelt gleichfalls deren Bezahlung.

Jeder Unterbezirk ist in der Erledigung der inneren organisatorischen Angelegenheiten selbständig. Innere Angelegenheiten des Unterbezirks sind solche, die sich aus der Tätigkeit für die Organisation innerhalb des Rahmens derselben ergeben.

D. Wirtschaftsbezirke.

Die Unterbezirke schließen sich zu Wirtschaftsbezirken zusammen. Die Leitung besteht aus zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, einem Schriftführer und je einem Vertreter der im Wirtschaftsbezirk vorhandenen Industriegruppen. Sie führt die Bezeichnung Bezirkswirtschaftsrat und wird von der Konferenz des Bezirks ebenso wie die Freigestellten der Geschäftsleitung gewählt. Die Besoldung der Freigestellten wird von der Konferenz geregelt.

Der Gesamtbezirkswirtschaftsrat besteht aus allen Bezirkswirtschaftsräten der einzelnen Industriegruppen.

Je nach Bedarf werden von der Leitung des BWR. im Einvernehmen mit der Geschäftsstelle Konferenzen zur Erledigung der eingelaufenen Anträge und zur Beratung aller die Organisation betreffenden Fragen einberufen.

Die Geschäftsleitung nimmt an diesen Konferenzen mit beratender Stimme teil.

Alle sechs Monate muß eine Konferenz in den Wirtschaftsbezirken stattfinden. Die einzelnen Betriebsorganisationen und Zahlstellen entsenden bis zu 500 zahlende[n] Mitglieder[n] einen Delegierten, bis zu 1000 zwei, für jedes weitere volle Tausend je einen weiteren Delegierten.

Die Einberufung der Konferenz erfolgt durch den BWR. unter Bekanntgabe an die Geschäftsleitung. Die Tagesordnung ist mindestens vier Wochen vorher den Unterbezirken zur Weiterleitung an die Ortsgruppen, Betriebsorganisationen und Zahlstellen mitzuteilen.

Anträge zur Konferenz müssen mindestens eine Woche vor Beginn derselben an die Geschäftsleitung eingereicht werden.

Konferenzen der einzelnen Industriegruppen innerhalb des Wirtschaftsbezirks werden durch ihre Vertreter im BWR. im Einvernehmen mit der Geschäftsleitung nach Bedarf einberufen.

Die Geschäftsleitung des Wirtschaftsbezirks hat nachstehende Aufgaben:

1. Ausgabe der Beitragsmarken und Kassierung der Beiträge für den Wirtschaftsbezirk.
2. Ausgabe von sonstigem Material, Zeitungen, Flugblättern usw.
3. Erteilung von Rechtsschutz, soweit in den Unterbezirken keine Geschäftsleitung vorhanden ist. Wo dies der Fall ist, übernehmen die Unterbezirke die Rechtsschutzangelegenheiten selbständig.
4. Agitation und Propaganda innerhalb des Wirtschaftsbezirks.
5. Vertretungen des Wirtschaftsbezirks nach innen und außen.
6. Erledigung der sonstigen Geschäfte.

Die Geschäftsleitung ist der Reichszentrale verantwortlich.

E. Reichszentrale.

Die Reichszentrale setzt sich zusammen aus je einem Vertreter jeder selbständigen Industriegruppe. Die Vertreter werden durch den Reichskongreß gewählt. Das Vorschlagsrecht steht den Industriegruppen zu. Die Reichszentrale ist dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichskongreß für ihre Tätigkeit in jeder Hinsicht verantwortlich. Die Einstellung von Hilfspersonal erfolgt durch die Reichszentrale auf Beschluß des Reichswirtschaftsrats, der die Besoldung der Angestellten zu regeln hat. Die Reichszentrale hat folgende Aufgaben:

1. Ausgabe der Marken, Kassierung der Pflichtbeiträge für die einzelnen Wirtschaftsbezirke.
2. Vertretung der Organisation nach innen und außen, namentlich Behörden und dritten Personen gegenüber.
3. Erledigung aller Angelegenheiten, die nicht durch diese Satzungen anderen Organen der Organisation vorbehalten sind.
4. Die Aufrechterhaltung der Satzungen zu überwachen und alle satzungsgemäßen Beschlüsse zu vollziehen.
5. Leitung der gesamten Agitation und Propaganda.
6. Kontrolle des gesamten geschäftlichen Teils der Organisation.
7. Herausgabe des Zentralorgans und der einzelnen Fachbeilagen.

Die Besoldung der Freigestellten der Reichszentrale wird durch den Reichswirtschaftsrat geregelt. Als Basis gilt eine Norm, die durch den Reichskongreß festzulegen ist. Besondere Spesen unterliegen dem Beschluß des Reichswirtschaftsrates.

§ 10.

Reichswirtschaftsrat.

Jeder Wirtschaftsbezirk entsendet je einen Delegierten der Industriegruppen in den Reichswirtschaftsrat. Die Leitung des Reichswirtschaftsrats setzt sich aus zwei Vorsitzenden mit gleichen Rechten und einem Schriftführer und zwei Beisitzern zusammen. Der Reichswirtschaftsrat wird vom

Reichskongreß gewählt, dem er als höchste Instanz verantwortlich ist. Er ist ehrenamtlich tätig, die entstehenden Kosten werden von der Reichszentrale getragen.

Der Reichswirtschaftsrat hat die Aufgabe, alle Fragen, welche die Gesamtorganisation betreffen, zu erledigen. Er hat alle Beschwerden über Beschlüsse der einzelnen Organisationsorgane und Körperschaften zu erledigen und die Geschäftsführung der Reichszentrale zu überwachen.

Der Reichswirtschaftsrat beruft unter Bekanntgabe an die Reichszentrale den regelmäßigen oder außerordentlichen Reichskongreß ein. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, mit einfacher Majorität bei Anwesenheit von mindestens zwei Drittel der Stimmberechtigten jedes Mitglied der Reichszentrale wie deren Hilfsarbeiter von ihren Funktionen zu entheben, sobald er die Ueberzeugung gewinnt, daß die Tätigkeit oder das Verhalten des Betreffenden den Interessen der Organisation erweislich zuwiderläuft. Berufung an den Reichskongreß ist zulässig.

Weiterhin hat der Reichswirtschaftsrat jeweilig am Quartalsende den von der Reichszentrale einzureichenden Kassen- und Geschäftsbericht zu prüfen und den von der Reichszentrale halbjährlich aufzustellenden Haushaltsplan zu genehmigen.

Der Reichswirtschaftsrat tritt je nach Bedarf, mindestens jedoch vierjährlich einmal, zusammen. Die Einberufung erfolgt durch den geschäftsführenden Vorsitzenden. Die Einberufung muß erfolgen, wenn mindestens ein Drittel seiner Mitglieder dies unter Angabe der Beratungsgegenstände beim Vorsitzenden beantragen.

An den Sitzungen des Reichswirtschaftsrates nimmt die Reichszentrale mit beratender Stimme teil. Die Reichszentrale hat das Recht, Anträge an den RWR. zu stellen. Das Mandat des RWR. währt bis zum nächsten ordentlichen Reichskongreß, wenn es nicht durch einen außerordentlichen Reichskongreß aufgehoben wird. Außerdem können die einzelnen Mitglieder des Reichswirtschaftsrates, wenn ihre Mandanten die Ueberzeugung gewinnen, daß sie nicht mehr in ihrem Sinne tätig sind, jederzeit mit einfacher Majorität bei Anwesenheit von mindestens zwei Drittel der Stimmberechtigten zurückberufen werden.

§ 11.

Industriegruppenräte.

Zur besseren Vertretung der einzelnen Industriegruppen bzw. zur besseren Behandlung der beruflichen Fragen werden innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbezirke durch die Delegierten der Industriegruppen Industriegruppenräte gebildet. Die Leitung setzt sich aus zwei Vorsitzenden mit gleichen Rechten und zwei Beisitzern zusammen. Die Finanzierung des Industriegruppenrates übernimmt der Wirtschaftsbezirk.

Die Industriegruppenräte sind dem zuständigen BWR. verantwortlich.

§ 12.

Reichsgruppenräte.

Innerhalb der Gesamtorganisation entsenden die einzelnen Industriegruppenräte Delegierte in den Reichsgruppenrat, und zwar je zwei für jeden Wirtschaftsbezirk. Die Reichsgruppenräte haben die besonderen beruflichen Interessen der gesamten Industriegruppe zu vertreten, insbesondere auch bei Abschluß von Lohnverhandlungen usw.

Die Leitung des Reichsgruppenrates setzt sich aus zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, einem Schriftführer und zwei Beisitzern zusammen. Die Finanzierung übernimmt die Reichszentrale.

Die Reichsgruppenräte sind dem RWR. und dem Reichskongreß für ihre Tätigkeit in jeder Hinsicht verantwortlich.

§ 13.

Reichskongreß.

1. Der Reichswirtschaftsrat hat die Pflicht, unter Mitteilung an die Reichszentrale alljährlich einen ordentlichen Reichskongreß einzuberufen. Ebenso ist der Reichswirtschaftsrat verpflichtet, auf Antrag eines Wirtschaftsbezirks sowie bei unvorhergesehenen Ereignissen einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen. Die Einberufung zum ordentlichen Reichskongreß muß acht Wochen vorher in dem Zentralorgan bekanntgegeben werden. Beim außerordentlichen Kongreß vermindert sich die Frist auf vier Wochen. In beiden Fällen ist bei Einberufung die vorläufige Tagesordnung bekanntzugeben. Alle zum ordentlichen Reichskongreß gestellten Anträge sind vier Wochen vorher an die Reichszentrale einzureichen, von wo sie spätestens 14 Tage vor Abhaltung des Kongresses sämtlichen Wirtschaftsbezirken zu unterbreiten sind. Bei Einberufung eines außerordentlichen Kongresses vermindern sich die Fristen zur Einreichung auf 14 Tage vor Stattfinden des Kongresses. Die Uebermittlung an die Wirtschaftsbezirke auf sieben Tage vor Stattfinden des Kongresses.

Alle Ortsgruppen entsenden bis zu 1000 zählenden Mitgliedern einen Delegierten und für jedes weitere volle Tausend einen weiteren Delegierten. Freigestellte können nicht als Delegierte gewählt werden.

Abstimmungen auf dem Reichskongreß erfolgen nur, wenn mindestens zwei Drittel der entsandten Delegierten anwesend sind. Die Zahl der wahlberechtigten Mitglieder ergibt sich aus der Abrechnung des Monats, in welchem die Einberufung des Reichskongresses in dem Zentralorgan bekanntgegeben wird.

Anträge an den Reichskongreß können gestellt werden:

- a) von allen Betriebsorganisationen, Zahlstellen und Ortsgruppen;
- b) von den Unterbezirken;
- c) von den Wirtschaftsbezirken;
- d) von den Geschäftsleitungen;

- e) von der Reichszentrale;
- f) von dem Reichsgruppenrat;
- g) von dem Reichswirtschaftsrat.

Sämtliche Anträge müssen durch Mehrheitsbeschluß zustande gekommen sein. Einzelne Mitglieder können den Reichskongreß nur als Beschwerdeinstanz anrufen.

Auf der Tagung des Reichskongresses können die Delegierten Anträge zur Tagesordnung und außerhalb des Rahmens derselben stellen. Dieselben kommen zur Beratung, wenn sie mindestens von 20 Delegierten unterstützt sind.

Zur Teilnahme am Reichskongreß sind verpflichtet:

- a) mit beratender und beschließender Stimme: die Delegierten;
- b) mit beratender Stimme: die Vorsitzenden der Wirtschaftsbezirke sowie der Reichsgruppenräte; die Geschäftsleiter der Wirtschaftsbezirke; die Redakteure des Zentralorgans und die beiden Vorsitzenden der Preßkommission; die Geschäftsleiter der Reichszentrale; der Hauptkassierer und die Hauptkassenrevisoren; der gesamte Reichswirtschaftsrat.

Zur Leitung des Kongresses wählen die Delegierten aus ihrer Mitte zwei Vorsitzende mit gleichen Rechten, zwei Schriftführer und fünf Beisitzer.

Die Reichszentrale ist verpflichtet, ein stenographisches Protokoll aufzunehmen, das sämtlichen Mitgliedern zugänglich gemacht werden muß.

Der Geschäftskreis des ordentlichen Reichskongresses erstreckt sich auf:

- a) Wahl des Büros;
- b) Wahl der Mandatsprüfungskommission;
- c) Wahl der Antragkommission;
- d) Genehmigung des Berichts der Reichszentrale:
 1. Geschäfts- und Kassenbericht,
 2. Bericht über die organisatorische und agitatorische Tätigkeit und Entwicklung,
 3. Bericht über die Presse;
- e) Genehmigung des Berichtes des Reichswirtschaftsrates;
- f) Abänderung der Satzungen;
- g) Festsetzung der Grundbeiträge;
- h) Wahl des Reichswirtschaftsrates und der Geschäftsleiter der Reichszentrale;
- i) Wahl der Redakteure des Zentralorgans und der Preßkommission;
- k) Wahl des Hauptkassierers und der drei Hauptkassenrevisoren;
- l) Festlegung der Besoldungsnormen für die Geschäftsleiter und das Personal der Reichszentrale;
- m) Entscheidung über etwaige Verlegung des Sitzes der Organisation;
- n) Beschlußfassung über alle Anträge, welche satzungsgemäß an den Reichskongreß eingereicht worden sind;

- o) Bestimmung des Tagesortes des nächsten Reichskongresses.

Alle Beschlüsse des Reichskongresses werden mit einfacher Majorität gefaßt.

Im übrigen gibt sich der Reichskongreß seine Geschäftsordnung selbst.

Die Beschlüsse des Reichskongresses sind für alle Mitglieder bindend.

Die Finanzierung des Reichskongresses erfolgt in der Form, daß die Delegierten von denjenigen Betriebsorganisationen oder Zahlstellen, durch die sie delegiert worden sind, finanziert werden. Die Kosten der übrigen Teilnehmer am Reichskongreß werden von denjenigen Organen getragen, die sie entsandt haben. Die Lokalkosten des Reichskongresses übernimmt derjenige Wirtschaftsbezirk, in dessen Bereich der Kongreß tagt.

§ 14.

Finanzierung.

Von den durch die Satzung festgelegten Grundbeiträgen bleiben ... in der Bezirkszentrale. Die restlichen ... sind an die Reichszentrale abzuführen.

Die Bezirkszentrale deckt aus ihren Einnahmen sämtliche Unkosten einschließlich Agitation, organisatorische Ausgaben, der Besoldung der Freigestellten und des technischen Hilfspersonals.

Die Reichszentrale finanziert die Auslagen der Reichsgruppenräte und den Reichswirtschaftsrat. Sie bezahlt außerdem sämtliche laufenden Ausgaben einschließlich der Agitation, soweit sie von der Reichszentrale aus veranlaßt worden ist. Ebenso erfolgt durch sie die Besoldung der Freigestellten und des technischen Hilfspersonals der Reichszentrale; sie liefert außerdem das Zentralorgan einschließlich der Beilagen für die Industriegruppen. Für die Funktionäre ist ein Mitteilungsblatt monatlich herauszugeben, dessen Finanzierung Aufgabe der Reichszentrale ist. Die Lieferung von Mitgliedsbüchern, Beitragsmarken, Satzungen, Formularen, Drucksachen, soweit diese von der Reichszentrale selbst angefordert werden, erfolgt kostenlos.

Die Reichszentrale hat innerhalb der Organisation für eine einheitliche Kassenführung und deren Kontrolle Sorge zu tragen.

Die Leitung der gesamten Kassengeschäfte übernimmt der von dem Reichskongreß zu wählende Hauptkassierer, der hauptamtlich tätig ist; dieser ist der Reichszentrale, dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichskongreß für seine Tätigkeit in jeder Hinsicht verantwortlich.

§ 15.

Revisionen.

Die Betriebsorganisationen und Zahlstellen wählen ihre Revisoren selbst. Das gleiche trifft auf die Unterbezirke und Wirtschaftsbezirke zu. Die Re-

visoren sind berechtigt, jederzeit, jedoch mindestens vierteljährlich eine Kassenrevision vorzunehmen.

Die Kontrolle der Kasse der Reichszentrale erfolgt durch die vom Reichskongreß gewählten drei Kassenrevisoren. Sie sind verpflichtet, vierteljährlich mindestens einmal eine Kassenrevision vorzunehmen und einen kurzen Bericht darüber im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Die Adresse des Obmanns der Revisoren ist im Zentralorgan bekanntzumachen. An ihn sind alle Einsendungen, soweit sie die Revisoren betreffen, zu richten. Halbjährlich muß von allen Organisationsorganen ein Geschäfts- und Kassenbericht herausgegeben werden.

§ 16.

Presse.

Für die Organisation wird ein einheitliches Zentralorgan herausgegeben, welches wöchentlich erscheint und das alle Fragen, soweit sie die Gesamtorganisation, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Tagesfragen betreffen, behandelt. Das Zentralorgan führt den Namen "Union", Organ der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation).

Für die einzelnen Industriegruppen werden je nach dem Stärkeverhältnis derselben besondere Beilagen zum Zentralorgan herausgegeben.

Zentralorgan und Beilagen werden den Mitgliedern kostenlos zugestellt.

Außerdem erscheint für die Funktionäre der Gesamtorganisation monatlich ein Mitteilungsblatt bei kostenloser Zustellung.

Zur Durchführung der technischen Arbeiten wählt der Reichskongreß zwei Redakteure mit gleichen Rechten, die hauptamtlich tätig sind, mit dem Sitz in Gelsenkirchen und Berlin; diese sind der Reichszentrale, dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichskongreß für ihre Tätigkeit in jeder Hinsicht verantwortlich.

Zur Ueberwachung der Presse wird auf dem Reichskongreß eine Preßkommission gewählt. In ihr müssen alle Industriegruppen durch je einen Delegierten vertreten sein. Die Adresse des Obmannes der Pressekommission ist im Zentralorgan bekanntzugeben.

§ 17.

Aktionen.

Kleinere lokale Aktionen, die sich aus irgendwelchen Mißständen ergeben, sind Sache des in Frage kommenden Betriebes, der Zahlstelle, der Ortsgruppe und des Unterbezirks. Jedoch muß über Dauer, Verlauf und Ausgang der Aktion der Geschäftsstelle des Bezirkswirtschaftsrates Mitteilung gemacht werden.

Aktionen im Rahmen eines Wirtschaftsbezirks sollen nur im Einverständnis mit der Reichszentrale und dem Reichswirtschaftsrat vorgenommen werden. Die Geschäftsstelle des Wirtschaftsbezirks ist verpflichtet,

nach Bedarf, jedoch mindestens monatlich einmal, über Dauer, Verlauf und Ausgang von Aktionen innerhalb des Wirtschaftsbezirks an die Reichszentrale zu berichten.

Aktionen im Reichsmaßstabe können nur von der Reichszentrale gemeinsam mit dem Reichswirtschaftsrat nach gründlicher Vorbereitung durch die Wirtschaftsbezirke, Unterbezirke usw. vorgenommen werden. Zur Durchführung von Aktionen im Reichsmaßstabe ist die Zustimmung der einzelnen Bezirkswirtschaftsräte notwendig.

Bei außerordentlichen Situationen kann der RWR. gemeinsam mit der Reichszentrale die nötigen Maßnahmen ergreifen.

§ 18.

Auflösung der Organisation.

Eine etwaige Auflösung der Organisation kann nur auf einem zu diesem Zweck einberufenen Reichskongreß mit einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

In diesem Falle entscheidet der Reichskongreß auch über das vorhandene Vermögen, Inventar usw.

§ 19.

Schlußbestimmungen.

Diese Satzungen sind auf dem gemeinsamen Reichskongreß der Freien Arbeiter-Union Gelsenkirchen, dem Freien Landarbeiter-Verband (Ind.-Verb.) und dem Verband der Kopf- und Handarbeiter aller Verwaltungsbehörden und Betriebe am 8. Sept. 1921 zu Halle (Saale) beschlossen worden. Sie treten mit dem Tage des Beschlusses in Kraft.

Die vorhandenen Organisationsatzungen erlöschen damit.

Satzungen der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), Mitglied der Roten Gewerkschafts-Internationale, o. O. 1921.

-XI-

Aus den Richtlinien der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands

Was ist Organisation?

Organisieren heißt etwas einrichten, gestalten. Organisationen nennt man die Parteien, die Gewerkschaften, das Militär, die Kirche, den Staat, den Völkerbund usw. usw.

Was ist das, Organisation? Gab es immer solche Organisationen wie heute? Jeder weiß, daß das nicht so war. Bei den wandernden alten Germanen sah es anders aus, als einige Jahrhunderte später, im sogenannten "Mit-

telalter", mit den Handwerkerzünften und den unter Feudalherren leibeigenen Bauern. Eine andere Organisation besaß Deutschland, als es in viele Dutzende von Fürstentümern, Herzogtümern, freien Städten usw. zerfiel, als später im "Deutschen Reich". Das ist aber nicht etwa zufällig. Die äußeren ohne weiteres sichtbaren Formen einer Epoche sind nicht eine Hülle, die man nach Belieben anlegen oder abschälen kann. Das, was uns z. B. heute im Trust und in der Großstadt so gut wie in der Einrichtung des Einwohnermeldeamts oder der Armenkommission eines Bezirks entgegentritt, kann man von den Gesamtzuständen so wenig trennen, wie eine Baumkrone von Stamm und Wurzeln. Sie bilden ein Ganzes. Organisation ist also ein bestimmtes Gebäude auf einem bestimmten Fundament. Mit der Aenderung des Fundaments ändert sich die Organisation, so wie sich die Haut wandelt, strafft oder faltet mit dem wechselnden Zustand des ganzen Körpers. Den Untergrund der menschlichen Gesellschaftsverhältnisse bilden die Produktionsverhältnisse, die wirtschaftlichen Verhältnisse, bildet die Art, in der die Menschen die Produkte für ihre Bedürfnisse herstellen. Die moderne Produktionsform ist die des Kapitalismus. Die moderne Organisation hängt also untrennbar mit dem Wesen des Kapitalismus zusammen, ist sein Resultat. Natürlich bleibt sie nicht immer die gleiche, so wenig der Kapitalismus still steht. Es ist ein ununterbrochenes Fließen, Wachsen, Altern, Sterben, Geborenwerden. Ein geschichtlicher, ein revolutionärer Prozeß geht vor sich. Das Entstehen einer neuen Organisation verschlingt sich in langem, oft qualvollem Werden, mit den noch möglichen Lebensäußerungen und mit den Todeszuckungen der alten. Eine entscheidende Rolle in einem solchen Prozeß spielt natürlich die Einsicht, die die kämpfenden Menschen in ihn haben. Man kann um so leichter das Alte sprengen und dem Neuen Platz schaffen, je sachgemäßer man die Sprengpatrone zu legen versteht.

Die alte Organisation

Der Staat

Die Organisation des kapitalistischen Systems hat ihren vorläufig höchsten und stärksten Ausdruck im modernen Klassenstaat gefunden. Ob sie darüber hinaus im festgeschlossenen Weltwirtschaftssyndikat und Völkerbund ihr Höchstziel erreicht, hängt ab vom Kampf, vom Widerstand und Sieg des Weltproletariats, von den Etappen, in denen es fortschreitet.

Für das Proletariat ist der kapitalistische Staat der Repräsentant der herrschenden Klasse. Er ist der Beschützer der Privatwirtschaft und des Privateigentums. Er ist der Henker der Ausgebeuteten. Seine Rechtsprechung ist Klassenjustiz. Seine Einrichtung und Verwaltung (Trust, Syndikat, Bürokratie, Militarismus, Parlamentarismus, Schullehrbucherziehung usw.) ist Knebelung und Niederhaltung des Proletariats. Sie bedeuten das Regieren einer geringen Zahl "Besitzender" und ihrer geistigen Diener über

eine übergroße Mehrheit von Untertanen. Sie erniedrigen das Proletariat zum Zubehörteil der Maschine. An der Spitze gottbegnadete, kaum verantwortliche Führer, dahinter die von ihnen restlos abhängigen Verwaltungen und zuunterst die entrechteten Massen, denen man Brocken zuwirft oder die Kandare anlegt, je nachdem man die "Bestie" am leichtesten beruhigen zu können glaubt.

Parteien

Zum kapitalistischen Staat gehört als eine seiner Ausdrucksformen, als Gliedorganisation, das Parlament. Der Parlamentarismus ist eine der kennzeichnendsten Betätigungsformen der kapitalistischen Welt, d. h. einer Welt von Ausgebeuteten und Ausbeutern, einer Welt der ökonomisch politischen Ungleichheit, einer Welt der Klassengegensätze. Mit Parlamentarismus ist nicht nur zu bezeichnen die Arbeit im "offiziellen" sichtbaren Parlament, das heute nur noch ein Bureau des Kapitalismus ist, eine Kulisse, hinter der gearbeitet wird, ein Sicherheitsventil des Kapitalismus, sondern Parlamentarismus ist ein Symbol des Kapitalismus überhaupt. Er ist der Ausdruck für das Wesen, für die Struktur, für die Grundverfassung des Kapitals, für seine Taktik und seine Methoden in der augenblicklichen Epoche.

Mit dem Parlamentarismus hängt zusammen die Bildung der politischen Parteien. Infolgedessen tragen Parteien vollkommen den Charakter der kapitalistischen Organisation. Sie sind aufgebaut nach dem Grundsatz: Führer und Masse. Der Führer über der Masse; sie sind eine Organisation von oben nach unten. Der Führer befiehlt, die Masse gehorcht. Oben einer oder eine Gruppe Regierender, unten eine Armee Regierter, einige Schlaue und Millionen Esel. Die Leithammellei ist Prinzip. Die Masse ist das Objekt der Politik, das heißt, sie ist ein Ding, das man je nach den Bedürfnissen der "Führer" gebraucht. Das Werkzeug einer solchen Partei ist die Taktik, und zwar die kapitalistische Unternehmertaktik, das ist der Betrug. Der Führer ist der Unternehmer, die Partei sein Eigentum. Der andere Unternehmer sein Konkurrent. Es gilt, einmal das Eigentum zu sichern und weiterhin den Konkurrenten zu erledigen. Beides erfolgt durch die Taktik, durch die immer raffinierteren Mittel und Methoden kapitalistischer Geschäftskundigkeit. Vor nichts scheut man zurück. Parteimann sein bedeutet: den Mut aufbringen zur Borniertheit, den Mut zur marktschreierischen Phrase, den Mut zur Abtötung des Menschlichen im Menschen.

Der Entwicklung des Kapitalismus als eines wirtschaftlich politischen Systems mit der ihm entsprechenden Organisation zu seiner letzten Ausdrucksmöglichkeit in der zentralen Beherrschung der Welt durch ein kapitalistisches Weltwirtschaftssyndikat stehen zunächst noch hindernd im Wege seine ungleichmäßige Entwicklung in den verschiedenen Ländern, die Konkurrenz der Nationen, auch als Kultur- und Rassegemeinschaften, und seit der zwei-

ten Hälfte des 19. Jahrhunderts der fortschreitende organisierte Abwehr- und Angriffskampf der unterdrückten Klasse des Proletariats. Jene Zeit, in der aus der Einsicht in den kapitalistischen Prozeß das Bewußtsein des Proletariats als einer Klasse entstand, und umgekehrt das instinktive Bewußtsein zu dieser Einsicht führte, nämlich zur Einsicht in die Notwendigkeiten des Klassenkampfes, der proletarischen Solidarität, der internationalen Zusammengehörigkeit mit der Zielrichtung auf die klassenlose Gesellschaft -, jene Zeit ist die Zeit der Geburt des modernen Kommunismus.

Da aber natürlich weder der Kapitalismus am Ende seiner Kräfte war, noch das Proletariat als klassenbewußte Masse fertig dastand, sondern beider Entwicklung als ein Prozeß weiterschritt, so ist es klar, daß auch nicht ohne weiteres - und besonders vor dem politischen Siege der bisher unterdrückten Klasse - eine proletarische Organisation entstehen konnte, die als diametraler Gegensatz zur kapitalistischen, zunächst proletarischen Klassencharakter aufwies und zur Anwendung der daraus folgenden proletarischen Methoden (Kampfesarten) gelangen konnte. Ansätze dazu sind gemacht worden. Der Kampf zwischen Marx und Bakunin zeigt Spuren. Aber sie kamen natürlich nur schwach oder gar nicht oder entstellte heraus. Das proletarische Klassenbewußtsein entwickelte sich nur sehr langsam (die bloße Zahl der Mitglieder sozialistischer Organisationen hat nichts zu bedeuten) und das Charakteristische der Uebergangszeit von damals bis zur jetzigen Epoche, ist das Zusammenströmen von Scharen Ausgebeuteter im Staubecken der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften. Der Kampf dieser Organisationen von dem Boden des Kapitalismus aus, erforderte selbstverständlich nicht "Predigen" eines Zieles, sondern Aufweisen des Weges dahin, Ausnutzung aller bürgerlichen Bastionen. So war der Kampf der Gewerkschaften um Lohnaufbesserungen, der Kampf im Parlament eine politische Notwendigkeit in einer Zeit, in der etwa die Parole des freien Wahlrechts revolutionäre Energien wecken und auslösen konnte. Aber im Laufe dieses Kampfes wurde selbst das nächste Ziel "Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins" aus dem Auge verloren. Die Einstellung darauf, daß die "Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann", daß also die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats als wesentlichste Aufgabe nicht einen Augenblick außer Acht gelassen werden dürfte, trat immer mehr zurück. Sozialistische Organisationen wurden, je länger je mehr, Organisationen mit kapitalistischem Charakter und kapitalistischen Methoden. Sie wurden "Führerorganisationen", Eigentum in der Hand von Drahtziehern, die selbst noch tief im Bann kapitalistisch-bürgerlicher Anschauungen steckten. Sie wurden Selbstzweck. In der Hand von einzelnen Menschen, die losgelöst waren aus den Bedürfnissen des Proletariats, lag die "Führung" des Klassenkampfes. Der Parlamentarismus mit seiner notwendigen Konsequenz, die revolutionäre Aktivität der Massen zu lähmen, siegte. Der Klassenkampf,

die Revolution wurde die Geschäftsangelegenheit eines führenden Unternehmerkonzerns. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Das "sozialistische" Parteiwesen oder vielmehr Parteiunwesen gelangte erst in der Revolution seit 1918 zur widerlichsten Entfaltung. Von der alten "sozialdemokratischen Partei" bis zur "vereinigten kommunistischen Partei" läuft in dieser Beziehung eine gerade Linie, die höchstens noch ansteigt, je näher sie der VKPD rückt.

Gewerkschaften

Brutaler noch als die Parteien offenbaren die Gewerkschaften, daß sie Organisationen vollkommen kapitalistischer Natur geworden sind. Entstanden in den Zeiten des Kleinkrieges gegen ein noch nicht allzu stark kartelliertes Unternehmertum, waren sie ursprünglich die gegebene Form für das Proletariat, anzukämpfen gegen die verelendenden Tendenzen des Kapitalismus.

"Dadurch, daß sie die beschränkte und der Arbeiterklasse die Existenz ermöglichte, erfüllte die Gewerkschaftsbewegung ihre Rolle im Kapitalismus und wurde selbst ein Glied der kapitalistischen Gesellschaft. So wie der Parlamentarismus die geistige, so verkörpert die Gewerkschaftsbewegung die materielle Macht der Führer über die Arbeitermassen. Sie sind im entwickelten Kapitalismus, mehr noch im imperialistischen Zeitalter zu riesigen Verbänden geworden, die die gleiche Richtung der Entwicklung zeigen, wie in älterer Zeit die bürgerlichen Staatskörper selbst. In ihnen ist eine Klasse von Beamten, eine Bürokratie entstanden, die über alle Machtmittel der Organisation verfügt, die Geldmittel, die Presse, die Ernennung der Unterbeamten. Aus Dienern der Gesamtheit ist sie zu ihren Herren geworden und identifiziert sich (setzt sich gleich) mit der Organisation. Und darin auch stimmen die Gewerkschaften mit dem Staat und seiner Bürokratie überein, daß trotz der Demokratie, die darin herrschen soll, die Mitglieder nicht imstande sind, ihren Willen gegen die Bürokratie durchzusetzen. Die Organisation tritt ihnen gleichsam als etwas Fremdes gegenüber, als eine äußere Macht, gegen die sie rebellieren können; die aber über ihnen steht, obgleich doch diese Macht aus ihnen selbst entspringt. Also wieder ähnlich wie der Staat." (Pannekoek).

Diese Gewerkschaften sind - alles in allem - eine bürokratische Organisation aus der Welt der Privatwirtschaft, mit der die Leiter als feste Angestellte auf Gedeih und Verderb verbunden sind. In ihrer Existenz von der Existenz der Gewerkschaften abhängig, stehen sie unweigerlich unter dem Zwang der Verhältnisse und sind zum mindesten - den günstigsten Fall angenommen - in ihren Entschlüssen beschwert und verlangsamt.

Die Gewerkschaften sind beruflich gegliederte Organisationen. Sie gingen mehr und mehr darauf aus, sich von der unerbittlichen Schärfe des

Klassenkampfgedankens abzuwenden und zu beschränken auf die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die einzelnen Berufszweige. Sie schufen und förderten die Berufskonkurrenz. Sie trennten den Arbeitenden vom Arbeitslosen, den gelernten vom ungelernten, den jugendlichen vom älteren Arbeiter, den Mann von der Frau. Von dem immer machtvoller in Trusts und Syndikaten zusammengeschlossenen Unternehmertum, wurden sie in die Defensive (Verteidigungsstellung) gedrängt und verfielen dem ausgesprochensten Reformismus. Sie vermieden nach Möglichkeit große Streiks. Generalstreik, Massenstreik wurde vorweg verächtlich gemacht als Generalunsinn. Er würde ja auch die Gewerkschaften, die Existenz der Führerbürokratie vernichten.

Die Räteorganisation als proletarische Organisation

Mit dem Untergang der kapitalistischen Epoche gehen auch die Organisationsformen dieser Epoche zugrunde. Und es wird deutlich geworden sein an der Charakteristik von Partei und Gewerkschaft, daß ihre Organisationsform kapitalistischer Natur ist oder doch geworden ist. Diese Organisationsformen beruhen ökonomisch (wirtschaftlich) auf der Privat- und Profitwirtschaft, im Weiterlaufe auf einer gesteigerten Form der Privatwirtschaft: auf dem Staatskapitalismus. Aus ihnen folgt ideologisch (d.h. als geistige Spiegelung der wirtschaftlichen Grundlage) die Verherrlichung der Persönlichkeit, des "Führers", der Autorität, die Steigerung des Individualismus und Egoismus.

Mit dem Wachsen und Werden der proletarischen Klasse entstehen natürlich Ausdrucksformen, Organisationsformen, die dieser Klasse entsprechen. Selbstverständlich erst dann, wenn in den Proletariern das volle Bewußtsein dafür vorhanden ist, daß sie eine Klasse sind mit besonderen, dem Kapitalismus entgegengesetzten Interessen. Sie entstehen nicht von heute auf morgen, auch nicht von vornherein in voller Reinheit; sie entwickeln sich mit dem Fortschreiten der geistigen Klarheit und dem Hinzuströmen immer größerer Massen. Und sie können erst ganz und gar zur Reife gelangen, wenn das proletarische Fundament da ist, wenn nämlich keine Privat- und Profitwirtschaft mehr da ist, sondern eine proletarische Gemein- und Bedürfniswirtschaft.

Es ist leicht zu begreifen, daß das Proletariat, wenn es als eine Gesellschaft, als ein gemeinsames Ganzes Besitzerin aller Produktionsmittel (Bergwerke, Fabriken usw.), alles bisherigen "Eigentums" überhaupt ist, wenn allen alles gemeinsam gehört, daß es dann eine andere Organisation haben wird, als die kapitalistische es ist. Aber schon vorher schafft sich das Proletariat, und zwar um so besser, je mehr es sich als Klasse zu begreifen beginnt, Ausdrucksformen, Organe, in denen sich das Klassen-

bewußtsein, das soziale Bewußtsein, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit verkörpert. Diese als ein revolutionärer Prozeß entstehende Organisationsform, nennt man Räteorganisation.

Sie entwickelt sich im ununterbrochenen Kampf gegen die kapitalistischen Formen. Sie stört sie, durchbricht sie, zersprengt sie. In ihr wird das Verhältnis von Masse und Führer ein anderes sein. Der Strom wird nicht von oben nach unten gehen, sondern zunächst von unten nach oben. Später wird es das lebendige gegenseitige Durchdringen eines einheitlichen Ganzen sein.

Die Räteorganisation wird der Todfeind jedes Bürokratismus sein, jedes Parlamentarismus, jeder Gemeinschaft mit dem Kapital. Sie wird sich ganz und gar auf die klassenbewußte Masse stützen.

Die Räteorganisation bedeutet also - solange um sie gekämpft wird - die fortschreitende Befreiung aus den Fesseln des Kapitalismus; vor allem auch aus den Fesseln der bürgerlichen Geisteswelt. In ihrem Werden verkörpert sich die fortschreitende Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats; der Wille, das proletarische Klassenbewußtsein in die Wirklichkeit umzusetzen, ihm auch den sichtbaren Ausdruck zu geben. Die Kraft, mit der um diese Räteorganisation gekämpft wird, ist geradezu das Thermometer, das anzeigt, wie weit das Proletariat sich als Klasse begriffen hat und durchzusetzen gewillt ist.

Damit ist auch schon klar, daß nicht die rein äußerliche Ernennung von Arbeiterräten besagt, daß sie Ausdruck der neuen, der proletarischen Organisation sind. Es wird im Lauf der Entwicklung vorkommen, daß wirkliche Räte wieder versumpfen, daß sie zu einer neuen Bürokratie erstarren. Dann wird gegen sie der Kampf genau so rücksichtslos aufgenommen werden müssen, wie gegen die kapitalistischen Organisationen. Aber die Entwicklung wird nicht stillstehen und das Proletariat kann und wird nicht ruhen, bis es über "die Diktatur des Proletariats" weg - in der klassenlosen Gesellschaft -, dem Räteystem, der neuen Organisation seinen geschichtlich möglichen Ausdruck gegeben hat.

Die Allgemeine Arbeiter-Union

Die Betriebsorganisation

Die Betriebsorganisation ist der Anfang zur Gestaltung der besonderen proletarischen Organisation, eben der Räteorganisation. Ansätze zu solcher Organisation waren mehrfach vorhanden. Aber erst die Revolution hat in deutlicher Ausprägung jene Betriebsorganisationen hervorgebracht, die als echte Kinder klarsten proletarischen Klassenbewußtseins angesehen werden können. Sie entstanden als Notwendigkeiten, als Klassenkampf-

waffe der Arbeiter, die kämpfen wollten. Die alten Organisationen, insbesondere die Gewerkschaften, konnten es nicht und wollten es nicht.

Die Betriebsorganisationen sind also nicht Künstliches. Sie sind auch kein Verlegenheitsprodukt, sondern in ihnen wird auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse und auf Grund der geistigen Klarheit über die eigenen Bedingungen, das Klassenbewußtsein des Proletariats zum kraftvollen Leben geboren. Sie sind neue Gebilde, die von unten auf wachsen, sich ausdehnen, das Alte durchbrechen, zerstören, entwurzeln und soziales Leben und Denken Wirklichkeit werden lassen.

Niemand wird leugnen können, daß wir in einer Epoche leben, in der die kapitalistische Welt am Ende ihres Lateins steht. Nur die kommunistische Produktion bedeutet den Ausweg. In dieser Epoche muß der Weg erkannt werden, auf dem am schnellsten und sichersten die Umwälzung durchgeführt werden kann. Es kommt dabei nicht allein darauf an, die politische Macht in Händen zu haben (diese Macht hatten die Proletarier 1918), sondern darauf, sie zu halten. Und da ist bei der Stärke des Kapitals in Westeuropa, bei der Macht seiner Organisation: des Staates, des Militarismus, des Parlamentarismus, der Verwaltung, der Bureaucratie, der Lehrbuchenziehung, des Berufsführertums dringendste Aufgabe der Proletarier - die noch in hohem Grade in der Ideologie des Kapitalismus stecken -, sich klar zu werden über die Möglichkeiten, jene alten Formen restlos zu zertrümmern. Man kann aber nicht aufbauen, wenn man nur zertrümmert. Wer nur kritisiert, nur immer verneint, ohne positive Vorschläge machen zu können, bleibt im Grunde stecken in der bürgerlichen Welt. Kritik an ihrer Welt - allerschärfste - üben auch die Intellektuellen der Bourgeoisie. Aber Hohn und Spott allein, Selbstverhöhnung ist noch kein gewinnbringender Ausdruck für proletarisches Klassenbewußtsein. Der Kampf gegen Zentralismus und Kadavergehorsam, gegen Führer- und Bonzentum wird nicht dadurch allein erfolgreich geführt, d.h. erfolgreich für den Fortgang der proletarischen Revolution, daß man sie bis aufs Messer bekämpft und in Stücke zerschlägt, sondern daß man sie entwurzelt durch das Wachstum rein proletarischer Formen (als Anfänge der Räteorganisation). In den Betriebsorganisationen wird diese Forderung zum Leben geboren.

Wollen die Arbeiter ihre endgültige Befreiung als Klasse, und nicht nur den Vorteil einzelner Cliquen und Schichten, so müssen sie zu Formen kommen, die ganz und gar ihr eigenes Klassenwerk sind, nicht Produkte einzelner "Führer". Sie müssen zu Formen kommen, in denen Selbstdenken und Selbsthandeln nicht nur eine Phrase ist, sondern zur Tatsache wird. Und solche Formen werden aus ihrem innersten Wesen heraus, d.h. aus ihrer Entstehung aus proletarischem Klassenwollen, in absolutem Gegensatz zu jeder Form stehen, die irgendwie mit dem Kapitalismus zusammenhängt. Können sie auch nicht gleich "ganz rein" sein, denn wir leben in einer Uebergangszeit, so muß ihre Richtung unbedingt und immer eindeutig sein. In ihnen muß die proletarische Solidarität geradezu

als Folge eines Rechenexempels herauspringen. Selbstverständlich wird sie damit auch zur unabweislichen Forderung.

Die Betriebsorganisationen sind zunächst in erster Linie Klassenkampforganisationen.

Sie sind (zusammengefaßt in der Allgemeinen Arbeiter-Union) weder eine politische Partei noch eine Gewerkschaft. Beides verstanden in ihrer bisherigen Bedeutung, d.h. solche Gebilde, wie sie jeder in den heutigen Parteien und Gewerkschaften vor sich sieht.

Das Proletariat beginnt sich in ihnen bewußt zum restlosen Sturz der alten Gesellschaft, zur Einheitlichkeit als Klasse zu organisieren. In den Betriebsorganisationen werden die großen Massen geeint durch das Bewußtsein ihrer Klassensolidarität, ihrer proletarischen Klassensolidarität; hier bereitet sich organisch (d.h. als ein natürlicher Prozeß; auf natürliche, den Verhältnissen entsprechende Weise) die Einigung des Proletariats vor. Die Betriebsorganisation ist ein Anfang kommunistischen Werdens und wird als Rückgrat der Betriebsräte zum Fundament der kommenden kommunistischen Gesellschaft, der klassenlosen Gesellschaft. Klassenlose Gesellschaft besagt: restlose Gemeinwirtschaft und restlos soziale Ausdrucksformen. Sie bedeutet absolute Vereinheitlichung des ökonomischen Fundaments.

Jeder erhält vorerst so viel als möglich ist. Später nach seinen Bedürfnissen. Jeder hat zu arbeiten, so viel jeweilig nötig ist.

Die Bildung solcher Betriebsorganisationen als Klassenkampforganisationen kann ihren Anfang nur nehmen vom Betrieb aus. Hier steht einer neben dem anderen als Klassengenosse, hier muß jeder stehen als Gleichberechtigter. Hier steht die Masse im Triebwerk der Produktion, drängt ununterbrochen, es zu durchschauen und selbst zu leiten. Hier geht der geistige Kampf, die Revolutionierung des Bewußtseins, in unerschöpflichem Strom von Mann zu Mann, von Masse zu Masse. Alles gerichtet auf das höhere Klasseninteresse, nicht auf Vereinsmeierei. Das Berufsinteresse, eingeeignet auf das ihm zukommende Maß. Die Betriebsorganisation wird in immer höherem Grade zu einem unendlich beweglichen Instrument des Klassenkampfes, zu einem durch ständig mögliche Neuwahlen, Abberufungen usw. immer von frischem Blut sprudelnden Organismus.

Zusammenschluß der BO in der AAU

Die Betriebsorganisationen als eine Fülle lebendiger Einzelheiten schließen sich zusammen in der Allgemeinen Arbeiter-Union. Dieser Zusammenschluß ist nicht die willkürliche Aneinanderkleisterung verschiedenartiger, abgeschlossener und nur für sich existierender Gebilde. Er ist ein innerlich notwendiger. Wie der Rätegedanke sich entwickelt als der Ausdruck des Klassenwollens der Proletarier, so müssen notwendig die einzelnen Be-

etriebsorganisationen zusammenwachsen. Denn als bruchstückweise entstehende Bildungen finden sie erst in dem großen Strom der allgemeinen Entwicklung zur proletarischen Organisationsform ihren Abschluß. Sie fließen notwendig zusammen, wie die Einzelbäche sich finden zum Strom. Ein solcher Zusammenschluß, als ein Zusammenschluß im Rätegedanken, ist ein von unten ausgehender. Ein von der proletarischen Klasse aus gemußter und gewollter. Der Kampf als ausgebeutete Klasse schmiedet zusammen, er schafft und formt die soziale Bindung, die proletarische Solidarität, die Klassensolidarität. Nicht eine Solidarität in Worten, sondern in Taten.

Natürlich ist die Allgemeine Arbeiter-Union als Gesamtorganisation, als Anfang der Räteorganisation, nie etwas Fertiges. Immer neue Betriebsorganisationen fließen heran und oft genug wird statt klaren Wassers, Dreck und Schlamm hineingewühlt werden. Das ist ein natürlicher Prozeß. Sie wird ununterbrochen um ihre Reinheit kämpfen müssen.

Zentralismus und Föderalismus

Der Kampf, den die Allgemeine Arbeiter-Union zu führen hat, ist Klassenkampf in reinster Form. Ein Teil dieses Kampfes wird schon dadurch von ihr bewältigt, daß sie sich selbst im Gegensatz zu kapitalistischen Organisationsgebilden nach dem proletarischen Rätegedanken aufbaut. Jedenfalls strebt sie fortwährend danach, im Produktionsprozeß diesen Gedanken immer klarer und reiner in die Wirklichkeit umzusetzen. Mit ihrer Existenz allein bildet sie eine fortwährende Bedrohung aller kapitalistischen Formen. Sie gibt ein Beispiel der Entwicklung und allmählichen Kristallisierung des proletarischen Klassenbewußtseins und zwingt so das Gesamtproletariat zur Stellungnahme. Sie erinnert fortwährend an die ganz große Linie seiner Revolution. Das Wachsen in dieser Richtung wird von Tag zu Tag mehr verschwinden lassen den Kampf um den sogenannten Zentralismus und Föderalismus. Vom Standpunkt der Allgemeinen Arbeiter-Union aus wird der Streit um diese beiden Prinzipien, Organisationsformen zum öden Wortstreit. Man muß sie natürlich in ihrer bisherigen Bedeutung verstehen und ihnen keinen neuen Sinn unterschieben.

Unter Zentralismus verstehen wir jene Form, die die Massen um weniger willen gängelt und knechtet. Er ist für die AAU der Teufel, der vernichtet werden muß. Er ist antisozial.

Der Föderalismus ist sein Gegensatz, aber sein Gegensatz auf dem Boden der gleichen Wirtschaftsweise. Er bedeutet Selbstherrlichkeit, starre Eigenwilligkeit des Einzel-Individuums (oder des Einzelbetriebes, Einzelbezirkes, der Einzelnation). Auch er ist antisozial und nicht minder zu bekämpfen.

Beide Formen entwickelten sich allmählich in den vergangenen Jahrhunderten. Der Föderalismus überwog im Mittelalter, der Zentralismus in der hochkapitalistischen Periode.

Die Sympathie für den Föderalismus beruht einfach darauf, daß man in ihm die Verneinung des Zentralismus sieht, und dann annimmt, er brächte Freiheit und Paradies. Dieser Wunsch nach Föderalismus führt dann zu einem Spottbild von Autonomie (Selbstbestimmungsrecht). Man glaubt proletarisch-sozial zu handeln, wenn man jedem Bezirk, Ort (ja man müßte es jeder Person) Autonomie in allen Fragen zuerkennt. In Wirklichkeit bedeutet das, das Kaisertum abschaffen und an seine Stelle eine Fülle kleiner Fürstentümer setzen. Ueberall entstehen kleine Könige (Funktionäre), die ihrerseits einen Bruchteil der Mitgliedschaft "zentralistisch" beherrschen als ihr Eigentum. Im ganzen entsteht Zersplitterung und Zerfall.

Beide, Zentralismus und Föderalismus sind bürgerliche Ausdrucksformen. Der Zentralismus mehr großbürgerlich, der Föderalismus kleinbürgerlich. Beide sind antiproletarisch und lähmen den reinen Klassenkampf. Das Proletariat weiß, daß es nur im engsten Zusammenschluß zur Ueberwindung des Kapitals kommt. Dieser Zusammenschluß ergibt sich in immer größerer Stärke und immer weiterem Ausmaß in der Fortbildung des Räteystems. In ihm, mit seiner Kontrolle von unten, seiner Entfesselung aller proletarischen Anlagen und Kräfte, seiner Bindung von Führer und Masse, löst sich aller Widerstreit, weil in ihm die Entwicklung des Klassenbewußtseins, die Entwicklung zur absoluten sozialen Zusammengehörigkeit, Wirklichkeit wird. Zunächst geistig, später, in der Gemeinwirtschaft, auch ökonomisch.

Es ist verständlich, da noch alles im Werden und der Weg der AAU bis zum Ziel noch lang ist, daß noch manche Fehler gemacht werden (insbesondere Uebergriffe einzelner Körperschaften, einzelner Funktionäre; oft genug erklärlich gerade durch die Liederlichkeit "autonomer" Stellen); damit wird den "Zentralisten" und "Föderalisten", die ja zumeist aus guten, aber unklaren Kämpfern bestehen, immer erneut Gelegenheit gegeben, je nachdem über Diktatur zu wettern oder mehr Diktatur zu fordern. Das wird und darf kein Hindernis sein, den geraden Weg zu gehen, der bedeutet: Das Proletariat als internationale Klasse sucht und findet in der Herausbildung des Räteystems seinen immer engeren Zusammenschluß, der es instand setzt, den Kapitalismus und seinen Geist endgültig zu überwinden und der späterhin seine Vollendung findet in der klassenlosen Gesellschaft.

Masse und Führer

Aus der Art des Aufbaues der Allgemeinen Arbeiter-Union, wie er auch im Organisationsstatut deutlich wird, ergibt sich, daß in ihr ein anderes Verhältnis besteht zwischen Masse und Führer als in Organisationen

kapitalistischen Charakters. Sind die Proletarier in diesen ein Spielball politischer Unternehmertypen, so werden sie hier in immer höherem Grade zu Selbstträgern ihres Schicksals, des Schicksals ihrer Klasse. Hier beginnt die Theorie Gewalt zu werden, die sagt: die wirkliche Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selber sein.

Der Begriff "Masse" gewinnt eine andere Bedeutung als im kapitalistischen System. Im Sinne des privatwirtschaftlichen Denkens ist Masse gleich Kadaver, ein Objekt, mit dem man nach Belieben schaltet. Sie wird als "Eigentum" bestimmter Menschen, Instanzen, Cliques angesehen. Für das proletarische Denken ist aber Masse kein zusammenhangloser Haufe unklarer Egoisten, sondern Masse ist das Proletariat, soweit es als klassenbewußtes im sozialen Denken und Wollen unlöslich verbunden ist.

Eine solche Masse entsteht nur durch eine immer sich steigernde, organisierte Selbsttätigkeit, zunächst im Kampf gegen das Kapital, beim Aufbau der eigenen Organisation, später durch gleichmäßige Mitwirkung im Produktionsprozeß.

Damit ist auch schon ausgesprochen, was "Führer" im proletarischen Sinn ist. Der Führer muß ein mit dieser klassenbewußten Masse eng verbundenes Glied sein. Er wird das Leben und Denken dieser Masse darstellen, gestalten, und seinerseits die Masse mit seinem Feuer durchglühen. Er muß so kämpfen, daß er nicht, wie der Unternehmer für sein Eigentum, für seine Fabrik, für sein Volk, für seine Nation, kämpft, sondern er muß kämpfen als Teil der großen sozial-proletarisch fühlenden, denkenden, wollenden Masse, die über die ganze Welt verbreitet ist. Er darf nicht kämpfen mit dem Bewußtsein: Ich will die proletarische Bewegung zu meiner Bewegung machen, die Revolution ist meine Angelegenheit, mir hat man zu folgen, das ist Privatkapitalismus, das ist bürgerliche Ideologie.

Die Allgemeine Arbeiter-Union lehnt also in ihrem Kampf nicht "Führer" überhaupt ab. Das hieße, jede Klugheit, jede Fähigkeit, jeden starken Willen ablehnen. Das wäre nicht Sozialismus, sondern bürgerlich militärisches Zuchthaus, tötende Gleichmacherel, Verwechslung des lebendigen Menschen mit einem Maschinenprodukt. Es wäre auch Utopismus, da wir erst am Anfang der Kämpfe und nicht am Ende stehen. Im Gegenteil, sie wird die proletarischen Führer geradezu mit der größten Verantwortung beladen. Nur ist eben die Voraussetzung, daß sich aus der Organisation, aus dem System heraus, die absolut sichere Kontrolle über jeden Verantwortlichen ergibt. In dieser Richtung bewegt sich die Räteorganisation. Sie führt einen erbarmungslosen Kampf gegen Einzeldiktatur und organisiertes Cliques- und Instanzenentum, das losgelöst ist aus den Bedingungen und Bedürfnissen der proletarischen Masse, und mit den Methoden kapitalistischen Schiebertums arbeitet. Sie wendet sich aufs schärfste gegen die Intellektuellen. Wobei sie unter Intellektuellen jene Menschen versteht, die ihre

überlegene Bildung dazu benutzen, das Proletariat zum Tummelplatz und Spielball ihrer eigenen Gedanken und Interessen zu machen.

AAU und Diktatur des Proletariats

Die AAU steht innerlich wie äußerlich in unüberbrückbarem Gegensatz zur kapitalistischen Bourgeoisie. Daraus ergibt sich von selbst, daß sie sich auf den Boden der "Diktatur des Proletariats" stellt. Er kämpfung dieser Diktatur ist ihr nächstes politisches Ziel. Eine solche Diktatur bedeutet: Es gibt im Kampf um die kommunistische, die klassenlose Gesellschaft, keinerlei Kompromiß zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Kapital und Arbeit. Zu ihrer Durchführung gehört notwendig die ausschließliche Willensbestimmung des Proletariats über alle politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen der Gesellschaft, vermöge der Räteorganisation.

Die Dauer der Diktatur ist abhängig vom Verschwinden der alten Mächte.

Die AAU brandmarkt, wo sie nur kann, den Schwindel der (bürgerlichen) Demokratie. Eine solche Demokratie hat zur Voraussetzung ökonomische Ungleichheit.

Das Wesen einer solchen (Stimmzettel) Demokratie zu erläutern ist unnötig für Proletarier, die ihre Wirkungen seit August 1914 in unauslöschlicher Furchtbarkeit haben fühlen müssen. Jede Demokratie dieser Art ist Diktatur der Besitzenden. In einem Augenblick nun, wo alle Vorbedingungen für die Eroberung der Macht durch das Proletariat gegeben sind, d. h. wo die Weiterexistenz des Kapitalismus nur durch eine alles bisherige Maß übersteigende Ausbeutung, ja nur durch Hinsterbenlassen zahlloser Millionen Proletarier möglich ist, werden die Ausgebeuteten in wachsender Zahl den revolutionären Kampf gegen die "Demokratie" aufnehmen und nicht ruhen, bis das Kapital am Boden liegt. Freiwillig abdanken wird es niemals, oder (wie etwa in Ungarn) nur zum Schein. Ist nun das Proletariat die herrschende Klasse, dann wird -, während gleichzeitig der Aufbau des Kommunismus vor sich geht - mit aller Kraft jede konterrevolutionäre Regung niedergehalten werden müssen; mit Gewalt. Alles andere wäre Selbstmord. Die Diktatur des Proletariats ist unvereinbar mit der Freiheit der Bourgeoisie. Dagegen ankämpfen ist entweder Unverstand, gutgemeintes Pfaffengeschwätz, Utopismus, oder es ist direkte oder indirekte Unterstützung der Konterrevolution.

Für die AAU bedeutet das selbstverständliche Bekenntnis zur "Diktatur des Proletariats" aber auch die grundsätzliche Abwendung von jeder Art Arbeitgemeinschaft mit dem Kapital. Es ist das Bekenntnis zum proletarischen Klassenkampf mit seinen eigenen Methoden.

Die Politik, das ist der Kampf einer solchen Organisation, trägt von vornherein proletarischen Klassencharakter. Das bedeutet vor allem die Ablehnung aller und jeder Art von Parlamentarismus. Ja, umgekehrt, muß ausgesprochen werden, daß mit dem Bestehen von solchen Betriebsorganisationen, jeder Parlamentarismus notwendig zur Sabotage am Fortgang der proletarischen Revolution wird.

Weiter ist der Kampf der AAU restlos international eingestellt. Das Proletariat als Klasse wird in seinem Handeln einzig bestimmt durch seinen Charakter als internationale Einheit. Der Gesichtspunkt des Internationalen steht obenan. Die AAU steuert in der Richtung auf internationale Gemeinwirtschaft, das ist zuletzt die Menschheit als klassenlose Gesellschaft. Selbstverständlich ist die Art und Form ihres Kampfes in gewissem Grade gebunden an die Bedingungen des Landes, in dem sie kämpft. Sie wird sich von vornherein ständig mühen, Verbindung herzustellen und zu festigen zwischen den revolutionären Räten der verschiedenen Länder.

Aus: Die Allgemeine Arbeiter-Union (revolutionäre Betriebsorganisation), hrsg. vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, Berlin 1921, p. 7-11 und 16-23.

-XII-

Aufbau und Satzungen der Allgemeinen Arbeiter-Union (1921)

1. Mitglied kann jede Person werden, die Programm und Satzungen der Allgemeinen Arbeiter-Union anerkennt.
2. Die Allgemeine Arbeiter-Union wird nach dem Rätssystem aufgebaut. Die Betriebsorganisationen bilden die Grundlage. Die Betriebsorganisationen vereinigen sich zu Ortsgruppen und Wirtschaftsgebieten. Die gesamten Ortsgruppen und Wirtschaftsgebiete bilden die Allgemeine Arbeiter-Union.
3. In allen Betrieben wählen die Arbeiter ihre Vertrauenspersonen.
4. Aus der Mitte der Vertrauensleute wählen die Mitglieder einen Obmann, Schriftführer, Kassierer und ihre Stellvertreter. Diese bilden den Orts-Organisationsrat.
5. Jede Ortsgruppe delegiert einen Genossen in den Aktionsrat, der die Exekutive des Wirtschaftsbezirkes bildet.
6. Jeder Wirtschaftsbezirk delegiert einen Genossen in den Reichswirtschaftsrat, der die Exekutive des Reiches bildet.
7. Sämtliche Funktionäre sind jederzeit abberufbar.
8. Die Regelung der Beitragsleistung wie die Festsetzung der Beitragshöhe ist Angelegenheit der selbständigen Betriebs-, Orts- und Bezirks-Organisationen. Die Finanzierung des Reichswirtschaftsrats geschieht durch Um-

lageverfahren. Die Wirtschaftsbezirke resp. Ortsgruppen sind verpflichtet, dem Reichswirtschaftsrat die angeforderten Summen zu überweisen.

9. Es bleibt den einzelnen Orts- und Wirtschaftsbezirken überlassen, Rechtsschutz und Unterstützung, die durch Umlage aufgebracht werden müssen, bei Streiks, Aussperrungen und Maßregelung zu gewähren.

10. Aus der Allgemeinen Arbeiter-Union wird ausgeschlossen, wer gegen Grundsätze und Beschlüsse derselben handelt.

11. Die Reichskonferenz wird nach Bedarf einberufen. Auf Antrag eines Drittels der bestehenden Wirtschaftsbezirke ist der Reichswirtschaftsrat verpflichtet, eine außerordentliche Konferenz einzuberufen. Die Einberufung der Reichskonferenz muß vier Wochen, die außerordentliche 20 Tage vor Abhaltung den Wirtschaftsbezirken bekanntgegeben werden. Alle zur ordentlichen Reichskonferenz gestellten Anträge sind 20 Tage vorher beim Reichswirtschaftsrat einzureichen, der dieselben spätestens 14 Tage vor Abhaltung der Konferenz sämtlichen Wirtschaftsbezirken zu unterbreiten hat. Die Wahl der Delegierten erfolgt in der Vollversammlung des Wirtschaftsbezirks.

Zur Beschickung der Reichskonferenz kommen auf die ersten 500 Mitglieder des Wirtschaftsbezirks ein Delegierter, auf jedes angefangene Tausend je ein weiterer Delegierter mehr bis zur Höchstzahl von sieben Delegierten. Um an Kosten zur Beschickung der Reichskonferenz zu sparen, erfolgt die Abstimmung auf derselben nicht nach Anzahl der Delegierten, sondern nach der Zahl der zu vertretenden Mitglieder.

Die Beschlüsse der Reichskonferenz sind für alle Mitglieder nur dann bindend, wenn programmatische und organisatorische Fragen der Gesamtmitgliedschaft so frühzeitig unterbreitet worden sind, daß eine gründliche Stellungnahme zu ihnen möglich war.

Aus: Die Allgemeine Arbeiter-Union (revolutionäre Betriebsorganisation), hrsg. vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, Berlin 1921, p. 46f.

-XIII-

Programm der AAU, angenommen auf der Reichskonferenz in Leipzig
(12. bis 14. Dezember 1920)

1. Die AAU kämpft um die Zusammenfassung des Proletariats als Klasse.
2. Ihr Ziel ist die klassenlose Gesellschaft, die nächste Etappe die Diktatur des Proletariats, d. h. die ausschließliche Willensbestimmung des Proletariats über alle politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen der Gesellschaft vermöge der Räteorganisation.
3. Die allmähliche Durchsetzung des Rätegedankens ist die fortschreitende Selbstbewußtseinsentwicklung der proletarischen Klasse. Die eigentlichen Diktatoren sind Beauftragte der Räte, die deren Beschlüsse auszu-

führen haben. Die Räte können jederzeit durch ihre Mandatgeber abberufen werden. Sogenannte "Führer" können nur als Berater in Frage kommen.

4. Die AAU lehnt alle reformistischen und opportunistischen Kampfmethoden ab.

5. Die AAU wendet sich gegen jede Beteiligung am Parlamentarismus, denn sie bedeutet Sabotage des Rätegedankens.

6. Ebenso verwirft die AAU jede Beteiligung an gesetzlichen Betriebsräten als eine gefährliche Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum.

7. Die AAU wendet sich gegen den Syndikalismus, soweit er dem Rätegedanken ablehnend gegenübersteht.

8. Insbesondere aber wendet sich die AAU mit äußerster Schärfe gegen die Gewerkschaften als das Hauptbollwerk gegen die Fortentwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland, als das Hauptbollwerk gegen die Eignung des Proletariats als Klasse.

9. Die Einheitsorganisation ist das Ziel der AAU. Alle ihre Bestrebungen werden darauf gerichtet sein, dieses Ziel zu erreichen. Ohne die Existenzberechtigung der politischen Parteien anzuerkennen (denn die geschichtliche Entwicklung drängt zu ihrer Auflösung), führt die AAU gegen die politische Organisation der KAP, die Ziel und Kampfweise mit der AAU gemein hat, keinen Kampf, sondern ist bestrebt, in revolutionärem Kampf mit ihr gemeinsam vorzugehen.

10. Die Aufgabe der AAU ist die Revolution im Betriebe. Sie läßt sich die politische und wirtschaftliche Schulung der Arbeiter angelegen sein.

11. In der Phase der Ergreifung der politischen Macht wird die BO selbst ein Glied der proletarischen Diktatur, ausgeübt im Betriebe durch die auf der BO sich erhebenden Betriebsräte. Die BO tritt dafür ein, daß die politische Gewalt immer nur von der Exekutive der Räte ausgeübt wird.

Aus: Die Allgemeine Arbeiter-Union (revolutionäre Betriebsorganisation), hrsg. vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, Berlin 1921, p. 48.

-XIV-

Grundfragen der Organisation (Otto Rühle)

Partei und Gewerkschaft sind die aus der vorrevolutionären Zeit überkommenen Organisationen des klassenbewußten Proletariats. In ihnen wurde von der Arbeiterschaft der Klassenkampf gegen das kapitalistische System der bürgerlichen Gesellschaft geführt. Dabei fiel der Partei die Verfechtung der politischen Interessen mit weitgesteckten Zielen zu, während die Gewerkschaft um die nächstliegenden wirtschaftlichen Interessen des Tages kämpfte. Diese Scheidung der Aufgaben

entsprach den Bedingungen, die sich für den Klassenkampf aus dem Charakter und der Struktur der Gesellschaft im vorrevolutionären Zeitalter ergaben.

Die erwachsene Arbeitergeneration von heute ist, sofern sie im Klassenkampfe steht, in den beiden Organisationen Partei und Gewerkschaft groß geworden.

Sie sah und sieht noch in der Zugehörigkeit zu ihren Organisationen die erste Pflicht des klassenbewußten Proletariers, den Beweis seiner politischen Reife und den Ausdruck seines Willens zum Kampfe. Politisch und gewerkschaftlich organisiert zu sein, galt ihr und gilt ihr noch als etwas so Selbstverständliches, Ernstes und beinahe Heiliges, daß jeder Versuch, sie von ihren Organisationen abzubringen, ihr als feindliche, reaktionäre, gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtete Handlung erscheint.

Die in der Tradition alt Gewordenen bedenken dabei nicht, daß alles in der Welt gut und richtig ist nur zu seiner Zeit. Ist diese Zeit vorüber, wird das Gute schlecht und das Richtige falsch; Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage.

Die Revolution, eine Epoche grundstürzender Veränderungen, die keinen Stein dieses Gesellschaftsbaues auf dem andern lassen wird, geht auch an den Organisationen des Proletariats nicht spurlos vorüber. Sie stürzt das Alte, um aus den Ruinen neues Leben zu erwecken.

Da ist es an der Zeit, zu untersuchen: Welche Umstände und Bedingungen waren es, die Partei und Gewerkschaft im vorrevolutionären Zeitalter so große Bedeutung verliehen? Sind diese Voraussetzungen heute noch gegeben, und können Partei und Gewerkschaft vor den Erfahrungen und Erfordernissen der Gegenwart bestehen? Oder aber drängen etwa neue Bedingungen und höhere Ziele des Klassenkampfes zu zeitgemäßerem, rationellerem, wirksamerem Organisationsgebilden? Wenn ja - welche Art der Organisation ist nunmehr die Organisation der Revolution, des revolutionären und sozialistischen Zeitalters?

II. Die Partei

Die Partei ist bürgerlicher Herkunft. Sie stellt die klassische Organisation für die Interessenvertretung der Bourgeoisie dar. Ihre Entstehung fällt in die Zeit, in der die bürgerliche Klasse zur Herrschaft kam. Und zwar entstand sie im Zusammenhange mit dem Parlament. Das Parlament wiederum ergab sich aus der Organisation des bürgerlichen Staates; es bildet eine seiner wichtigsten und kennzeichnendsten Erscheinungs- und Betätigungsformen. Also: bürgerlich-kapitalistischer Klassenstaat, Parlament und Partei gehören zusammen, sind miteinander verwachsen; eins bedingt das andere, jedes funktioniert nur in Verbindung mit den übrigen. Hatte im Feudalstaat die Gesetzgebung in den Händen des selbstherrlichen

Monarchen gelegen, der seinen absolutistischen Willen in Dekreten oder Ukasen kundgab, so ging sie im Bourgeoisstaat (der sich in seiner entwickeltsten Form als Republik präsentierte) auf das Parlament über, eine Körperschaft aus gewählten Vertretern des Volkes, d. h. vorwiegend der besitzenden Schichten des Volkes. Schließlich stellte das Parlament auch die Regierung, wenigstens die Spitzen des bürokratischen Verwaltungsapparates im Staate.

Um auf Gesetzgebung und Verwaltung Einfluß zu gewinnen, schlossen sich die verschiedenen Interessentengruppen der bürgerlichen Klasse für die Zwecke der Wahlpropaganda, Stimmenwerbung usw. zu politischen Wahlvereinen zusammen. Aus diesen gingen mit schärferer programmatischer Ausprägung und strafferem Organisationsgefüge die Parteien hervor. Bürgerliche Parteien zur Vertretung und Verfechtung bürgerlicher Interessen im bürgerlichen Parlament.

In dem Maße, in dem sich das Proletariat zur Klasse entwickelte und als besondere Klasse mit eigenen Interessen fühlen lernte, verließ es die Gefolgschaft der bürgerlichen Gruppen, ging bei Parlamentswahlen selbständig vor und schloß sich zu diesem Zwecke zu proletarischen Vereinen, Wahlvereinen (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein, Verband deutscher Arbeitervereine, Demokratische und Sozialdemokratische Wahlvereine) und später zu Parteien (Eisenacher Sozialdemokratische Arbeiterpartei, Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Sozialdemokratische Partei Deutschlands) zusammen.

Die Partei als politisches Organisationsgebilde stammt also aus bürgerlicher Zeit, ist aus dem Wesen des bürgerlichen Staates geboren, durch den bürgerlichen Parlamentarismus bedingt und auf die bürgerliche Methode, Politik zu treiben, nämlich mittels parlamentarischer Betätigung, eingestellt. Selbst wenn sich ihre Mitglieder aus dem Proletariat rekrutieren, kann sie ihren Charakter im organisationstechnischen Aufbau wie in der politisch-taktischen Funktion nicht verleugnen oder abstreifen; sie bleibt eine Zusammenfassung der Kampfkräfte nach den Bedürfnissen und Erfordernissen bürgerlicher Politik, eine Formation und Waffe für die Interessenkämpfe auf der Basis bürgerlicher Politik, ein Instrument, das nur funktionsfähig und wirksam ist in den Methoden bürgerlicher Politik.

Die Partei, bürgerlicher Herkunft, ist somit auch bürgerlichen Wesens. Das bürgerliche Wesen ist organisatorisch charakterisiert durch den Zentralismus.

III. Der Zentralismus

Der Zentralismus ist ein Organisationsprinzip, nach dem alle Betätigungen einer Organisation, ihre Leitung und ihr Ziel von einem Mittelpunkt (Zentrum) ausgehen und auf ihn zurückführen.

Er findet immer dort Anwendung, wo wenige über viele herrschen wollen. Im bürgerlichen Staat, der organisierten Herrschaftsgewalt einer Minder-

heit (Bourgeoisie) über die Mehrheit (Proletariat), findet der Zentralismus seine klassische Anwendung und Durchführung. Bürokratie, Steuerwesen, Gerichtsbarkeit, Schulbetrieb, vor allem aber der Militarismus, weisen straff zentralistischen Aufbau auf.

Auch die Partei verkörpert das Prinzip des Zentralismus. Sie gleicht einer Pyramide, die stufenweise aufsteigt. Unten die Masse der Mitglieder, die zu zahlen und zu gehorchen haben; von Stufe zu Stufe ein Kreis von Führern in gestaffelter Rangordnung, mit immer höheren Gehältern, größeren Kompetenzen und stärkerer Befehlsgewalt. An der Spitze (Zentrale) endlich bei ein paar Leuten oder gar einem einzigen Menschen die höchste Autorität und die letzte Entscheidung. Alle Initiative, alle Disposition, aller Einfluß, alle Verfügungsgewalt ist bei den Führern; sie haben den Verwaltungsapparat, die Rednerliste, die Mandate, die Presse, die Kasse in ihren Händen. Die Masse wird gegängelt, geleithammelt, durch militärische Brutalisierung oder listige Umschmeichelung in Abhängigkeit und Unterjochung gehalten; sie bildet das Stimmvieh bei Wahlen; ihre höchste Tugend ist der Kadavergehorsam - die Parteidisziplin.

Der Zentralismus hat den Vorteil, daß er die vorhandenen Kräfte konzentriert, zur Einheit zusammenfaßt, zum Ganzen verbindet und dadurch zu größerer Leistung nach einheitlichem Gesichtspunkte befähigt; aber auch den Nachteil, daß er die Einzelinitiative ertötet, den Willen der Mitglieder lähmt, die individuelle Kraftentfaltung unterbindet und damit das Individuum in seiner Entwicklung zu selbständiger Persönlichkeit, zu Selbstbewußtsein und Selbständigkeit verhindert. Er ist ein Organisationssystem für Herren über Knechte.

Das Gegenstück des Zentralismus ist der Föderalismus, der dem einzelnen größtes Selbstbestimmungsrecht und weiteste Betätigungsfreiheit gewährt - ein Vorteil, dem freilich der Nachteil mangelhafter Zusammenfassung der Kräfte zum zielbewußten und leistungsfähigen Ganzen gegenübersteht. Die Partei hat dank ihrem zentralistischen Aufbau in vorrevolutionärer Zeit Großes geleistet. Sie stellte einen kunstvoll konstruierten Mechanismus dar, einer modernen Maschine vergleichbar, bei der ein Druck auf einen Knopf genügt, um von einer Zentralstelle aus ein tausendfaches Hebel- und Räderwerk in Gang zu setzen und nützliche Leistungen zu vollbringen. Sie hat nur einen Fehler: daß sie in dem Augenblicke versagt, in dem sie am nötigsten gebraucht wird. Wann wird sie am nötigsten gebraucht? In der Revolution. Da sollen von der Zentrale aus, die den Generalstab bildet, Parolen ausgegeben werden, Dispositionen, Ratschläge, Befehle hinausgehen. Die Führer drücken auf den Knopf ... aber die Leitung versagt. Denn die Revolution beginnt mit großen Wirtschaftskämpfen, mit Streiks, Unruhen, Sabotageakten, Störungen aller Art. Da stehen die Eisenbahnen still, verkehrt keine Post, stockt der Telegraphen- und Telephonverkehr, versagt der Kurierdienst. Da können auch die Parolen und Befehle der Zentrale nicht ins Land hinaus. Die Leitung ist abgeschnitten von den Massen, die sich, da sie durch

das zentralistische System zur Unselbständigkeit erzogen worden sind, nicht zu helfen wissen. Es kommt keine Einheitlichkeit der Kampfführung zustande. Ratlosigkeit, Verwirrung und Niederlage sind die Folge.

Der zentralistische Parteiapparat hat, soll er funktionieren zur Voraussetzung, daß der zentralistische Staatsapparat funktioniert. Das ist in friedlichen, vorrevolutionären Zeiten der Fall. Darum war in diesen Zeiten die Partei ein treffliches Instrument, das tadellos funktionierte und glänzende Erfolge hatte. Mit der Revolution aber hört dies auf. Die Partei versagt. Sie läßt die kämpfenden Massen im Stich. Weil die Leitung gestört ist, steht die Maschine still. Aber auch die Führer versagen. Als Berufsführer in festen Stellungen, mit geregelter Arbeitszeit und einem Gehalt, das über den Arbeiterlohn hinausgeht, sind sie keine Proletarier mehr; sie sind Beamte in gehobenen Lebensverhältnissen. Kleinbürgerliche Beamte mit kleinbürgerlichen Lebensgewohnheiten und bald auch mit kleinbürgerlicher Denkweise. Als solche verabscheuen sie die Unordnung und Unbequemlichkeit, die Aufregung und Unsicherheit - die Revolution. Der Zentralismus hat sie zu Verwaltungsmenschen erzogen, nicht zu Kämpfern. Sie wissen am grünen Tische und in den Akten Bescheid, aber nicht im Betrieb, in den Fabriken. Sie verstehen zu reden, zu rechnen, zu kalkulieren, zu verhandeln, statistische Fragebogen auszufüllen und Paragraphen zu reiten; aber sie verstehen sich nicht auf die Taktik der Revolution.

Weil sie Beamte sind, keine Proletarier, versagen sie in der proletarischen Revolution, mit der sie innerlich nichts verbindet.

.....

V. Die Gewerkschaften

Wiedie Parteien, soentstammen auch die Gewerkschaften dem bürgerlichen Zeitalter. Aus den Nöten einer großen Krise der sechziger Jahre wurden sie geboren.

Aber im Gegensatz zu den Parteien der Arbeiterklasse gaben sie sich nie revolutionär. Von Anfang an erklärten sie sich für politisch neutral und beschränkten sich in ihrem Wirken auf die Herbeiführung besserer Lohn-, Lebens- und Arbeitsverhältnisse für die Arbeiterklasse im Rahmen des kapitalistischen Systems. Das ist, ohne Umschweife und Verschleierung, ein reformistisch - opportunistisches Programm.

Dem Verzicht auf große Ziele entsprach der Verzicht auf große Kämpfe. Nie dachten sie ernstlich daran, dem Kapital die geschlossene Front des Proletariats gegenüberzustellen; entstanden in den Zeiten des wirtschaftlichen Kleinkriegs gegenüber einem nur in geringem Grade kartellierten Unternehmertum, begnügten sie sich als beruflich gegliederte Organisationen mit der Erzielung materieller Vorteile für einzelne Berufszweige. Sie schufen und förderten die Berufskonkurrenz. Sie trennten den Arbeitenden vom Arbeitslosen, den Gelernten vom Ungelernten, den jugendlichen vom älteren Ar-

beiter, den Mann von der Frau. So zerrissen sie die proletarische Front, führten Klassenschichten ein und lähmten damit den Klassenkampf.

Gefördert wurde diese Tendenz durch ein ausgebreitetes Unterstützungs-wesen, das Staat und Unternehmertum entlastete und die Gesinnung der Arbeiter durch Züchtung kleinlichster egoistischer Interessenjägerei geradezu verpestete.

Von dem immer machtvoller in Trusts und Syndikaten zusammengeschlossenen Unternehmertum wurden sie in die Defensive gedrängt, verfielen dem ausgesprochensten liberalen Reformismus, vermieden nach Möglichkeit große Streiks, die ja gewollt oder ungewollt politischen Charakter annehmen mußten, und begnügten sich mit Ausgleichsverhandlungen über Tarife, Kollektiv-Verträge usw. Ihre Kämpfe um Lohn usw. wurden Selbstzweck, statt Mittel zum Zweck der Herbeiführung des Sozialismus. Aus dieser Verfassung der Gewerkschaften erklärt sich der Schauer vor Massenstreik und einheitlicher Massenorganisation. Generalstreik wurde vorweg verächtlich gemacht als Generalunsinn, ja als die Revolution den Generalstreik als erste bewußte und machtvolle Erhebung des Proletariats als Klasse erforderte, schrie die gesamte Gewerkschaftsbureaukratie: Generalstreik ist Generalverbrechen!

Diese Gewerkschaftsbureaukratie ist das Produkt der zentralistisch-bureaukratischen Organisationsform. Alles, was über die Parteiführer gesagt wurde, trifft auf die Gewerkschaftsangestellten in erhöhtem Maße zu. Sie stellen das echte Bonzen-tum dar, bilden die typischen Unteroffiziere der Arbeiter-Armee. Auf Gedeih und Verderb mit ihren Verbänden verwachsen, in ihrer Existenz von deren Existenz abhängig, vermögen sie die soziale Frage nie anders als durch die Brille ihrer engen Verbandsinteressen zu betrachten; im Konflikt zwischen Klassenkampf und Verbandskasse, Gesamtwohl und Futterkrippe entscheiden sie sich immer für die letzteren. Selbst der Vorsitzende der KPD, Paul Lange, vor die Entscheidung gestellt, griff zum Brotkorb und ließ die kommunistische Gesinnung fahren. Und das geschah am grünen Holze! Diese Gewerkschaftsbeamten waren während des Kriegs die schlimmsten Durchhaltepolitiker und ärgsten Annexionisten; während sie sich selbst reklamieren ließen, brachten sie jeden Vertreter der Opposition durch Denunziationen bei der Militärbehörde in den Schützengraben und vor die feindliche Kugel. Sie halfen das schmachvolle Hilfsdienstgesetz schaffen und suchten bis zur letzten Stunde den Ausbruch der November-Revolution zu verhindern. Kurz darauf schlossen sie mit dem Unternehmertum die Arbeitsgemeinschaft, den zweiten Burgfrieden im Interesse des Geldsacks, und betätigten sich in den Revolutionskämpfen als die böseartigsten und niederträchtigsten Hetzer gegen die kämpfenden Arbeiter. Durch schändlichen Verrat halfen sie die Kämpfe im Ruhrgebiet in Arbeiterblut ersticken, und als der Weiße Schrecken darnach Tausende von Proletariern in Gefängnisse und Zuchthäuser warf, saßen Gewerkschaftsbeamte mit in den Standgerichten, die diese blutigen Urteile fällten. Für die Gewerk-

schaften und ihre Bureaukratie, schon in normalen Zeiten ein Hindernis und eine Gefahr der Entwicklung, gibt es heute nur eins: Ausrottung, Sprengung, Vernichtung. Rücksichtslos hinweg mit ihnen in einer Zeit, die dem Kapitalismus im Lande und seinen Fronherren in der Entente die Weiterexistenz nur möglich macht dadurch, daß die das arbeitende Volk - mit Hilfe der Gewerkschaften - doppelt und dreifach auspressen können! Oder sind nicht die Gewerkschaften überall für das Akkordsystem eingetreten? Haben sie nicht das Verfahren von Überschichten, das Leisten von Überstunden usw. allenthalben gebilligt oder gar gefordert? Waren sie nicht stets und ständig die gefälligen Hausknechte des Unternehmertums? Beim Betriebsrätegesetz? In den Schlichtungsausschüssen? Gegenüber den Arbeitslosen? Gibt es überhaupt noch eine von den Kapitalisten gegen die Arbeiterschaft unternommene Gaunerei und Schurkerei, bei der nicht die Gewerkschaften ihre Hand im Spiele hätten?

Eine Revolutionierung dieser verrotteten und verwahrlosten Gebilde ist unmöglich. Unmöglich ihre Umformung zu Instrumenten des Klassenkampfes. Auch eine Reformierung ist eine Illusion. Sie würde unendliche Zeit erfordern, die revolutionäre Situation verpassen und brächte an Stelle der SPD-Bureaukraten bestenfalls USP- oder KPD-Bureaukraten - das hieße den Teufel durch Beelzebub austreiben. Reformieren oder revolutionieren von innen aus hieße: etwas erhalten und erneuern wollen, was vernichtet werden muß. Vernichtet mit Stumpf und Stiel. Da helfen keine Sentimentalitäten! Da hilft kein Hinweis auf die große Zahl der Gewerkschaftsmitglieder! Alles Larifari! Trotz der großen Mitgliederzahl können die Gewerkschaften nicht einen einzigen Streik durchführen, weil sie den Zusammenbruch der Organisation und den Bankrott der Kassen befürchten; keinen Anschlag der Unternehmer auf die Rechte und Interessen der Arbeiter abwehren. Was sollen sie also noch?

Der revolutionäre Arbeiter hat kein Interesse mehr an der Erhaltung dieser Bonzen-Versorgungs-Institute, dieser Schutzgarden der Kapitals-Interessen, dieser Organisationen für systematischen Arbeiterrat. Er hat nur noch Interesse an ihrer raschen und gründlichen Beseitigung!

.....

VII. Die Räte

Die autoritär-zentralistischen Organisationen, Partei und Gewerkschaft, führen im Falle der Übernahme der Staatsmacht mit innerer Notwendigkeit zum Bureaukratismus. Wie sollte es auch anders sein! Die Partei muß, will sie sich in der Macht halten, alle wichtigen Posten sofort mit zuverlässigen Leuten besetzen. Diese in ihrem Sinne zuverlässigen, d. h. in ihrem Sinne revolutionären Leute nimmt sie aus ihren Reihen. So werden Parteibonzen zu Regierungsbonzen, und die Staatsmacht ist

in Wirklichkeit nur die ins Allgemeingültige projizierte Parteimacht. Gesinnungstüchtigkeit im Parteisinne ist erste Vorbedingung der Herrschaft. Indem der Parteimachthaber nun aber als Staatsmachthaber über Polizei, Heer, Exekutive, öffentliche Meinung, Gerichte, Kerker und - last, not least! - Notendruckmaschinen verfügen und eine Diktatur etablieren, entsteht die Parteidiktatur, die sich nicht bloß gegen die Bourgeoisie und die gegenrevolutionären Schichten des Proletariats, sondern auch gegen die revolutionären Schichten des Proletariats wendet, sofern diese in einem anderen als dem amtlich zulässigen, behördlich abgestempelten Parteisinne revolutionär sind. Ein einfacher demagogischer Fälschertrick, der jede von der Parteinorm abweichende revolutionäre Gesinnung als "konterrevolutionär" denunziert, schafft dafür die ethisch-politische Rechtfertigung. So sitzen in Rußland die glühendsten und hingebungsvollsten Revolutionäre zu Tausenden im Kerker, nur deshalb, weil sie nicht im Sinne des Bolschewismus, d. h. der zufällig herrschenden Partei, revolutionär sind; und jeder Oktober-Bolschewist, dessen einzige revolutionäre Leistung darin besteht, daß er sich unter kluger Ausnutzung der politischen Konjunktur und unbelastet von wahren revolutionärem Geiste an die Staatsfutterkrippe zu drängen wußte, darf diese Vorkämpfer der Revolution unter dem Beifall seiner Partei und seiner Regierung als "Konterrevolutionäre" bespeien. In Rußland hat sich auch praktisch herausgestellt, was theoretisch selbstverständlich ist: daß eine zentralistische Partei - und wäre sie von redlichstem Willen beseelt - niemals Räte zu schaffen imstande ist. Sie versackt eben im Bureaukratismus. Sie existiert in ihm und durch ihn. Rußland hat die Bureaukratie der Kommissariate. Sie regiert. Es hat kein Räte-system. Die in öffentlichen Wahlen, nach Parteilisten und unter unerhörtem Regierungsterror zustandekommenden Sowjets sind keine Räte im revolutionären Sinne. Sie sind Rätekulissen. Sind eine politische Täuschung. Eine Weltbetrug. Alle Herrschaft in Rußland liegt bei der Bureaukratie - der Todfeindin des Räte-systems. Der Todfeindin, weil das Halbe immer der Feind des Ganzen ist.

Mit der Bureaukratie des Zentralismus konnte man den bürgerlich - liberalen Staat aufbauen, organisieren, in Gang halten. Konnte man auch die kapitalistische Wirtschaft entfalten. (Wenige herrschen über viele und beuten sie aus.)

Die proletarische Selbstregierung aber und die sozialistische Wirtschaft erfordern das Räte-system. (Alle produzieren für den Bedarf, und alle nehmen Anteil an der Verwaltung.) Die Partei verhindert Rußland, zum Räte-system zu kommen. Ohne Räte aber kein sozialistischer Aufbau, kein Kommunismus. Parteidiktatur ist Bureaukratenherrschaft, ist Despotie der Kommissare, ist Staatskapitalismus, ist schlimmere Ausbeutung und Knechtschaft. Die Diktatur des Zarismus war die Herrschaft einer Klasse über Klassen. Die Diktatur der Bolschewiki ist die Herrschaft von 5 Pro-

zent einer Klasse über andere Klassen und 95 Prozent der eigenen Klasse. Es gibt keinen größeren Feind der Klassendiktatur als die Parteidiktatur. Das heißt: es gibt kein größeres Hindernis zum Sozialismus, keine größere Erschwerung der Revolution, keinen größeren Gegner des Rätesystems als - die Partei. Die Überwindung der Partei ist elementare Voraussetzung der Revolution, des Rätesystems, des Sozialismus.

Räte entstehen in den Betrieben. Sie enthalten nur proletarisches Element. Als Vertrauenskörper aller Schaffenden gehen sie aus geheimen Wahlen hervor. Keine durch staatliche Machtmittel privilegierte Partei genießt in ihm Vorrechte. Ihr Bestand und ihre Zusammensetzung sind unausgesetzt der jeden Augenblick wirksamen Kontrolle des Rückrufrechts unterstellt. So spricht sich in ihnen der Wille der tätigen Massen aus. Die Spaltung in Führer und Ge(nas) führte, Regierende und Regierte, Kluge und Esel hört auf. Wie alle arbeiten, so tun alle ihren Willen kund; alle regieren sich selbst. "Die bourgeoise Organisationsform ist eingestellt auf das Individuale, sie trägt ihre Blüten im Heroenkult, die Masse ist ihr das Knetmaterial für "Bevorzugte". Die proletarische Organisationsform führt das Individuum zurück in das Gemeinsame, in das Soziale. Die Persönlichkeit, und sei es die größte, wird nicht gehätschelt werden, nicht in ferne Höhen steigen, sie wird sich nach allen Richtungen ausbreiten im Gemeinsamen, sie wird mit ihren strömenden Gluten die Massen durchdringen und mit der Masse gemeinsam wachsen." So schrieb einmal Doktor Schröder, als er noch kein KAP-Bonze war und noch nicht mit dem russischen Rubel "sympathisierte". Heute arbeitet er zentralistische "Richtlinien" aus und schwärmt für die Parteidiktatur. Die Protagierung der Räte durch die KAPD war leeres, demagogisches Wortgeklingel, denn die KAPD war eine Partei, und eine Partei ist auf die Bürokratie eingestellt. Genau so ist die KPD-Parole: Wählt politische Arbeiterräte! eine demagogische Flause, hinter der nichts anderes steckt als der Versuch, die im Wrack der Partei schwindende Macht der Bonzen auf dem Rettungsboot von Scheinräten in Sicherheit zu bringen, damit der Segen des Bonzentums dem Proletariat ja noch recht lange erhalten bleibe.

Räte können nur vorbereitet werden von Organisationen, die in den Betrieben wurzeln, den Parteicharakter restlos überwunden und alle Parteiabhängigkeit abgestreift haben und in ihrem Aufbau das Rätesystem (nach Möglichkeit) verkörpern.

Aus: "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 37/38 ff.

Richtlinien für die Allgemeine Arbeiter-Union (Einheitsorganisation)

1. Die AAU ist die politische und wirtschaftliche Einheitsorganisation des revolutionären Proletariats.
2. Die AAU kämpft für den Kommunismus, die Vergesellschaftung der Produktion, Rohstoffe, Mittel und Kräfte und der aus diesen hervorgebrachten Bedarfsgüter. Die AAU will die planmäßige Produktion und Verteilung an die Stelle der heutigen kapitalistischen setzen.
3. Das Endziel der AAU ist die herrschaftslose Gesellschaft, der Weg zu diesem Ziel ist die Diktatur des Proletariats als Klasse. Die Diktatur des Proletariats ist die ausschließliche Willensbestimmung der Arbeiter über die politische und wirtschaftliche Einrichtung der kommunistischen Gesellschaft vermöge der Räteorganisation.
4. Die nächsten Aufgaben der AAU sind: a) Die Zertrümmerung der Gewerkschaften und der politischen Parteien, dieser Haupthindernisse für eine Einigung der proletarischen Klasse und für die Fortentwicklung der sozialen Revolution, die keine Partei- oder Gewerkschaftssache sein kann. - b) Die Zusammenfassung des revolutionären Proletariats in den Betrieben, den Urzellen der Produktion, dem Fundament der kommenden Gesellschaft. Die Form aller Zusammenfassung ist die Betriebsorganisation. - c) Die Entwicklung des Selbstbewußtseins und des Solidaritätsgedankens der Arbeiter. - d) Alle Maßnahmen vorzubereiten, die für den politischen und wirtschaftlichen Aufbau notwendig sein werden.
5. Die AAU verwirft alle reformistischen und opportunistischen Kampfmethoden, sie wendet sich gegen jede Beteiligung am Parlamentarismus und an den gesetzlichen Betriebsräten; denn sie bedeutet eine Sabotage des Rätegedankens.
6. Die AAU lehnt das Berufsführertum grundsätzlich ab. Sogenannte Führer können nur als Berater in Frage kommen.
7. Alle Funktionen in der AAU sind ehrenamtlich.
8. Die AAU betrachtet den Befreiungskampf des Proletariats nicht als nationale, sondern als eine internationale Angelegenheit. Deshalb erstrebt die AAU die Zusammenfassung des gesamten revolutionären Weltproletariats zu einer Räte-Internationale.

Aus: "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 41/42.

-XVI-

Aufruf des Gründungsparteitages der
"Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD)
am 4. und 5. April 1920 in Berlin

An das deutsche Proletariat!

Die von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und anderen begründete Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) ist an ihrem politischen und moralischen Bankrott angelangt. Nach dem Tode jener großen Vorkämpfer des internationalen Proletariats hat eine ehrgeizige, machtlüsterne, mit allen Mitteln der Korruption arbeitende Führerclique es verstanden, im Interesse ihrer eigenen egoistischen Zwecke den Gedanken der proletarischen Revolution zu sabotieren, die Partei ins reformistische Fahrwasser zu drängen und dadurch den größten Teil der Mitglieder zur heftigsten Opposition gegen den Reformismus der Zentrale des Spartakusbundes zu veranlassen. Diese Zentrale hat es fertig gebracht, alle diejenigen Bezirke der KPD, die ihren unversöhnlichen Kampf gegen die konterrevolutionären Institutionen des Parlamentarismus, der Gewerkschaften und der gesetzlichen Betriebsräte nicht aufgeben wollten, aus der Partei auszuschließen, ohne diesen (größten) Bezirken Gelegenheit zu geben, ihren Standpunkt vor der höchsten Instanz der Partei, dem Parteitage, darzulegen und zu begründen. Damit hat die Zentrale des Spartakusbundes den Beweis erbracht, daß sie die Parteispaltung wollte, weil das revolutionäre Wollen der Mitgliedschaften dem konterrevolutionären Wirken der Zentrale entgegengesetzt war.

Die bisherige Opposition hat sich nunmehr als Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands konstituiert. Die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands ist keine Partei im überlieferten Sinne. Sie ist keine Führerpartei. Ihre Hauptarbeit wird darin bestehen, das deutsche Proletariat auf seinem Wege zur Befreiung von jeglichem Führertum nach Kräften zu unterstützen.

Die Befreiung von der verräterischen konterrevolutionären Führerpolitik ist das wirksamste Mittel zur Einigung des Proletariats. Die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands ist sich nichtsdestoweniger bewußt, daß die Einigung des Proletariats, die Einigung im Geiste des Rätegedankens, das eigentliche Ziel der Revolution bedeutet.

Arbeiter, Genossen! Die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands ist die entschiedenste Vorkämpferin des deutschen Proletariats. Genossen, macht unsere Partei so aktionsfähig, daß sie das deutsche Proletariat zum Siege führt.

Es lebe die Weltrevolution! Es lebe die Dritte Internationale!

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands

Aus: "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 15/16.

-XVII-

Programm der "Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD)
vom Mai 1920

Vorwort.

Mitten im Wirbel von Revolution und Konterrevolution vollzog sich die Gründung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Aber die Geburtsstunde der neuen Partei ist nicht Ostern 1920, wo der Zusammenschluß der bisherigen, nur in loser Fühlung mit einander stehenden "Opposition" ihren organisatorischen Abschluß fand. Die Geburtsstunde der K. A. P. D. fällt zeitlich zusammen mit jener Entwicklungsphase der K. P. D. (Spartakusbund), wo ein verantwortungsloser, die persönlichen Interessen über die Interessen der proletarischen Revolution stellender Führerklingel seine persönliche Auffassung über den "Tod" der deutschen Revolution der sich energisch gegen diese persönlich interessierte Auffassung zur Wehr setzenden Parteimehrheit aufzuzwingen unternahm und auf Grund der so zu rechtgemachten Privatauffassung die bisher revolutionäre Taktik der Partei in eine reformistische umzuwandeln verstand. Diese verräterische Haltung der Levi, Posner u. Co. rechtfertigt aufs neue die Erkenntnis, daß die radikale Beseitigung jeglicher Führerpolitik die Voraussetzung für den raschen Fortgang der proletarischen Revolution in Deutschland bilden muß. Das ist in der Tat die Wurzel der Gegensätze, die zwischen uns und dem Spartakusbund entstanden sind, Gegensätze von solcher Tiefe, daß die Kluft, die uns von ihm trennt, größer ist als der Gegensatz, der zwischen den Levi, Pieck, Thalheimer usw. einerseits und den Hilferding, Crispian und Stampfer, Legien andererseits besteht. Der Gedanke, den revolutionären Massenwillen zum ausschlaggebenden Faktor in der taktischen Einstellung einer wirklich proletarischen Organisation zu erheben, ist das Leitmotiv für den organisatorischen Aufbau unserer Partei. Die Autonomie der Mitgliedschaften unter allen Umständen zum Ausdruck zu bringen, ist das Grundprinzip einer proletarischen Partei, die keine Partei im überlieferten Sinne ist.

Darum ist es uns eine Selbstverständlichkeit, daß das hiermit unsern Organisationen übergebene Parteiprogramm, dessen schriftliche Niederle-

gung durch die vom Parteitag hierzu beauftragte Programmkommission erfolgt ist, solange als Programm-Entwurf zu gelten hat, bis der nächste ordentliche Parteitag sich mit vorliegender Fassung einverstanden erklärt haben wird. Im übrigen dürfte mit der Möglichkeit von Abänderungsanträgen, soweit sich solche auf die grundsätzliche und taktische Stellungnahme der Partei erstrecken würden, kaum zu rechnen sein, da das Programm in seiner jetzigen Fassung nichts anders als den Inhalt der vom Parteitag einstimmig angenommenen programmatischen Erklärung in erweitertem Rahmen getreu zum Ausdruck bringt. Etwaige formale Änderungen aber werden dem revolutionären Geist, den das Programm aus jeder Zeile atmet, nichts anhaben können. Ein unverrückbarer Leitstern bleibt uns die marxistische Erkenntnis von der historischen Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, unerschütterlich bleibt unser Wille, den Kampf um den Sozialismus im Geiste des internationalen Klassenkampfes zu führen. Unter diesem Banner ist der Sieg der proletarischen Revolution gewiß.

Berlin, Mitte Mai 1920.

Die aus dem Weltkriege geborene Weltwirtschaftskrise mit ihren ungeheuerlichen ökonomischen und sozialen Auswirkungen, deren Gesamtbild den niederschmetternden Eindruck eines einzigen Trümmerfeldes von kolossalem Ausmaß ergibt, besagt nichts anderes, als daß die Götterdämmerung der bürgerlich-kapitalistischen Weltordnung angebrochen ist. Nicht um eine der in periodischem Ablauf eintretenden, der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlichen Wirtschaftskrisen handelt es sich heute, es ist die Krise des Kapitalismus selbst, was unter krampfhaften Erschütterungen des gesamten sozialen Organismus, was unter dem furchtbarsten Zusammenprall der Klassengegensätze von noch nicht dagewesener Schärfe, was als Massenelend innerhalb der breitesten Volksschichten als das Menetekel der bürgerlichen Gesellschaft sich ankündigt. Immer deutlicher zeigt sich, daß der sich von Tag zu Tag noch verschärfende Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, daß der auch den bisher indifferenten Schichten des Proletariats immer klarer bewußt werdende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht gelöst werden kann. Der Kapitalismus hat sein vollständiges Fiasko erlebt, er hat im imperialistischen Raubkriege sich selbst historisch widerlegt, er hat ein Chaos geschaffen, dessen unerträgliche Fortdauer das internationale Proletariat vor die welthistorische Alternative stellt: Rückfall in die Barbarei oder Aufbau einer sozialistischen Welt.

Von allen Völkern der Erde hat bisher das russische Proletariat allein in heldenmütigem Kampfe es fertig gebracht, die Herrschaft seiner Kapitalistenklasse siegreich zu überwinden und selber die politische Macht zu übernehmen. In heroischem Widerstande hat es den konzentrischen An-

griff der vom internationalen Kapital organisierten Söldnerheere erfolgreich abgewehrt und sieht sich jetzt der über alle Begriffe schwierigen Aufgabe gegenüber, die durch den Weltkrieg und den ihm folgenden mehr als zweijährigen Bürgerkrieg total zerrüttete Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage aufzubauen. Das Schicksal der russischen Räterepublik ist abhängig von der Entwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland. Nach dem Siege der deutschen Revolution wird ein sozialistischer Wirtschaftsblock vorhanden sein, der vermöge des wechselseitigen Austausches von Industrie- und Landwirtschaftsprodukten imstande ist, eine wahrhaft sozialistische Produktionsweise aufzurichten ohne mehr zu wirtschaftlichen und damit auch politischen Konzessionen gegenüber dem Weltkapital genötigt zu sein. Wenn das deutsche Proletariat seine weltgeschichtliche Aufgabe nicht in kürzester Frist erfüllt, ist der Fortgang der Weltrevolution auf Jahre, wenn nicht auf Jahrzehnte in Frage gestellt. In der Tat bildet Deutschland heute den Brennpunkt der Weltrevolution. Die Revolution in den "siegreichen" Ländern der Entente kann erst in Fluß kommen, wenn die große Barriere in Mitteleuropa weggeräumt ist. Naturgemäß sind die ökonomischen Voraussetzungen für die proletarische Revolution in Deutschland ungleich günstiger als in den "siegreichen" Ländern Westeuropas. Die unter der Signatur des Versailler Friedens restlos ausgeplünderte deutsche Wirtschaft hat eine Verelendung gezeitigt, die in kurzem auf eine gewaltsame Lösung einer katastrophalen Situation notwendig hindrängt. Hinzu kommt, daß der Versailler Raubfrieden nicht nur einer kapitalistischen Produktionsweise in Deutschland überaus schwere, für das Proletariat unerträgliche Fesseln anlegt: seine gefährlichste Seite besteht darin, daß er die ökonomischen Fundamente der künftigen sozialistischen Wirtschaft in Deutschland unterminiert, also die Entwicklung der Weltrevolution auch nach dieser Richtung in Frage stellt. Aus diesem Dilemma hilft nur die rasche Fortentwicklung der deutschen proletarischen Revolution. Die ökonomische und politische Situation in Deutschland ist überreif für den Ausbruch der proletarischen Revolution. In diesem Stadium der historischen Entwicklung, wo der Zersetzungsprozeß des Kapitalismus nur durch die Kulisse scheinbarer Machtpositionen künstlich verschleiert wird, kommt alles darauf an, dem Proletariat zu dem Bewußtsein zu verhelfen, daß es nur eines energischen Zugreifens bedarf, um von der Macht, die es eigentlich schon besitzt, wirksamen Gebrauch zu machen. In einer solchen Epoche des revolutionären Klassenkampfes, wo die letzte Phase des Ringens zwischen Kapital und Arbeit eingesetzt hat und der eigentliche Entscheidungskampfbereits im Gange ist, gibt es keinen Kompromiß mit dem Todfeind, sondern Kampf bis zur Vernichtung. Insbesondere gilt der Angriff denjenigen Institutionen, deren Tendenz auf die Ueberbrückung der Klassengegensätze gerichtet ist, also auf eine Art politischer oder wirtschaftlicher Arbeitsgemeinschaft zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten hinausläuft. Im Augenblick, wo die objektiven Bedingun-

gen für den Ausbruch der proletarischen Revolution gegeben sind, ohne daß die permanente Krisis eine akute Zuspitzung erfährt oder dann, wo eine katastrophale Zuspitzung eintritt, dieselbe vom Proletariat nicht bis zur letzten Konsequenz erfaßt und ausgewertet wird, müssen Gründe subjektiver Natur vorhanden sein, die dem beschleunigten Fortgang der Revolution als hemmende Faktoren im Wege stehen. Mit anderen Worten: die Ideologie des Proletariats befindet sich noch teilweise im Banne bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Vorstellungselemente. Die Psychologie des deutschen Proletariats in seiner gegenwärtigen Verfassung trägt nur allzu deutlich die Spuren der jahrhundertelangen militaristischen Versklavung, daneben aber auch die Merkmale eines mangelnden Selbstbewußtseins, wie sie sich als Folge des parlamentarischen Kretinismus der alten Sozialdemokratischen Partei und der U. S. P. einerseits sowie des Absolutismus der Gewerkschaftsbureaukratie andererseits mit Naturnotwendigkeit entwickeln mußte. Die subjektiven Momente spielen in der deutschen Revolution eine entscheidende Rolle. Das Problem der deutschen Revolution ist das Problem der Selbstbewußtseinsentwicklung des deutschen Proletariats.

In Erkenntnis dieser Situation und in Erkenntnis der Notwendigkeit, das Tempo der weltrevolutionären Entwicklung zu beschleunigen, sowie getreu dem Geiste der 3. Internationale kämpft die K. A. P. D. für die maximalistische Forderung der sofortigen Beseitigung der bürgerlichen Demokratie und für die Diktatur der Arbeiterklasse. Sie verwirft in der demokratischen Verfassung den in der gegenwärtigen Periode doppelt unsinnigen und unhaltbaren Grundsatz, auch der ausbeutenden Kapitalistenklasse politische Rechte und die ausschließliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel einräumen zu wollen.

In Verfolg ihrer maximalistischen Absichten entscheidet sich die K. A. P. D. auch für die Ablehnung aller reformistischen und opportunistischen Kampfmethoden, in denen sie nur ein Ausweichen vor ernststen und entscheidenden Kämpfen mit der bürgerlichen Klasse sieht. Sie will diesen Kämpfen nicht ausweichen, sie fordert sie vielmehr heraus. In einem Staat, der alle Merkmale der eingetretenen Periode des kapitalistischen Zerfalls aufweist, gehört auch die Beteiligung am Parlamentarismus zu den reformistischen und opportunistischen Kampfmethoden. In einer solchen Periode das Proletariat ermuntern, sich an Parlamentswahlen zu beteiligen, bedeutet im Proletariat die gefährlichen Illusionen zu wecken und zu nähren, als könnte durch parlamentarische Mittel die Krisis überwunden werden, bedeutet die Anwendung eines bürgerlichen Klassenkampfmittels in einer Situation, in der nur proletarische Klassenkampfmittel in ihrer entschlossenen und rücksichtslosen Anwendung entscheidend wirken können. Die Beteiligung am bürgerlichen Parlamentarismus inmitten der fortschreitenden proletarischen Revolution bedeutet am Ende auch nichts anderes, als die Sabotage des Rätegedankens.

Der Rätegedanke steht in der Periode des proletarischen Kampfes um die politische Macht im Mittelpunkt der revolutionären Fortentwicklung. Das mehr oder weniger starke Echo, das der Rätegedanke jeweilig im Massenbewußtsein weckt, ist der Gradmesser für die Entwicklung der sozialen Revolution. Der Kampf um die Anerkennung revolutionärer Betriebsräte und politischer Arbeiterräte im Rahmen einer bestimmten revolutionären Situation wächst sich folgerichtig aus zum Kampf um die Diktatur des Proletariats gegen die Diktatur des Kapitalismus. Dieser revolutionäre Kampf, dessen eigentliche politische Achse der Rätegedanke bildet, richtet sich mit historischer Notwendigkeit gegen die gesamte bürgerliche Gesellschaftsordnung und folglich auch gegen ihre politische Ausdrucksform, den bürgerlichen Parlamentarismus. Rätesystem oder Parlamentarismus? Das ist die Frage von welthistorischer Bedeutung. Aufbau einer proletarisch-kommunistischen Welt oder Untergang im Sumpf der bürgerlich-kapitalistischen Anarchie? Inmitten einer so durch und durch revolutionären Situation wie gegenwärtig in Deutschland bedeutet also die Beteiligung am Parlamentarismus nicht nur die Sabotage des Rätegedankens, sondern darüber hinaus die Galvanisierung der in Verwesung befindlichen bürgerlich-kapitalistischen Welt und damit die mehr oder weniger gewollte Verzögerung der proletarischen Revolution.

Neben dem bürgerlichen Parlamentarismus bilden die Gewerkschaften die Hauptbollwerk gegen die Fortentwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland. Ihre Haltung im Weltkrieg ist bekannt. Ihr entscheidender Einfluß auf die grundsätzliche und taktische Stellungnahme der alten Sozialdemokratischen Partei führte zur Proklamierung des "Burgfriedens" mit der deutschen Bourgeoisie, was gleichbedeutend war mit der Kriegserklärung an das internationale Proletariat. Ihre sozialverräterische Wirksamkeit fand ihre logische Fortsetzung bei Ausbruch der November-Revolution in Deutschland, wo sie ihre konterrevolutionäre Gesinnung durch den Abschluß einer wirtschaftsfriedlichen Arbeitsgemeinschaft mit dem zusammenbrechenden deutschen Unternehmertum dokumentierten. Ihre konterrevolutionäre Tendenz haben sie während der ganzen Periode der deutschen Revolution bis zum heutigen Tage bewahrt. Die Gewerkschaftsbureaukratie ist es gewesen, die sich am heftigsten dem in der deutschen Arbeiterklasse immer stärker Wurzel schlagenden Rätegedanken widersetzte und die sich aus den ökonomischen Massenaktionen folgerichtig ergebenden politischen Tendenzen mit dem Ziel der politischen Machtergreifung durch das Proletariat erfolgreich zu paralisieren verstand. Der konterrevolutionäre Charakter der gewerkschaftlichen Organisationen ist so offenkundig, daß zahlreiche Unternehmer in Deutschland die Einstellung von Arbeitern von der Zugehörigkeit zu einem gewerkschaftlichen Verbands abhängig machen. Damit ist vor aller Welt enthüllt, daß die Gewerkschaftsbureaukratie an der künstlichen Aufrechterhaltung des in allen Fugen krachenden kapitalistischen Systems tätigen Anteil nimmt. Die Gewerkschaften sind somit neben den bürgerlichen Fundamenten einer der Hauptpfeiler des kapitalistischen Klassenstaates. Daß

dieses konterrevolutionäre Gebilde nicht von innen heraus im revolutionären Sinne umgestaltet werden kann, ist durch die Gewerkschaftsgeschichte der letzten 1 1/2 Jahre hinreichend bewiesen. Die Revolutionierung der Gewerkschaften ist keine Personenfrage. Der konterrevolutionäre Charakter dieser Organisationen liegt in der ihnen eigentümlichen Struktur und ihrem System selber. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die logische Folgerung, daß nur die Zertrümmerung der Gewerkschaften selbst die Bahn frei macht für den Fortgang der sozialen Revolution in Deutschland. Für den sozialistischen Aufbau ist anderes notwendig als diese fossilen Organisationen.

Aus den Massenkämpfen heraus ist die Betriebsorganisation entstanden. Nicht in dem Sinne neu, daß sie auftaucht als etwas nie auch nur ähnlich Dagewesenes, aber neu in dem Sinne, daß sie während der Revolution überall herauspringt als notwendige Waffe des Klassenkampfes gegen den alten Geist und das ihm zugrunde liegende alte Fundament. Sie entspricht dem Rätegedanken und ist demnach durchaus keine bloße Form oder neue Organisationsspielerei oder gar eine mystische Wunderblume, sondern sie ist die organisch in die Zukunft wachsende, Zukunft bildende Ausdrucksform einer Gesellschaftsrevolution, die auf die klassenlose Gesellschaft hinstrebt. Sie ist reine proletarische Kampforganisation. Nicht in Berufe zerrissen, abseits seines Kampfbodens kann das Proletariat für den restlosen Umsturz der alten Gesellschaft organisiert sein, das muß im Betrieb vor sich gehen. Hier steht einer neben dem anderen als Klassengenosse, hier muß jeder stehen als Gleichberechtigter. Hier steht die Masse als Triebwerk der Produktion, drängt ununterbrochen, es zu durchschauen und selbst zu leiten. Hier geht der geistige Kampf, die Revolutionierung des Bewußtseins in unaufhörlichem Sturm von Mann zu Mann, von Masse zu Masse. Alles gerichtet auf das höhere Klasseninteresse, nicht auf Vereinsmeierei, das Berufsinteresse eingeengt auf das ihm zukommende Maß. Eine solche Organisation, das Rückgrat der Betriebsräte, wird zu einem unendlich beweglichen Instrument des Klassenkampfes, zu einem durch ständig mögliche Neuwahlen, Abberufungen usw. immer von frischem Blut sprudelnden Organismus. In und mit den Massenaktionen wachsend, wird sich die Betriebsorganisation natürlich jene zentrale Zusammenfassung schaffen müssen, die ihrer revolutionären Entwicklung entspricht. Die revolutionäre Entwicklung wird ihre Hauptangelegenheit sein, nicht Programme, Statuten und detaillierte Pläne. Sie ist keine Unterstützungskasse und Lebensversicherung, wenn sie auch selbstverständlich vor der Sammlung für etwa notwendig werdende Streikunterstützungen nicht ängstlich zurückschreit. Ununterbrochene Propaganda für den Sozialismus, Betriebsversammlungen, politische Diskussionen usw. zählen zu ihren Aufgaben, kurzum, die Revolution im Betrieb.

Das Ziel der Betriebsorganisation ist im großen gesehen ein doppeltes. Das erste geht auf die Zertrümmerung der Gewerkschaften, ihres gesam-

ten Untergrundes und des in ihnen konzentrierten unproletarischen Gedankenkomplexes. Kein Zweifel herrscht darüber, daß in diesem Kampf die Betriebsorganisation selbstverständlich auf alle bürgerlichen Gebilde als erbitterter Gegner stoßen wird, aber auch auf alle U. S. P. und K. P. -Bekennner, die entweder noch unbewußt in alten S. P. -Bahnen sich bewegen (wenn sie auch ein anderes politisches Programm annahmen, im Grunde aber nur Kritiker politisch-moralischer Verfehlungen sind), oder bewußt als Gegner auftreten, weil ihnen der politische Schacher, die diplomatische Kunst, sich stets "oben" zu halten, höher steht, als der Riesenkampf um das Soziale überhaupt. Vor dieser Bitternis gibt es kein Zurückschrecken. Niemals kann es eher ein enges Zusammengehen mit der U. S. P. geben, als bis sie die Berechtigung solcher - sicher noch wandlungsbedürftiger und auch wandlungsfähiger - proletarischer Gebilde aus dem Wesen des Rätegedankens anerkennt. Große Teile der Massen werden sie früher erkennen als politische Führer. Ein gutes Zeichen. Am sichersten und schnellsten wird die Betriebsorganisation durch Auslösen und politische Ausrichtung von Massentreiks, fußend auf der jeweiligen politischen Situation, das konterrevolutionäre Gewerkschaftswesen demaskieren und vernichten helfen.

Das zweite große Ziel der Betriebsorganisation ist die Vorbereitung für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Mitglied der Betriebsorganisation kann jeder Arbeiter werden, der sich zur Diktatur des Proletariats bekennt. Dazu gehört die entschiedene Abwendung von den Gewerkschaften, die entschiedene Loslösung aus ihrer Gedankenrichtung. Diese Loslösung wird der Prüfstein sein müssen für den Eintritt in die Betriebsorganisation. Damit wird offenbart das Bekenntnis zu dem proletarischen Klassenkampf und seinen eigenen Methoden, nicht erforderlich ist das Bekenntnis zu einem engeren Parteiprogramm. Es liegt im Wesen und in der Tendenz der Betriebsorganisation, daß sie dem Kommunismus dient und hinleitet zur kommunistischen Gesellschaft. Ihr Kern wird stets ausgesprochen kommunistisch sein, ihr Kampf zwingt alle in die gleiche Richtung. Aber während ein Parteiprogramm größtenteils dem Tage (natürlich im weiteren Sinne) dient und dienen muß, während von Parteigängern pointierte Intellektualität gefordert wird, während eine politische Partei wie die kommunistische Arbeiterpartei - es sei denn, sie entwickle sich zu ihrem Verderben rückwärts - schnell fortschreitend und wechselnd mit dem weltrevolutionären Prozeß niemals quantitativ groß sein kann, werden in der Betriebsorganisation die revolutionären Massen geeint durch das Bewußtsein ihrer Klassensolidarität, ihrer proletarischen Klassensolidarität. Hier bereitet sich organisch die Einigung des Proletariats vor, die niemals möglich ist auf dem Boden eines Parteiprogrammes. Die Betriebsorganisation ist der Anfang kommunistischer Gestaltung und wird zum Fundament der kommenden kommunistischen Gesellschaft.

Die Betriebsorganisation löst ihre Aufgaben im engen Verein mit der K. A. P. D.

Die politische Organisation hat zur Aufgabe die Sammlung der fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterschaft auf der Grundlage des Parteiprogramms.

Das Verhältnis der Partei zur Betriebsorganisation ergibt sich aus dem Wesen der Betriebsorganisation. In nimmermüder Propaganda wird die K. A. P. innerhalb der Betriebsorganisation arbeiten. Kampfparolen müssen vereinbart werden. Die Kadres im Betrieb werden zur beweglichen Waffe der Partei. Dazu ist natürlich notwendig, daß auch die Partei immer mehr proletarischen Charakter, proletarischen Klassenausdruck annimmt, der Diktatur von unten gerecht wird. Damit erweitert sich der Kreis ihrer Aufgaben, wird aber zugleich aufs machtvollste gestützt. Es muß erreicht werden - und die Betriebsorganisation bietet die Gewähr dafür - daß mit dem Siege, das ist die Eroberung der Macht durch das Proletariat, die Diktatur der Klasse einsetzen kann und nicht die Diktatur einiger Parteiführer und ihrer Clique.

Die Phase der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat erfordert die schärfste Niederhaltung bürgerlich-kapitalistischer Regungen. Das wird erreicht durch die Aufrichtung einer die gesamte politische und wirtschaftliche Macht ausübenden Räteorganisation. Die Betriebsorganisation wird in dieser Phase selber ein Glied der proletarischen Diktatur, ausgeübt im Betrieb durch die auf der Betriebsorganisation sich erhebenden Betriebsräte. Aufgabe der Betriebsorganisation in dieser Phase ist ferner, danach zu streben, daß sie zum Fundament des Wirtschaftsraatesystems wird.

Für den Aufbau des kommunistischen Gemeinwesens ist die Betriebsorganisation eine wirtschaftliche Voraussetzung. Die politische Form der Organisation des kommunistischen Gemeinwesens ist das System der Räte. Die Betriebsorganisation tritt dafür ein, daß die politische Gewalt nur immer von der Exekutive der Räte ausgeübt wird.

Die K. A. P. D. kämpft daher um die Verwirklichung des maximalistischen revolutionären Programms, dessen konkrete Forderungen in folgenden Punkten umschlossen sind:

I. Auf politischem Gebiet:

1. Sofortiger politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluß mit allen siegreichen proletarischen Ländern (Sowjet-Rußland usw.) im Geiste des internationalen Klassenkampfes zwecks gemeinsamer Verteidigung gegenüber den aggressiven Tendenzen des Weltkapitals.
2. Bewaffnung der politisch organisierten revolutionären Arbeiterschaft, Aufstellung von Ortswehren, Bildung einer Roten Armee, Entwaffnung des Bürgertums, der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere, Einwohnerwehren usw.

3. Auflösung aller Parlamente und Gemeinderäte.
4. Bildung von Arbeiterräten als Organe der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt. Wahl eines Zentralrats aus den Delegierten der Arbeiterräte Deutschlands.
5. Zusammentritt des deutschen Rätekongresses als Verfassung gebende höchste politische Instanz Räte-Deutschlands.
6. Uebergabe der Presse an die Arbeiterschaft unter Leitung der örtlichen politischen Räte.
7. Zertrümmerung des bürgerlichen Justizapparates und sofortige Einsetzung von Revolutionsgerichten. Uebernahme der bürgerlichen Strafgewalt und des Sicherheitsdienstes durch entsprechende proletarische Organe.

II. Auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet:

1. Annullierung der Staats- und anderer öffentlichen Schulden sowie sämtlicher Kriegsanleihen.
2. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.
3. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat der deutschen Arbeiterräte festzusetzen ist.
4. Umwandlung des Privatbesitzes an Grund und Boden in Gemeineigentum unter Leitung der betreffenden Guts- und Ortsräte.
5. Uebernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.
6. Zentrale Regelung und Leitung der gesamten Produktion durch die vom Kongreß der Wirtschaftsraete einzusetzenden Obersten Wirtschaftsraete.
7. Einstellung der gesamten Produktion auf den Bedarf auf Grund sorgsamster wirtschaftsstatistischer Berechnungen.
8. Rücksichtslose Durchführung des Arbeitszwanges.
9. Sicherung der Einzelexistenz in bezug auf Ernährung, Kleidung, Wohnung, Alter, Krankheit, Invalidität usw.
10. Abschaffung aller Standesunterschiede, Orden und Titel. Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.
11. Sofortige gründliche Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs- und Gesundheitswesens im Interesse der proletarischen Bevölkerung.
12. Indem die K. A. P. D. der kapitalistischen Wirtschaftsweise und dem bürgerlichen Staat den entschiedensten Kampf ansagt, richtet sie ihren Angriff auf die gesamte bürgerliche Ideologie und macht sich zur Vorkämpferin einer proletarisch-revolutionären Weltanschauung. Ein entscheidender Faktor für die Beschleunigung der sozialen Revolution liegt in der Revolutionierung der gesamten Geisteswelt des Proletariats. In dieser Erkenntnis unterstützt die K. A. P. D. alle revolutionären

nären Tendenzen in Wissenschaft und Künsten, deren Charakter dem Geiste der proletarischen Revolution entspricht.

Insbesondere fördert die K. A. P. D. alle ernstlich revolutionären Bestrebungen, die die Jugend beiderlei Geschlechts aus sich selbst heraus zum Ausdruck bringt. - Die K. A. P. D. lehnt indes jede Bevormundung der Jugend ab.

Durch den politischen Kampf wird die Jugend selbst zu höchster Kraftentfaltung gezwungen, die uns die Gewißheit gibt, daß sie mit aller Klarheit und Entschlossenheit ihre großen Aufgaben erfüllt.

Der Jugend in ihrem Kampfe jede irgendmögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen ist - auch der Revolution willen - Pflicht der K. A. P. D.

Die K. A. P. D. ist sich bewußt, daß der Jugend auch nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ein großes Tätigkeitsgebiet im Aufbau der kommunistischen Gesellschaft obliegt wie:

Die Verteidigung der Räterepublik durch die Rote Armee, die Umgestaltung des Produktionsprozesses, Schaffung der kommunistischen Arbeitsschule, die in engster Gemeinschaft mit dem Betrieb ihre schöpferischen Aufgaben löst.

Das ist das Programm der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Getreu dem Geiste der 3. Internationale hält die K. A. P. an dem Gedanken der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus fest, daß die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat gleichbedeutend ist mit der Vernichtung der politischen Macht der Bourgeoisie. Vernichtung des gesamten bürgerlichen Staatsapparates mit seiner kapitalistischen Armee unter Führung bürgerlich-junkerlicher Offiziere, seiner Polizei, seinen Kerkermeistern und Richtern, Pfaffen und Staatsbeamten ist die erste Aufgabe der proletarischen Revolution. Das siegreiche Proletariat muß daher gegen Anschläge der bürgerlichen Konterrevolution gewappnet sein. Das Proletariat muß den Bürgerkrieg, wenn er ihm von der Bourgeoisie aufgezwungen wird, mit rücksichtsloser Gewalt niederzuwerfen versuchen. Die K. A. P. D. ist sich bewußt, daß der Endkampf zwischen Kapital und Arbeit nicht innerhalb nationaler Grenzen ausgefochten werden kann. Ebensowenig wie der Kapitalismus an den Landesgrenzen Halt macht und auf seinem Raubzuge durch die Welt sich durch irgendwelche nationale Skrupel[n] Einhalt gebieten läßt, ebensowenig darf das Proletariat unter der Hypnose nationaler Ideologien den fundamentalen Gedanken der internationalen Klassensolidarität jemals aus dem Auge verlieren. Je schärfer der internationale Klassenkampfgedanke vom Proletariat erfaßt und je konsequenter er zum Leitmotiv proletarischer Weltpolitik erhoben wird, um so rascher und wuchtiger werden die Schläge der Weltrevolution das in Auflösung begriffene Weltkapital in Stücke schlagen. Hoch über allen nationalen Besonderheiten, hoch über allen Landesgrenzen, hoch über allen Vaterländern leuchtet dem internationalen Proletariat in ewi-

gem Strahlenglanze das Fanal: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlins 1920.

-XVIII-

Statuten des Gründungs-Parteitag der KAPD vom April 1920

1. Die Parteimitgliedschaft kann jede Person erwerben, die Programm und Satzung anerkennt.
2. Die K. A. P. D. ist eine zentral aufgebaute Organisation. Die Partei baut sich auf Wirtschaftsbezirke auf, die vom Parteitag festgesetzt werden. Zwecks organisatorischer Durcharbeitung ist jeder Wirtschaftsbezirk in Ortsgruppen zu zergliedern. Die Zahl und die Art dieser Ortsgruppen bestimmt jeder Bezirk selbständig. Die Wirtschaftsbezirke beschließen ihre Organisationssatzungen selbständig, die sich im Rahmen der Gesamtpartei zu halten haben.
3. Die Aufgaben des Wirtschaftsbezirks sind Propaganda, Durchführung der von der Partei beschlossenen Aktionen, sowie Einkassierung der Beiträge und Führung der Verwaltungsgeschäfte des Bezirkes.
4. Der Beitrag für die Hauptkasse beträgt pro Monat und Mitglied 50 Pf., die vom Wirtschaftsbezirk einzuziehen und an die Hauptkasse abzuführen sind. Für arbeitslose und kranke Mitglieder, denen die Ortsgruppe die Beiträge erläßt, bestehen der Hauptkasse gegenüber keine Verpflichtungen. Die Höhe der Lokalbeiträge zu bestimmen, bleibt den Ortsgruppen überlassen.
5. Aus der Partei wird ausgeschlossen, wer gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Partei handelt. Ueber den Ausschluß entscheidet die Ortsmitgliederversammlung, endgültig bei Berufung die Delegiertenversammlung des Wirtschaftsbezirkes.
6. Alljährlich findet mindestens ein ordentlicher Parteitag statt, der von der Zentralleitung einzuberufen ist. Auf Antrag von mindestens ein Drittel der bestehenden Wirtschaftsbezirke ist die Zentralleitung zur Einberufung eines außerordentlichen Parteitages verpflichtet.
7. Die Einberufung des ordentlichen Parteitages muß spätestens 4 Wochen, die eines außerordentlichen Parteitages 8 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben mit Angabe der provisorischen Tagesordnung den Wirtschaftsbezirken bekannt sein. Der Eingang der Einladung der Besichtigung des Parteitages ist von den Wirtschaftsbezirken zu bestätigen. Alle für den ordentlichen Parteitag gestellten Anträge sind mindestens

14 Tage vor dem Parteitag bei der Zentrale einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor Abhaltung des Parteitags den Wirtschaftsbezirken zu unterbreiten hat.

8. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. Die gewählten Vertreter aus den einzelnen Wirtschaftsbezirken, deren Anzahl nach Maßgabe der organisierten Genossen beschickt wird. Jeder Wirtschaftsbezirk hat jedoch das Recht, mindestens einen Vertreter zu entsenden.
2. Die Redakteure und die Zentralleitung der Partei.
3. Die Vertreter der Allgemeinen Arbeiterunion.

Stimmberechtigt auf dem Parteitag sind jedoch nur die aus den Wirtschaftsbezirken Delegierten der Partei. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit des Beschlusses des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

9. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit der Zentralleitung.
2. Bestimmung des Ortes, an welchem die Zentrale ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Zentralleitung.
4. Die Anstellung von besoldeten Parteisekretären.
5. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.

Die Zentralleitung besteht aus je einem von den Wirtschaftsbezirken gewählten Delegierten und einem geschäftsführenden Ausschuß von 7 Genossen, der unmittelbar vom Parteitag mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt wird.

... Zentrale und geschäftsführender Ausschuß haben mindestens monatlich in einer Vollsitzung zu tagen, sie sind untereinander gleichberechtigt.

Der erweiterten Zentrale steht das Recht zu, vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung des Parteitages Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses jederzeit abzurufen und durch andere zu ersetzen.

Die Mitglieder der erweiterten Zentrale haben in den Organisationen ihres Wirtschaftsbezirkes zu wurzeln und können jederzeit von diesen zurückberufen und durch einen anderen Vertreter ersetzt werden.

Aus: KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90.

-XIX-

Statuten für die Kampforganisation (KO) der KAPD

1. Analog der klaren Erkenntnis, daß nur der bewaffnete Aufstand das Proletariat aus der Knechtschaft befreien kann, daß auch andererseits die Reaktion dem Proletariat den Kampf aufzwingen wird, sieht sich das revolutionäre Proletariat gezwungen, eine Organisation zu schaffen, mit deren Hilfe es in der Lage ist, zur gegebenen Stunde als vollwertige Kampftruppe den Kampf aufzunehmen. Zu diesem Zweck bilden die einzelnen Bezirke sogenannte Abteilungen der KO, in der nach Möglichkeit alle waffenfähigen Genossen aufzunehmen sind.
2. Diese Abteilungen sind je nach Kopfzahl einzuteilen in Kompagnien, Züge, Gruppen usw. Die Führung obengenannter Abteilungen liegt in organisatorischer Beziehung in der Hand eines aus der Mitte der Genossen gewählten Obmanns.
3. Ein Hauptaugenmerk ist auf die Disziplin der Genossen zu richten, andererseits ist die Schweigepflicht auf [? gemeint: bei] illegaler Arbeit ein unbedingtes Erfordernis, da hiervon das Sein oder Nichtsein der ganzen Organisation abhängt. Es sind zu diesem Zweck folgende Paragraphen herausgegeben, welche den einzelnen Mitgliedern vorzulegen, genau zu detaillieren, und sie darauf zu verpflichten sind. Die Verrichtung illegaler Arbeit (Waffenbeschaffung) unterliegt folgenden Bestimmungen: Es ist verboten:
 1. Jedes unnötige Sprechen über Handlungen und Vorkommnisse innerhalb der Organisation.
 2. Das Sprechen über illegale Arbeiten außerhalb der Sitzungen, unter sich selbst oder anderen gegenüber.
 3. Verstöße gegen obige zwei Punkte ziehen rücksichtslose Bestrafung nach sich.
 4. Sämtliche von der Leitung herausgegebenen Anordnungen und Befehle sind strikte durchzuführen.
 5. Jede Abteilung bildet ein Abteilungs-Gericht, bestehend aus 3 Genossen als Richter und einem Genossen als Verteidiger.
 6. Vor diesem Abteilungsgericht werden alle Vergehen geringer Natur verhandelt.
 7. Schwerere Verstöße wie Verrat und dergleichen mehr unterstehen zur Aburteilung dem Tribunal des betreffenden Bezirks.
 8. Ein Austritt aus der Abteilung ist nur unter besonderen Umständen (Krankheit, Unglücksfall usw.) möglich, doch unterliegen diese Austrittserklärungen einer besonderen Prüfung von Seiten der Leitung. Beurlaubungen können stattfinden, aber auch nur unter besonderen Umständen.

Richtlinien für Aufklärung, Verbindung, Sicherung, Unterstützung der Kampforganisationen (KO)

1. Aufklärung: Jede Kampftruppe im Orte eines Bezirkes hat die militärische Lage des Gegners im Ort und in der Umgebung genau aufzuklären. Stellungen, Kasernen oder belegte Schulen und Häuser, vorhandene Schützengräben, Truppenübungsplätze, eingebaute Geschütze, Funkstationen, Wasserwerke, Untergrundbahnen und dergleichen in Stadtplänen, Karten, Situationsskizzen einzuzeichnen. Stärke des Gegners und Führer desselben sind ausfindig zu machen. Jeder Leiter des Bezirkes muß über die Lage des Feindes (Truppensammlungen, Verschiebungen) orientiert sein.
2. Verbindung: Die Verbindung innerhalb der eigenen Bezirke, mit den Nachbarbezirken und mit der Zentraleitung muß stets auf das Peinlichste gehandhabt werden. Eigenes Telephon, Radfahrer, Flieger und dergleichen. Es darf nicht vorkommen, selbst nicht im schwersten Kampfe, daß die Verbindungen unterbrochen werden.
3. Sicherung: Jede Sitzung der Kampftruppe, jede Versammlung, jedes Waffenlager muß gesichert sein. Die Sicherung geschieht wie im Felde durch Posten, Feldwachen usw.
4. Gegenseitige Unterstützung: Ausbrechende Kämpfe benachbarter Kampftruppen müssen, soweit es die eigene Lage und Kräfte erlauben, unterstützt werden. Dabei ist genaue Orientierung des Geländes der Nachbargemeinden nötig, um eine gegenseitige Beschießung zu vermeiden.
5. Meldungen: Jede örtliche Leitung muß laufende Situationsberichte über Stärke, Waffen, Stellung, Kampf usw. an den Bezirksleiter senden. Dieselbe Aufgabe trifft den Bezirk, der über die ganze Lage des Bezirksabschnittes Bericht an die Reichsleitung möglichst an Hand von Skizzen zu senden hat.

Anmerkung: Die Reichsleitung weist erneut darauf hin, daß nur die straffe Zentralisierung und durchgreifende Disziplinierung unseren Truppen zum Siege verhelfen kann.

Die Reichsleitung

Aus: Politische Akten der Regierung Düsseldorf, Rote Armee Bd. I, Nr. 15785 Blatt 7.

-XX-

Prinzipienerklärung der Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA)

1. Der revolutionäre Syndikalismus ist die auf dem Boden des Klassenkampfes fußende Bewegung der werktätigen Volksschichten, welche die Vereinigung aller Hand- und Kopfarbeiter in wirtschaftlichen Kampforganisationen erstrebt, um deren Befreiung vom Joche der Lohnsklaverei und des staatlichen Unterdrückungsapparates anzubahnen und praktisch durchzuführen. Sein Ziel ist die Reorganisation des gesamten gesellschaftlichen Lebens auf der Basis des freien Kommunismus durch die gemeinschaftliche revolutionäre Aktion der arbeitenden Klassen selbst. Er vertritt den Standpunkt, daß nur die Wirtschaftsorganisationen des Proletariats für die Erfüllung dieser Aufgaben geeignet sind und wendet sich daher an die Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Produzenten und Erzeuger gesellschaftlicher Werte, im Gegensatz zu den modernen politischen Arbeiterparteien, die für konstruktive wirtschaftliche Zwecke nicht in Betracht kommen.
2. Der revolutionäre Syndikalismus ist ausgesprochener Gegner aller wirtschaftlichen und sozialen Monopole und erstrebt deren Beseitigung durch die Wirtschaftskommunen und Betriebsverwaltungen der Industrie- und Feldarbeiter auf dem Boden eines freien Räteystems, das keiner politischen Macht oder Partei unterstellt ist. Gegen die Politik des Staates und der Parteien stellt er die Wirtschaftsorganisation der Arbeit; gegen die Regierung der Menschen die Verwaltung der Dinge. Aus diesem Grunde erstrebt er nicht die Eroberung der politischen Macht, sondern die Ausschaltung jeder staatlichen Funktion aus dem Leben der Gesellschaft. Er ist der Meinung, daß zusammen mit dem Monopol des Besitzes auch das Monopol der Herrschaft verschwinden muß, und daß der Staat in jeder Form, auch in der Form der sogenannten "Diktatur des Proletariats", niemals ein Werkzeug für die Befreiung der Arbeit, sondern immer nur der Schöpfer neuer Monopole und neuer Privilegien sein kann.
3. Die Aufgabe des revolutionären Syndikalismus ist eine zweifache: er führt einerseits den revolutionären Tageskampf für die wirtschaftliche, geistige und sittliche Besserstellung der Arbeiter innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung, andererseits ist es sein vornehmstes Ziel, die Massen heranzubilden für die selbständige Verwaltung der Produktion und der Verteilung und die Übernahme sämtlicher Zweige des gesellschaftlichen Lebens. Er ist der Überzeugung, daß die Organisation einer Wirtschaftsordnung, die sich in ihrer Gesamtheit auf die Produzenten stützt, nicht durch Regierungsbeschlüsse und Staatsdekrete geregelt werden kann, sondern nur durch den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter in jedem besonderen Produktionszweige, durch die Übernahme der Verwaltung jedes einzelnen Betriebes durch die Produzenten selbst, und zwar in der Form, daß die ein-

zelen Gruppen, Betriebe und Produktionszweige selbständige Glieder des allgemeinen Wirtschaftsorganismus sind, die auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen die Gesamtproduktion und die allgemeine Verteilung planmäßig gestalten im Interesse der Allgemeinheit.

4. Der revolutionäre Syndikalismus ist Gegner aller zentralistischen Bestrebungen und Organisationen, die dem Staate und der Kirche entlehnt sind und welche die selbständige Initiative und das eigene Denken systematisch ersticken. Der Zentralismus ist die künstliche Organisation von oben nach unten, welche die Regelung der Angelegenheiten Aller einzelnen Wenigen in Bausch und Bogen überträgt. Dadurch wird der Einzelne zur Marionette, die von oben gelenkt und geleitet wird. Die Interessen der Allgemeinheit müssen den Privilegien einzelner Weniger, die Verschiedenartigkeit der Uniformität, die persönliche Verantwortlichkeit einer toten Disziplin, die Erziehung der Dressur das Feld räumen. Aus diesem Grunde steht der revolutionäre Syndikalismus auf dem Boden der Föderalistischen Vereinigung, d. h. der Organisation von unten nach oben, des freiwilligen Zusammenschlusses aller Kräfte auf der Basis der gemeinschaftlichen Interessen und Überzeugungen.

5. Der revolutionäre Syndikalismus verwirft jede parlamentarische Betätigung und jede Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften. Auch das freieste Wahlrecht kann die klaffenden Gegensätze innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht mildern, und das ganze parlamentarische System hat nur den Zweck, der Herrschaft der Lüge und der sozialen Ungerechtigkeit den Schein des legalen Rechts zu verleihen - den Sklaven zu veranlassen, seiner eigenen Sklaverei den Stempel des Gesetzes aufzudrücken.

6. Der revolutionäre Syndikalismus verwirft alle willkürlich gezogenen politischen und nationalen Grenzen und erblickt in dem Nationalismus nur die Religion des modernen Staates, hinter der sich lediglich die Interessen der besitzenden Klassen verbergen. Er anerkennt nur Unterschiede regionaler Art und fordert für jede Volksgruppe das Recht, ihre eigenen Angelegenheiten selbst regeln zu können im solidarischen Übereinkommen mit allen anderen wirtschaftlichen, regionalen oder Landesvereinigungen.

7. Aus demselben Grunde bekämpft der revolutionäre Syndikalismus den Militarismus in jeder Form und betrachtet die antimilitaristische Propaganda als eine seiner wichtigsten Aufgaben im Kampfe gegen das bestehende System. Dazu gehört in erster Linie die Verweigerung der Persönlichkeit dem Staate gegenüber und besonders der organisierte Boykott der Arbeiter gegen die Herstellung von Heeresgerät.

8. Der revolutionäre Syndikalismus steht auf dem Boden der direkten Aktion. Er unterstützt alle Kämpfe des Volkes, die mit seinen Zielen der Abschaffung der Wirtschaftsmonopole und der Gewaltherrschaft des Staates nicht im Widerspruch stehen. Als Kampfmittel anerkennt er den Streik, den

Boykott, die Sabotage usw. Ihren höchsten Ausdruck findet die direkte Aktion im sozialen Generalstreik, in dem die Syndikalisten zur selben Zeit die Einleitung zu der sozialen Revolution erblicken.

9. Gegner jeder organisierten Gewalt in der Hand irgendeiner revolutionären Regierung, verkennen die Syndikalisten nicht, daß in den entscheidenden Kämpfen zwischen der kapitalistischen Gegenwart und der freien kommunistischen Zukunft die Dinge sich nicht reibungslos abspielen werden. Sie anerkennen daher die Gewalt als Verteidigungsmittel gegen die Gewaltmethoden der regierenden Klassen im Kampfe für die Besetzung der Betriebe und des Grund und Bodens durch das revolutionäre Volk. Ebenso wie die Expropriation der Betriebe des Landes von den revolutionären Wirtschaftsorganisationen der Arbeiter praktisch ausgeführt und auf die Bahn der sozialen Reorganisation geführt werden muß, so darf auch die Verteidigung der Revolution nicht einer bestimmten militärischen oder irgend einer anderen Organisation, die außerhalb der Wirtschaftsverbände steht, überlassen bleiben, sie muß vielmehr den Massen selbst und ihren wirtschaftlichen Organisationen anvertraut sein.

10. Nur in der revolutionären Wirtschaftsorganisation des werktätigen Volkes liegt der Hebel zu seiner Befreiung und die schöpferische Kraft zum Wiederaufbau der Gesellschaft im Sinne des freien Kommunismus.

Aus: "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 25.

-XXI-

Aus den Leitsätzen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale (KAI)

Die dritte Internationale.

1.

Die 3. Internationale ist eine russische Schöpfung, eine Schöpfung der russischen kommunistischen Partei. Sie wurde geschaffen, um die russische Revolution, d. h. die teilweise proletarische, teilweise bürgerliche Revolution zu unterstützen.

2.

Durch den doppelten Charakter der russischen Revolution, da die 3. Internationale sowohl die proletarische als die bürgerliche russische Revolution unterstützen mußte, durch den zweideutigen Charakter also auch ihres Zieles, wurde auch die 3. Internationale eine zum Teil proletarische, zum Teil kapitalistische Organisation.

3.

Soweit sie aufrief zur Revolution, zur Enteignung der Kapitalisten, war sie eine proletarische Organisation zur Aufhebung des Kapitalismus, soweit sie den Parlamentarismus, die Gewerkschaften, die Partei- oder Führerdiktatur behielt, war sie eine bürgerliche Organisation, geschaffen, um den Kapitalismus instand zu halten und aufzubauen. Denn der Parlamentarismus, die Gewerkschaften und die Partei- oder Führerdiktatur führen nicht zum Kommunismus, sondern zur Erhaltung des Kapitalismus.

4.

Die 3. Internationale war also von Anfang an eine teilweise kontra-revolutionäre Organisation.

5.

Diese Organisation führte denn auch in den europäischen Ländern nicht zum Sieg, sondern zur Niederlage des Proletariats.

6.

Als nun aber seit dem Frühjahr 1921 die die Diktatur über Rußland haltende bolschewistische Partei zum Kapitalismus übergang, zwang sie bald die 3. Internationale, zum Kapitalismus zurückzukehren, und die 3. Internationale wurde nun in der Tat, vom Sommer 1921 ab, ganz kapitalistisch und bürgerlich. Die Revolution wurde aufgegeben, nur Reformen wurden angestrebt, der Aufbau des Kapitalismus wurde ihr Ziel.

7.

Da der russische Kapitalismus aufgebaut werden soll, und da dieser Kapitalismus nicht aufgebaut werden kann ohne die Wiederherstellung und den Aufbau des europäischen Kapitalismus, wurde die 3. Internationale gezwungen, die Revolution aufzugeben und zum Reformismus zurückzukehren, d. h. den Aufbau des Kapitalismus sich als Ziel zu setzen.

8.

Und darum, um den Kapitalismus aufzubauen, verbindet sich jetzt die 3. Internationale - gleich wie die russische, jetzt kapitalistische bolschewistische Partei sich mit den europäischen kapitalistischen Regierungen und mit dem europäischen Kapital verbindet, um den russischen Kapitalismus aufzubauen - mit der 2. und 2 1/2. Internationale zum Aufbau des europäischen Kapitals.

9.

Das Ziel der 2., 2 1/2. und 3. Internationale ist also dasselbe(,) als dasjenige der kapitalistischen Staaten und Regierungen. Die Einheitsfront dieser 3 Internationalen ist die Einheitsfront mit dem Kapitalismus.

10.

Indem der Kapitalismus sich in einer tödlichen Krise befindet und noch gar keinen Ausweg sieht, bieten die Sowjet-Regierung und die 3. Internationale sich an, ihn zu retten.

11.

Darum ist die 3. Internationale, wie die russische bolschewistische Partei, zu einer ganz kontra-revolutionären, das Proletariat verrätenden Organisation geworden. Sie ist der 2. und 2 1/2. gleichzustellen.

12.

Gleichwie das Proletariat in allen Ländern in den Händen der sozialdemokratischen, der bürgerlichen und der reaktionären Parteien ein Mittel ist, um den Kapitalismus zu erhalten, aufzubauen und über die Welt zu verbreiten, und die Regierung und die Macht diesen Parteien und ihren Führern zu überliefern, so ist zu diesem selben Ziel das Proletariat nun auch ein Mittel in den Händen der 3. Internationale. Nicht die Revolution, nicht die Befreiung des Proletariats, sondern die eigene Macht im bürgerlichen Staate und die Sklaverei des Proletariats ist ihr Ziel.

Die Kommunistische Arbeiter-Internationale.

1.

So sehr die Lage des gesamten internationalen Proletariats inmitten des sich in seiner Todeskrise befindlichen Weltkapitalismus die proletarische Weltrevolution als die Erfüllung seiner praktisch-politischen Tagesaufgabe erfordert, so wenig entspricht andererseits die geistige Einstellung und der organisatorische Zusammenhang der internationalen Arbeiterklasse dieser welthistorischen Forderung. Die Verkettung der überwiegenden Mehrheit des Weltproletariats in den Gedankengängen des bürgerlichen Privateigentums und den Formen der internationalen kapitalistisch-proletarischen Arbeitsgemeinschaft, welcher alle bestehenden Organisationen des Proletariats getrennt und vereint Vorschub leisten, stellt die revolutionären Proletarier aller Länder vor die geschichtlich unvermeidliche Konsequenz der Gründung einer neuen proletarischen Internationale.

2.

Diese neue proletarische Internationale, die Kommunistische Arbeiter-Internationale, vertritt den reinen proletarisch-revolutionären Klassenkampf, dessen praktische Aufgabe die Abschaffung des bürgerlich-kapitalistischen Privateigentums und dessen Umwandlung in proletarisch-sozialistisches Gemeineigentum ist. Darüber hinaus kämpft sie grundsätzlich für die Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaft.

3.

In Anerkennung der Tatsache, daß die objektiven Voraussetzungen zum Sturze der Bourgeoisie und der Herrschaft des Proletariats gegeben sind, stellt sie in den Vordergrund ihrer ganzen Tätigkeit das Prinzip der Klassenbewußtseinsentwicklung des Proletariats, d. h. die Förderung der proletarischen Erkenntnis bezüglich der historischen Notwendigkeit der unmittelbaren Beseitigung des Kapitalismus und damit die Erweckung der proletarischen Willenskraft zur proletarischen Revolution.

4.

Diese Zielsetzung macht die offene (formal wie inhaltlich) antikapitalistische Einstellung und Führung ihres ganzen Kampfes zur Bedingung. Ihr höchster Richtungspunkt ist nicht das Sonderinteresse einzelner nationaler Arbeitergruppen, sondern das Gemeininteresse des gesamten Weltproletariats: die proletarische Weltrevolution.

5.

Als erster Schritt auf dem Wege zu ihrem Ziele erstrebt sie die Proklamation der Klassendiktatur des Proletariats in der Form der Zertrümmerung der kapitalistischen und der Aufrichtung der proletarischen Staatsgewalten (Rätestaaten). Sie lehnt alle reformistischen Kampfmethoden ab und kämpft mit den antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen Waffen des proletarisch-revolutionären Klassenkampfes für die Schaffung revolutionärer Arbeiterräte und revolutionärer Betriebsorganisationen (Arbeiter-Union).

6.

Insbesondere bekämpft sie die bestehenden internationalen Organisationen des Proletariats (die Londoner, die Wiener und die Moskauer Internationale), welche als die Helfershelfer der Bourgeoisie bei ihrem gemeinsamen Versuch des Wiederaufbaus des Weltkapitalismus bestrebt sind, die Einheitsfront von Bourgeoisie und Proletariat gegen die proletarische Weltrevolution herzustellen, und infolgedessen das gefährlichste Hindernis der Befreiung des Proletariats bedeuten.

Aus: KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 1.

BIOGRAPHISCHER ANHANG

Appel, Jan; geb. 1890 in einem Dorf in Mecklenburg; Volksschulbildung und Schiffsbauerlehre; seit 1908 in der SPD; 1918 führende Beteiligung am Rüstungsarbeiterstreik in Hamburg und Kontakt zu den Hamburger Linksradiakalen; in den revolutionären Vorgängen in Hamburg als Agitator und Vorsitzender der Revolutionären Obleute; zum "Spartakus"-Bund überwechselnd und dort in leitender Position; frühe Propaganda unionistischer Ideen und Vorkämpfer der AAU; als Delegierter der Hamburger KPD auf dem Heidelberger Kongreß im Oktober 1919 solidarisch mit der Opposition; Beteiligung an den Kämpfen im Ruhrgebiet im März 1920; vom Gründungskongreß der KAP mit Franz Jung zum 2. Komintern-Kongreß delegiert; fruchtlose Diskussion der KAP-Thesen mit Sinowjew und Lenin; nach Rückkehr u. a. Redakteur am Düsseldorfer AAU-Organ "Der Klassenkampf"; auf 3. Weltkongreß der Komintern erneut als Delegierter der KAP (Pseudonym: Hempel); Ende 1923 Verhaftung wegen Schiffsraubes bei der ersten Moskaureise 1920; Ende 1925 amnestiert und Emigration nach Holland; dort Arbeit als Schiffsbauer und in Kontakt mit der aus der holländischen KAP hervorgegangenen "Gruppe Internationaler Kommunisten"; Tätigkeit im Widerstand gegen die nationalsozialistische Besatzung; lebt heute in Maastricht.

(Nach mündlichen Mitteilungen (Tonband) von Herrn Appel; Ergänzungen).

Becker, Karl; geb. am 11. 11. 1894 in Hannover; Schriftsetzerlehre und seit 1909 sozialdemokratisch organisiert; während des ersten Weltkrieges enge Verbindung mit Karl Radek und Paul Frölich; führendes Mitglied der Bremer IKD und Gründungsmitglied der KPD(S); trat in der linken Opposition des ersten Jahres der KPD(S) mit der alten IKD-Parole des Austritts aus den Gewerkschaften hervor und war einer der frühesten Autoren des deutschen Unionismus; nach dem Heidelberger Parteitag der KPD(S) tätig in der Reichsinformationsstelle der Gesamtopposition; auf der ersten Reichskonferenz der AAUD mit seinem marxistischen Programm den unionistischen Kräften unterlegen und seitdem mit Paul Frölich endgültige Abwendung vom Linkskommunismus und Verbleiben in der KPD(S); wurde von der KAP als Renegat betrachtet; nach dem 8. Kongreß Mitglied der Parteizentrale der KPD; seit 1924 mit Paul Frölich einer der Führer der rechten Opposition in der KPD; 1933 illegale Tätigkeit und Flucht nach Frankreich; 1941 von der Vichy-Regierung an die Gestapo ausgeliefert; am 1. 12. 1941 wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Plötzensee hingerichtet.

(K. H. Tjaden, op. cit., Bd. II, p. 115; Ergänzungen).

Borchardt, Julian; geb. 1868; vor dem ersten Weltkrieg kommunalpolitische Tätigkeit im Rahmen der SPD in Berlin; seit September 1913 Herausgeber der im Sinne der äußersten Linken in der SPD oppositionellen Zeit-

schrift "Lichtstrahlen"; die "Lichtstrahlen" wurden zur frühesten Plattform der linksradikalen Kritik an der "Burgfriedens"-Politik der SPD; Ende 1914 bereits Vorschlag der Gründung einer eigenen linksradikalen Partei; neben Karl Radek als deutscher Vertreter zur Zimmerwalder Linken um Lenin gehörig; enge Zusammenarbeit mit Pannekoek; seit der Konstituierung der ISD, Ende 1915, "Lichtstrahlen" als deren Publikationsorgan; Entzweiung mit der Bremer Majorität der ISD aufgrund persönlicher Resignation und radikal organisationsverneinender Propaganda; im April 1917 Verbot der "Lichtstrahlen"; im November 1918 erneut Herausgabe der "Lichtstrahlen", fortan aber ohne organisatorischen Kontakt mit der linksradikalen Bewegung; bis zu seinem Tode (1932) parteiloser Sozialist.
("Lichtstrahlen", 1.-4. Jg. (1913-1917); Ergänzungen).

Friedeberg, Raphael; geb. 14. 3. 1863 in Tilsit; höhere Schulbildung und Studium der Nationalökonomie, dann der Medizin und Promotion zum Dr. med.; als Student bereits sozialdemokratisch engagiert und Mitarbeiter am "Sozialistischen Akademiker"; erster Besitzer der "Sozialistischen Monatshefte" seit Januar 1897; 1896 Abkehr vom Parlamentarismus in Reaktion auf "Sächsischen Wahlrechtsraub"; seit 1903 aufgrund des gemeinsamen Antiparlamentarismus Kontakte mit der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften"; 1904 und 1905 offene Agitation für den Massen- und Generalstreik, seit Keßlers Tod im Rahmen der "Freien Vereinigung"; Bekanntschaft mit Gustav Landauer und Skizzierung einer Theorie des "historischen Psychismus" im Gegensatz zum "historischen Materialismus"; Forderung einer neuen "anarcho-sozialistischen" Parteigründung; führte die "Freie Vereinigung" von ihrem sozialdemokratischen Programm zur Rezeption syndikalistischer Ideen; Bruch mit der "Freien Vereinigung" wegen seiner anarchistischen Wendung; September 1907 Ausschluß aus der SPD; dann Rückzug von der aktiven Politik und Übersiedlung in die Schweiz; dort bis mindestens 1939 Kurarzt in Ascona und in ständigem Kontakt mit der internationalen anarchistischen Bewegung.

(Max Nettlau, Nachlaß, p. 199 verso und 199 B, C, D, E, F).

Frölich, Paul; geb. am 7. 8. 1884 als Sohn einer sozialistisch organisierten Arbeiterfamilie; Realschule, kaufmännische Lehre, Selbststudium der Sozialwissenschaften; seit 1902 in der Arbeiterbewegung tätig; journalistische Arbeit in Leipzig und Hamburg; 1914 radikaler Gegner der "Burgfriedens"-Politik und Übertritt in die Redaktion der "Bremer Bürgerzeitung"; Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Linksradikalen Johann Knief bei gemeinsamer Herausgabe des Bremer ISD-Organs "Arbeiterpolitik"; als Delegierter der ISD 1916 auf der Kienthaler Konferenz; Kriegsdienst und seit Mitte 1918 wegen antimilitaristischer Propaganda in der Nervenheilanstalt; auf dem Gründungsparteitag der KPD(S) als Vertreter der IKD in die Zentrale der Partei gewählt; auf Gründungsparteitag der KPD(S) Fürsprecher

der Idee der "Einheitsorganisation" und bis Ende 1919 mit Karl Becker Vertreter des linkskommunistischen Gewerkschafts-Programms der Bildung von revolutionären Betriebsorganisationen; als Abgesandter der KPD-Zentrale beteiligt an der Bildung der 2. Münchener Räterepublik und Rechtfertigung der kommunistischen Beteiligung an derselben; als Sprecher der Bremer KP Abänderungsvorschläge zu den Heidelberger Leitsätzen (Oktober 1919) und erst auf dem 3. Kongreß der KPD(S) (Februar 1920) Absage an die linkskommunistische Bewegung; bis Mitte 1921 Fürsprecher einer aktiv-revolutionären Taktik und einer der Offensiv-Theoretiker nach der März-Aktion 1921; danach weitergehende Entwicklung nach rechts in der KPD; seit 1929 einer der Führer der rechtsabsplattendenden KPO, 1932 führend tätig in der SAP; nach Konzentrationslagerhaft 1933 Emigration nach Paris, 1941 Flucht nach New York; 1950 Rückkehr nach Deutschland; Mitglied der SPD bis zu seinem Tode am 16. 3. 1953; Biograph und Herausgeber Rosa Luxemburgs; historische Studien; wurde in den ersten Jahren der Weimarer Republik von den Linkskommunisten als Renegat betrachtet; sein Pseudonym in diesen Jahren: Paul Werner. (Karl H. Tjaden, op. cit., Bd. II, p. 5 f; Ergänzungen).

Gorter, Herman; geb. am 26. 11. 1864 in Wormerveer (Niederlande) als Sohn eines Schriftstellers; höhere Schulbildung und Studium der klassischen Philologie, 1891 Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit über Äschylos; Gymnasiallehrer; Führer und bedeutendster Repräsentant einer impressionistischen Dichterschule ("Bewegung van Tachtig"); Spinoza-Übersetzungen und Studium Kants, schließlich Studium des Marxschen Werkes und um die Jahrhundertwende Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei der Niederlande (SDAP); mit Henriette Roland-Holst Herausgeber der marxistischen Zeitschrift "De Nieuwe Tijd"; sozialdemokratische Agitationsschriften; zeitweilig in der Führung der SDAP; freundschaftliche Beziehungen zu den Linksradikalen in der SPD über Kautsky und Pannekoek; seit 1900 Kampf gegen den Revisionismus, seit 1903 Kampf für die Massenstreik-Idee; 1907 Mitbegründer der linksradikal-oppositionellen Zeitschrift "De Tribune" und 1909 mit der Tribune-Gruppe Ausschluß aus der SDAP; neben Pannekoek u. a. Gründer der niederländischen SDP; während des Weltkrieges zur Zimmerwalder Linken gehörig und Agitation für revolutionäre Massenaktionen; in seinem schweizer Exil Kontakte zu den russischen Revolutionären; im November 1918 nach Berlin, seitdem Kontakt mit der linksradikalen revolutionären Bewegung in Deutschland bis zu seinem Tode; Fürsprecher der linken Opposition in der KPD(S); Agitation für den deutschen Unionismus, seit April 1920 Hauptvertreter der politischen Theorie Pannekoeks im Rahmen der KAPD; Mitte 1920 in der Polemik mit Lenin Versuch einer sozio-ökonomischen Begründung des westeuropäischen Linkskommunismus; im November 1920 als Delegierter der KAPD nach Moskau und Bewirkung der Aufnahme der KAP in die 3. Internationale; als enger Freund Karl Schröders nach Spaltung der KAPD im März 1922 Eintreten für die Essener Richtung der KAPD; Mitbe-

gründer der niederländischen KAP; für die KAPD (Essener Richtung) bis zu seinem Tode am 15. 9. 1927 tätig; Theoretiker der linkskommunistischen Internationale (KAI); in den Niederlanden heute ausschließlich als Klassiker der modernen Dichtung bekannt.

(Nachruf in KAZ (Essener Richtung), 6. Jg. (1927), Nr. 9; Ergänzungen).

Hoelz, Max; geb. am 14. 10. 1889 in Moritz bei Riesa als Sohn eines Schneidemühlenarbeiters; nach Volksschulbildung 2 Jahre Tagelöhnerarbeit; längerer Aufenthalt in England, dort Besuch eines Polytechnikums; 1909 zurück in Deutschland, in Dresden Vorbereitung eines technischen Studiums, Gelegenheitsarbeiten; im August 1914 als Freiwilliger in einem Husarenregiment eingezogen; bis 1918 an der Front, Politisierung durch die Kriegserfahrungen; im Oktober 1918 als Kriegsbeschädigter vom Heer entlassen, Arbeitsloser; in Falkenstein im Vogtland April 1919 zum Führer des Arbeitslosenrates gewählt; Organisator von Arbeitslosenrevolten und rasch wachsende Popularität; begründete die Ortsgruppe der KPD(S) in Falkenstein nach anfänglicher Zugehörigkeit zur USPD; wiederholt verhaftet und wieder befreit, steckbrieflich gesucht; Führer der vogtländischen "Roten Armee" in der Parallelaktion zu den Ruhrkämpfen im Anschluß an Kapp-Putsch im März/April 1920; Ausschluß aus der KPD(S); politischer Schüler Otto Rühles und Repräsentant des linkskommunistischen Aktivismus; Zugehörigkeit zur KAPD; in der März-Aktion der VKPD (1921) von VKPD und KAPD zum militärischen Führer der Kämpfe im mitteldeutschen Industriegebiet ernannt; dann Festnahme im Mai (1921) und Verurteilung im Juni zu lebenslänglichem Zuchthaus; Wiedereintritt in die KPD, die seine Popularität propagandistisch auswertete; 1928 amnestiert und ein Jahr lang für die KPD auf Vortragsreisen; dann Übersiedlung nach Moskau, behördliche Verweigerung der Rückkehr nach Deutschland; zuletzt in Gorki, wo er 1934 unter nicht geklärten Umständen ertrank.

(Max Hölz, Vom "Weißen Kreuz", op. cit.; Ergänzungen).

Jung, Franz; geb. am 26. 11. 1888 in Neiße; höhere Schulbildung und Jura-studium abgebrochen; früher Kontakt mit den Münchener Bohème-Kreisen um Erich Mühsam und der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften"; 1911/12 Beiträge im expressionistischen "Sturm", seit 1913 sozialkritische Aufsätze und Skizzen in der "Aktion"; 1914 Desertion und Festungshaft in Spandau; 1912/13 erste Prosa-Veröffentlichungen in Buchform; während der Kriegsjahre zum "Aktions"-Kreis gehörig; nach dem November-Umsturz politisches Engagement in der Bewegung des Linkskommunismus und Gründungsmitglied der KAPD; als KAPD-Delegierter unter abenteuerlichen Umständen im April 1920 mit gestohlenem Schiff zum zweiten Kominternkongreß; führende Stellung in der illegalen Kampforganisation (KO) der KAPD; wichtige Rolle in den mitteldeutschen Kämpfen im März 1921; Verurteilung zu längerer Freiheitsstrafe und Flucht über Holland in die UdSSR; dort länge-

re Tätigkeit als Wirtschaftsexperte; Enttäuschung und Rückkehr nach Deutschland; anhaltender Unwille, sich sozial einzugliedern; zwischen 1919 und 1924 zahlreiche sozialkritische Romane, Erzählungen und Dramen; nach 1923 weitgehend apolitisch, Tätigkeit als Wirtschafts- und Handelskorrespondent in Deutschland und im Ausland; 1934 Emigration über Prag, Wien, Paris, Genf und Budapest in die USA; kehrte nach 1945 zurück und starb im Januar 1963 in Stuttgart; Jung ist Repräsentant der künstlerischen, expressionistisch orientierten Intelligenz, die zur linksradikalen Bewegung stieß.

(Franz Jung, Der Weg nach unten; op. cit.; Ergänzungen).

Kater, Fritz; geb. am 19. 12. 1861 in Barleben bei Magdeburg; Sohn eines Landarbeiters und selbst zuerst Feldarbeiter, dann Abschluß einer Maurerlehre; 1883 beteiligt an der Gründung eines Fachvereins für Bauarbeiter in Magdeburg; während der Zeit des Sozialistengesetzes in der illegalen sozialdemokratischen Bewegung tätig; 1887 Gründung eines Fachvereins der Maurer in Barleben; 1889 Gefängnisstrafe wegen Vergehen gegen das Versammlungsverbot; Gründer und Redakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung "Magdeburger Volksstimme"; in engem Kontakt mit allen Wortführern der Oppositionsbewegung der "Jungen" in der SPD; stimmte auf dem Hallenser (1890) und Erfurter Parteitag (1891) gegen den Ausschluß der "Jungen" aus der Partei; 1891 erneute politische Gefängnisstrafe und Übersiedlung nach Berlin 1892; dort neben Ausübung seines Maurerberufes Gewerkschafts- und Parteiarbeit auf dem linken Flügel; mit Gustav Keßler 1897 Begründer der aus der Lokalisten-Bewegung hervorgehenden "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften"; seit 1903 deren hauptberuflicher Organisationsleiter; Herausgeber des Verbandsorgans "Die Einigkeit"; 1908 freiwilliger Austritt aus der SPD nach Ablehnung von Angeboten höherer Funktionärsposten in der SPD oder den Zentralverbands-Gewerkschaften; nach Unterdrückung der "Freien Vereinigung" im Weltkrieg (1914-1918) Koordinator der illegalen Kader und wichtigster Reorganisator der "Freien Vereinigung" seit November 1918; seit Gründung der FAUD im Dezember 1919 Vorsitzender der Berliner Geschäftskommission und Besitzer des FAUD-Verlagshauses in Berlin: unter dem Einfluß Rockers erst 1919 geistige Loslösung von der SPD; 1930 Niederlegung des Vorsitizes der FAUD-Geschäftskommission aus Altersrücksichten; während des nationalsozialistischen Regimes Versuch, die Organisationsreste der FAUD zusammenzuhalten; wurde im Mai 1945 beim Demontieren eines Blindgängers getötet.

(Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater (Rocker - Nachlaß)).

Keßler, Gustav; geb. 1832, Regierungsbaumeister; zuerst politische Tätigkeit in der Berliner Fortschrittspartei; seit 1883 in den Gewerkschaften tätig; Redakteur des Organs des Fachvereins der Bauarbeiter "Der Handwerker" seit 1884; während des Sozialistengesetzes Bekenntnis zur sozialdemokratischen Bewegung und wiederholte Gefängnisstrafen und Ausweisun-

gen; Verfasser zahlreicher Schriften über die illegale Arbeit während des Sozialistengesetzes; 1897 Initiator des ersten Lokalisten-Kongresses in Halle; Redakteur der "Einigkeit"; prägte das Selbstverständnis der "Freien Vereinigung" als gewerkschaftliche Avantgarde der Sozialdemokratie; starb am 29. 7. 1904 in Berlin.

(Nachruf in: "Die Einigkeit", 8. Jg. (1904), Nr. 32; Ergänzungen).

Knief, Johann; geb. 1880 in kleinbürgerlichem Milieu; kam als Volksschullehrer vom linken Flügel des bremischen Lehrervereins relativ spät zur Arbeiterbewegung; verließ etwa um 1905 den Schuldienst und wurde Redakteur der linksradikalen "Bremer Bürgerzeitung"; vertrat dort vor allem die politische Theorie Anton Pannekoeks; nachdem Ende 1914 die "Bremer Bürgerzeitung" auf "Burgfriedens"-Kurs ging, Austritt aus deren Redaktion; im Juni 1916 mit Paul Frölich Gründer und Herausgeber der Bremer "Arbeiterpolitik" und Führer der Bremer Linksradikalen; im Anschluß an Zimmerwalder Konferenz vom September 1915 Vertreter der Leninschen radikalen Resolution und Befürworter der resoluten geistigen und organisatorischen Trennung der Linksradikalen von der SPD; Mitinitiator der Gründung der ISD; seit 1917/18 in der Emigration in Holland und dort in engem Kontakt mit den Linksradikalen um Pannekoek und Gorter; seit der Angliederung des "Spartakus"-Bundes an die USPD im April 1917 scharfe Polemik gegen den "Spartakus"-Bund und unermüdliche Aufrufe zur Gründung einer selbständigen linksradikalen Partei; Umbenennung der ISD in IKD; im November 1918 neben Paul Frölich geistiger und organisatorischer Koordinator der IKD; starke Vorbehalte gegen Verschmelzung der IKD mit dem "Spartakus"-Bund zur KPD(S), die am Jahreswechsel 1918/19 dennoch zustande kam; durch Propagierung der "Einheitsorganisation" einer der Autoren des linkskommunistischen Gewerkschaftsprogramms des Austritts aus den alten Verbänden; seit 1919 durch Krankheit an aktiver politischer Tätigkeit verhindert; starb am 6. 4. 1919 in Bremen an den Folgen einer Blindarmoperation; galt in linkskommunistischen Kreisen als "ein Vorläufer der KAPD und der AAU". (KAZ (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 14; "Proletarier", 2. Jg. (1927), Heft 2; Ergänzungen).

Landauer, Gustav; geb. 1870 in Karlsruhe als Sohn eines jüdischen Kaufmanns; Gymnasialbildung, Studium in Zürich; dort durch radikal-sozialistische Kreise 1890/91 zur Arbeiterbewegung; dann Anschluß an die Bewegung der "Jungen"; 1893 Redakteur des Publikationsorgans der "Jungen" und anarchistische Agitation; Gefängnisstrafe wegen "aufreizender" Artikel in seiner Zeitschrift, dem "Sozialist"; Verbot des "Sozialist" im Januar 1895 und dessen Wiederbegründung im August 1895; bis zum Ende des 2. "Sozialist" (1899) dessen Herausgeber; intellektueller Führer des deutschen Anarchismus; seit 1899 vorwiegend theoretische Arbeit, Studium Proudhons, Übersetzung Kropotkins; Bekanntschaft Kropotkins bei Englandreise 1902;

1908 Gründung des "Sozialistischen Bundes", als dessen Publikationsorgan der "Sozialist" neu erscheint seit Januar 1909; dessen Verbot 1915; während der Kriegszeit u. a. Dramaturg am Düsseldorfer Schauspielhaus; im November 1918 durch Kurt Eisner nach München, dort im Landes-Arbeiterrat und Kommissar für Volksaufklärung; vom 7. bis 14. April 1919 Mitglied des Zentralrates der ersten Münchener Räterepublik; durch Kommunisten hinausgedrängt und am 2. Mai 1919 von konterrevolutionären Truppen erschossen. (Julius Bab, Gustav Landauer, Gedächtnisrede, Berlin 1919; Ergänzungen).

Laufenberg, Heinrich; geb. am 19. 1. 1872 im Rheinland, Sohn aus katholischer Familie; Studium der Volkswirtschaft, Promotion zum Dr. phil., Redakteurtätigkeit; von der Zentrumsparlei etwa 1904 überwechselnd zur SPD; stand zum Flügel der Linksradikalen in der SPD; 1907 von Franz Mehring nach Hamburg empfohlen für die Abfassung einer Geschichte der dortigen Arbeiterbewegung; Leiter der Hamburger Parteischule; 1912 Parteiverfahren aufgrund seines Radikalismus, das ihn von allen Parteiämtern ausschloß; während des Krieges mit Fritz Wolffheim Mittelpunkt der linksradikalen Opposition in Hamburg gegen die Kriegspolitik der SPD; als Sprecher der Hamburger Opposition in dauerndem Kontakt mit den Bremer ISD, ohne diesen anzugehören; führende Tätigkeit in der Hamburger Revolution im November 1918; Vorsitzender des Hamburger Arbeiterrates vom 11. 11. 1918 bis 21. 1. 1919; auf dem zweiten Parteitag der KPD(S) mit Fritz Wolffheim Sprecher der Gesamtopposition in der Partei; Mitinitiator des deutschen Unionismus; nach Lostrennung der Linkskommunisten nach dem 2. Parteitag (20. - 24. 10. 1919), Versuch, die Opposition unter nationalbolschewistischem Programm zu sammeln; Mitbegründer der KAPD im April 1920; aus der KAPD vom 2. Parteitag (1. - 4. 8. 1920) ausgeschlossen; dann nationalbolschewistische Tätigkeit im Rahmen einer "Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus"; politische Publikationstätigkeit, isoliert von der linksradikalen Bewegung; lehnte Verbindung mit Nationalsozialisten ab; starb im Frühjahr 1932.

(Otto Ernst Schüddekopf, Linke Leute, p. 431 f; Ergänzungen).

Levi, Paul; geb. am 11. 3. 1883 in Hechingen; Gymnasialbildung und Jura-Studium in Berlin und Grenoble, Promotion; 1906 Rechtsanwalt in Frankfurt/M.; politischer Schüler und Strafverteidiger Rosa Luxemburgs; Mitbegründer des "Spartakus"-Bundes und der KPD(S); auf Gründungskongreß der KPD(S) Referent über die Wahlen zur Nationalversammlung; mit Rosa Luxemburg gegen die Mehrheit des Kongresses Befürworter der Teilnahme an diesen Wahlen; nach Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts (Januar 1919) und Leo Jogiches' (April 1919) im Mai 1919 durch Kooptation und widerstrebend in die Zentrale der KPD(S) gewählt und seitdem Führer der Partei; begann seit Juni 1919 einen Kurs, der die aktivistischen und linkskommunistischen Elemente aus der Partei hinauszudrängen suchte, Höhe-

punkt dieses neuen Kurses seine dem Heidelberger Parteitag (Oktober 1919) vorgelegten Leitsätze; nach Abspaltung der linkskommunistischen Opposition bewußte Annäherung an die USPD und im Dezember 1920 Vereinigung der KPD(S) mit linkem Flügel der USPD zur VKPD; im Februar 1920 Rücktritt vom Vorsitz aus Protest gegen die Italien - Politik der Komintern und die Aufnahme der KAPD in die 3. Internationale; nach der März-Aktion der VKPD von 1921 scharfe Kritik daran, die seinen Ausschluß aus der KPD zur Folge hatte; daraufhin Gründer und Führer einer "Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft" (KAG), die sich der Rest-USPD anschloß und mit dieser 1922 zur SPD zurückkehrte; unumstrittener Führer der Linksoption in der SPD; 1920 - 1930 Mitglied des Reichstages; stürzte am 9. 2. 1930 in Frankfurt/M. im Fieber zu Tode.

(K.H. Tjaden, op. cit., Bd. II, p. 83; Ergänzungen).

Merges, August; geb. am 3. 3. 1870 in Malstadt-Murbach (Saarland); Ausbildung als Schneider und Kunststopfer, Anfang der neunziger Jahre ansässig im Kreis Gandersheim; Verwalter des Gewerkschaftshauses in Alfeld und ab 1911 Expedient des sozialdemokratischen "Volksfreund" in Braunschweig; nach Kriegsbeginn zur linksradikalen Bewegung stoßend und in Braunschweig mit August Thalheimer u. a. Vorsitzender eines lokalen "Revolutionsklubs" und "Spartakus"-Mitglied; als geschickter Redner bereits am 3. 11. 1918 in USP-Massenversammlung die revolutionäre Bewegung in Braunschweig einleitend; am 8. 11. 1918 als Vorsitzender des Arbeiterrates Erzwingung des Rücktritts des regierenden Herzogs von Braunschweig; am 10. 11. 1918 zum Präsidenten der Sozialistischen Republik Braunschweig gewählt; nach Wahl eines Landesparlaments im Februar 1919 Verzicht auf Präsidenten-Titel und Landtagsmandat; bis April Führer lokaler Insurrektionen und Flucht nach Berlin; dort Mitglied der KAPD und als deren Vertreter mit Rühle im Juli 1920 zum 2. Weltkongreß der Komintern nach Moskau delegiert; bis mindestens 1921 KAP-Zugehörigkeit, dann Übertritt zur KPD; wurde nach 1933 von der SS getötet.

(Ernst-August Roloff, op. cit., p. 26 - 64; Ergänzungen).

Möller, Werner; geb. 1888 in Barmen; erlernte den Beruf des Klempners und war von Jugend auf sozialdemokratisch organisiert; trat 1913 mit lyrischer Arbeiterdichtung hervor; gehörte bei Ausbruch des Krieges (August 1914) zur Berliner Gruppe um Julian Borchardt; war Mitarbeiter an dessen Publikationsorgan "Lichtstrahlen" und gehörte seit Ende 1915 zu den Vorkämpfern der ISD; wegen Verbreitung von Liebknecht-Flugblättern einen Monat Schutzhaft, dann 9 Monate Gefängnis in Kottbus; nach Borchardts Ausscheiden einer der Führer der Berliner ISD und enger Mitarbeiter Johann Kniefs in dessen "Arbeiterpolitik"; Führerrolle in Berliner IKD und als deren Delegierter anwesend auf dem Gründungskongreß der KPD(S); während der "Spartakuswoche" in Berlin einer der Führer des linksradikalen Akti-

vismus; Beteiligung an der Besetzung des "Vorwärts"-Gebäudes am 5. 1. 1919 und an dessen Verteidigung; wurde nach Abbruch der Kämpfe im Januar 1919 von Reichswehrtruppen als Geisel erschossen; von Linkskommunisten als Wegbereiter ihrer Bewegung angesehen; Pseudonym: Werner Nauffacher. (KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 3; Ergänzungen).

Most, Johann; geb. 1846 als Sohn eines Sekretärs in Augsburg; trat mit 13 Jahren eine Buchbinderlehre an und ging 1863 auf Wanderschaft als Buchbindergehilfe; durchwanderte bis 1868 Süddeutschland, die Schweiz, Österreich, Oberitalien, Ungarn; 1867 Anhänger Lasalles und Beitritt zur ersten Internationale; 1868 populärer Diskussionsredner der Sozialdemokratie in Wien; Hauptorganisator einer sozialdemokratischen Demonstration in Wien im Dezember 1870 und daraufhin 5 Jahre schwerer Kerker; 1871 amnestiert und aus Österreich ausgewiesen; schloß sich der Eisenacher Richtung der deutschen Sozialdemokratie an; von Liebknecht abgewiesen, von Bebel freundlich aufgenommen; 1871 Redakteur der "Chemnitzer Freien Presse" und 1874 acht Monate Gefängnis wegen Demonstrationen gegen die Sedan-Feier; 1874 von den Chemnitzer Arbeitern in den Reichstag gewählt; 1874 - 1876 politische Haftstrafe; 1876 Redakteur der "Berliner Freien Presse"; 1878 fünf Monate politische Gefängnisstrafe; nach dem Sozialistengesetz aus Preußen ausgewiesen und Emigration über Hamburg nach London; dort vom 3. 1. 1879 bis 22. 5. 1882 Herausgabe der "Freiheit"; nach Ausschluß aus der SPD im August 1880 endgültige Wendung zum Anarchismus; im Mai 1881 16 Monate Gefängnis in London wegen Akklamation des russischen Zarenmordes vom März des Jahres; Verbot der "Freiheit" nach wiederholter Solidaritätsbezeugung für die irischen Freiheitskämpfer; im Dezember 1882 nach New York; in den USA weitere rastlose politische Tätigkeit in der radikalen Arbeiterbewegung und Neuherausgabe der "Freiheit"; starb 1906; wurde von den deutschen Syndikalisten und Teilen der Linkskommunisten als wesensverwandt und Vorläufer der eigenen politischen Bestrebungen angesehen.

(Rudolf Rocker, Johann Most, Das Leben eines Rebellen, op. cit.)

Mühsam, Erich; geb. am 6. 4. 1878 in Berlin als Sohn eines jüdischen Apothekers; Apothekerlehre und frühe Manifestationen dichterisch-schriftstellerischen Ehrgeizes; um 1900 freier Schriftsteller in München; vielfältige Beziehungen zur literarischen Bewegung des Naturalismus, Freundschaft mit Wedekind, seit 1901 mit Gustav Landauer; politische Entwicklung vom Sozialismus zum Anarchismus, Verehrer Bakunins und Kropotkins; seit 1908 Agitator des "Sozialistischen Bundes" und Herausgeber der Zeitschrift "Kain" in München; Reisen in Österreich, Italien, Frankreich; während des Weltkrieges Beteiligung an Streikbewegungen und Haftstrafe bis zum November 1918; neben Landauer u. a. Führer der ersten Bayrischen Räterepublik im April 1919; mit Ernst Toller u. a. zu Festungshaft verurteilt und 1924 amnestiert; stand in engster Verbindung mit der FAUD, ohne dieser anzuge-

hören; enge Freundschaft mit Rudolf Rocker; Herausgeber der anarchistischen Zeitschrift "Fanal", revolutionäre Dichtung; 1933 verhaftet von den Nationalsozialisten; starb 1934 im Konzentrationslager. (Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 374 ff; Ergänzungen).

Nettla u, Max; geb. am 23.7.1865 in Neuwaldegg bei Wien; Gymnasialbildung, Philologiestudium an mehreren deutschen Universitäten, Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit über ein Spezialproblem der indo-germanischen Grammatik; 1885 Anschluß an die radikale Arbeiterbewegung in London; erste historische Arbeiten über den europäischen Anarchismus publiziert 1890 in John Mosts "Freiheit"; 1888 Bekanntschaft mit Kropotkin in London; seit diesem Jahr systematisches Sammeln der internationalen anarchistischen Literatur; seine Publikationen trugen wesentlich zur Rezeption des Anarchismus durch Teile der oppositionell sozialdemokratischen "Jungen" bei; jahrelange Arbeit als Privatgelehrter an fast allen großen europäischen Bibliotheken an einer umfangreichen Biographie Bakunins; lebtenach dem ersten Weltkrieg in Wien; von 1918 bis 1933 Beteiligung an der agitatorischen Arbeit der FAUD, in deren Verlag seine bedeutenden Studien zur Geschichte des Anarchismus erschienen; durch seine Publikationen im Rahmen der FAUD der wichtigste Historiograph des internationalen Anarchismus; 1933 Flucht nach Holland, dort Arbeit u. a. am Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam; starb im Juli 1940 in Amsterdam. (Bulletin of the International Institute of Social History, Amsterdam 1950, Nr.1, p. 25 ff; Ergänzungen).

Pannekoek, Anton; geb. am 2.1.1873 in Vaassen (Holland); nach höherer Schulbildung Studium der Astronomie an der Universität Leiden und Promotion zum Dr. rer. nat.; seit 1902 führend in der niederländischen Sozialdemokratie (SDAP) tätig; Professur für Astronomie in Holland; seit 1905 mit Herman Gorter und Henriette Roland-Holst Führer des linken Flügels der niederländischen Sozialdemokratie; 1905 Berufung an die Parteihochschule der SPD nach Deutschland; 1907 Mitbegründer der linksoppositionellen Zeitschrift in der SDAP "De Tribune"; 1909 Ausschluß aus der Partei mit deren linkem Flügel, der sich als selbständige Organisation konstituierte (1909) unter dem Namen SDP; die SDP bildete 1918 die Grundlage für die niederländische Kommunistische Partei; 1912 in der Auseinandersetzung mit Kautsky erste Ansätze zu den theoretischen Prinzipien des späteren Linkskommunismus; Mitarbeiter der "Neuen Zeit" und der "Bremer Bürgerzeitung", die unter seinem maßgeblichen theoretischen Einfluß stand; 1914 Ausweisung aus Deutschland; während des Weltkrieges Befürworter der Leninschen Resolution auf der ersten Zimmerwalder Konferenz und Theoretiker der ISD; zahlreiche Beiträge in Borchardts "Lichtstrahlen" und Kniefs "Arbeiterpolitik"; 1918 Mitbegründer der niederländischen Kommunistischen Partei; Agitation in Deutschland für die IKD; nach Spaltung der KPD(S) im Oktober 1919 Fürspre-

cher und Theoretiker der linkskommunistischen Opposition; Inspirator des ersten Programmes der KAPD vom Mai 1920; dann intellektuelle Mentorenrolle für die KAPD und Mitbegründer der niederländischen KAP; als Gegner Lenins 1920 aus dem westeuropäischen Sekretariat der Komintern ausgeschlossen; neben zahlreichen Agitationsschriften politisch-philosophische Werke, die auf der Erkenntnistheorie Josef Dietzgens aufbauen; bedeutende astronomische Studien; blieb bis zu seinem Tode im April 1960 der Führer der niederländischen Räte-sozialisten; Pseudonyme: Karl Horner, John Harper. (Nachruf in: "Geist und Tat", 10.Jg. (1960), p. 219; Ergänzungen).

Pfemfert, Franz; geb. am 20.11.1879 in Lötzen (Ostpreußen); Kindheit und Ausbildung in Berlin; seit 1904 politischer und literaturkritischer Schriftsteller; 1910 - 1911 Schriftleiter des "Demokrat, Wochenschrift für freiheitliche Politik und Literatur", seit Februar 1911 Herausgeber der "Aktion, Wochenschrift für Politik, Literatur, Kunst"; vor 1914 Kritik der SPD im Sinne der Linksradi-kalen verschiedener Observanz; Weitererscheinen der "Aktion" während des Krieges unter der Bedingung, nur feuilletonistische Beiträge zu bringen; Pfemfert wird der wichtigste Verleger und Förderer der expressionistischen Literatur während der Jahre von 1914 bis 1918; aus dem Literaten- und Künstler-Kreis um die "Aktion" 1915 Bildung einer "Antinationalen Sozialistischen Partei" (ASP), deren Funktion sich in der Kritik an der "Burgfriedens"-Politik der SPD erschöpfte und die sich in den November-Ereignissen 1918 mit dem "Spartakus"-Bund solidarisierte; Aufgehen des ASP-Kreises um Pfemfert in der KPD(S); Pfemfert gehörte zur linkskommunistischen Majorität des Gründungskongresses der KPD(S) und stand seit Durchsetzung des Levi-Kurses in der KP seit Mitte 1919 mit seiner stark politisierten Zeitschrift zur linken Opposition; Gründungsmitglied der KAPD im April 1920; seit 1920 vertrat die "Aktion" das "Einheitsorganisations"-Programm Otto Rühles; Pfemfert blieb mit seiner Zeitschrift dieser Tendenz auch nach Ausschluß aus der KAPD (Anfang 1921) und nach Gründung der AAUE (Oktober 1921) treu; nach 1923 weiterhin Kritik der Arbeiterparteien im linksradikalen Sinne und 1926 Beteiligung an der Bildung eines "Spartakusbundes Nr. 2"; seit 1927 die "Aktion" trotzkdistische Plattform; sie stellte 1932 ihr Erscheinen ein; nach 1933 Flucht Pfemferts aus Berlin in die Tschechoslowakei, 1936 nach Paris, 1940 über Lissabon nach New York; während dieser Zeit Sicherung des Lebensunterhaltes durch photographische Arbeiten; seit 1941 in Mexico-City; starb dort am 26.5.1954. (Paul Raabe (Hrg.), Ich schneide die Zeit aus, p. 360; Ergänzungen).

Plättner, Karl; geb. am 3.1.1893 in Osterode (Ostpreußen); Volksschulbildung und Handwerkerlehre; bis 1914 in der SPD und gewerkschaftlich organisiert; während des Weltkrieges tätig in der sozialistischen Jugendbewegung und 18 Monate Gefängnis wegen der Verteilung von Liebknecht-Flug-

blättern (Hochverrat); Ende 1918 bei den Dresdner IKD und Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Dresden; Gründungsmitglied der KPD(S) und Tätigkeit als Wanderredner im Sinne der linken Opposition; aktive Beteiligung an den meisten bewaffneten Insurrektionen in der ersten Jahreshälfte 1919, besonders in der Bremer Räterepublik; Verhaftung im September 1919 und wieder Beteiligung an den Ruhrkämpfen 1920; Gründungsmitglied der KAPD und mündliche und schriftliche Agitation für die Partei; Exponent der aktivistischen Mitgliedschaft der KAPD, die die programmatische Anti-Gesetzlichkeit der Partei in die Tat umsetzte; Bank- und Kassenüberfälle zur Finanzierung der KAP-Zeitungen und Broschüren; führende Tätigkeit in den mitteldeutschen Kämpfen 1921, zeitweilig unter Max Hoelz' Namen; nach Niederschlagung der März-Aktion (1921) mit seinem Programm der Umstellung der Partei auf den "Organisierten Bandenkampf" gescheitert und Realisierung dieses Programms unabhängig von der KAPD; Verhaftung Mitte 1921 und 1923 Prozeß in Halle; Zuchthausurteil und etwa 1928 Amnestierung; Übertritt zur KPD und u. a. Veröffentlichung eines Buches über "Eros im Zuchthaus"; angeblich 1933 beim Grenzübertritt in die Tschechoslowakei erschossen.

(Generalakten des Justizministeriums 135/84 66 P (Bundesarchiv Koblenz); Ergänzungen).

Radek, Karl; Pseudonym für: Karl Bernardovich Sobelsohn, geb. 1885 in Lemberg; publizistische Tätigkeit 1905 - 1907 in Warschau, seit 1908 in Deutschland; von 1908 bis 1912 Mitglied der SPD und zur linksradikalen Gruppe um Johann Knief zählend; 1912 Ausschluß aus der SPD und zu Beginn des ersten Weltkrieges Übersiedlung in die Schweiz; von dort mit Lenin im Zug durch Deutschland; blieb in Stockholm und kam nach Beginn der Revolution im November 1917 nach Moskau; 1917/18 bolschewistische Propagandatätigkeit unter den deutschen Kriegsgefangenen; im März 1918 Direktor für Zentraleuropäische Angelegenheiten im Außenministerium der UdSSR; unter dem Eindruck des bolschewistischen Sieges teilweise Revision seiner linksradikalen Prinzipien; im Dezember 1918 zum ersten Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte nach Berlin delegiert; am Zusammenschluß seiner ehemaligen Freunde von den IKD mit dem "Spartakus"-Bund zur KPD(S) maßgeblich beteiligt; am 12. 2. 1919 in Berlin verhaftet; rechtfertigte und stützte Levis Maßnahmen zum Hinausdrängen der linkskommunistischen Opposition auf dem 2. Kongreß der KPD(S) im Oktober 1919; im Januar 1920 Rückkehr nach Rußland; von 1920 bis 1924 Mitglied des ZK der russischen KP und des EKKI; häufige Reisen nach Deutschland, z. B. während der März-Aktion 1921 und der Oktoberereignisse 1923; 1924 als Trotzkiist nicht wiedergewählt ins ZK; 1925 bis 1927 Rektor der Sun-Yat-Sen Universität; 1927 Ausschluß und 1929 Wiederaufnahme in die KPdSU; 1937 zehn Jahre Zuchthaus; starb wahrscheinlich 1942; weitere Pseudonyme: Paul Bremer, Arnold Struthahn. (Otto Ernst Schüdekopf, op. cit., p. 415 f; Ergänzungen).

Reichenbach, Bernhard; geb. im Dezember 1888 in Berlin und in Hamburg aufgewachsen; höhere Schulbildung, einige Jahre an der Bühne und Studium der Geschichte und Nationalökonomie; aktiv in der Jugendbewegung, Vorstandsmitglied der Freien Studentenschaft Berlins; Mitherausgeber der Zeitschrift "Aufbruch"; 1915 bis 1917 Kriegsdienst, 1917 Gründungsmitglied der USPD; bis 1919 im Pressedienst des Auswärtigen Amtes tätig; 1920 im Kreise um Karl Schröder Mitbegründer der KAPD; seit Frühjahr 1921 u. a. KAP-Delegierter beim EKKI und als solcher Teilnahme am 3. Weltkongreß der Komintern; im März 1922 zur Essener Richtung der KAP gehörend und 1924 Übertritt in die SPD; 1931 SAP, Widerstandstätigkeit und 1934 Berufsverbot als Journalist; 1935 Emigration nach England, dort während des Krieges Redakteur einer vom Foreign Office herausgegebenen Wochenschrift für deutsche Kriegsgefangene; seit 1945 Korrespondent für deutsche Zeitungen und für den Rundfunk in London; Pseudonym während seiner KAP-Zeit: Seemann.

(Hanno Drechsler, op. cit., p. 368; Ergänzungen).

Rocker, Rudolf; geb. am 25. 3. 1873 in Mainz in kleinbürgerlicher Familie; mit 13 Jahren Vollwaise; Volksschulbildung und nach verschiedenen Berufen schließlich Abschluß einer Buchbinderlehre; erste politische Schritte im Fachverein für Buchbinder um 1890; gleichzeitig Bekanntschaft mit Schriftten Johann Mosts und Bakunins; als Leiter eines sozialdemokratischen Jugend-Leseclubs in Mainz und Anhänger der "Jungen" erste Konflikte mit der Partei; auf Brüsseler Sozialisten-Kongreß 1891 Bekehrung zum Anarchismus; illegale anarchistische Propagandatätigkeit in Mainz; Ende 1892 wegen illegaler Tätigkeit Flucht nach Paris; dort in einer Gruppe exilierter "Unabhängiger Sozialisten"; 1895 nach London und Aufnahme in die Gemeinde ostjüdischer Anarchisten als Nicht-Jude; in diesem Rahmen Redakteurtätigkeit, Herausgeber von anarchistischen Blättern in jiddischer Sprache bis 1914; persönliche Bekanntschaft mit Peter Kropotkin, dessen Schüler Rocker fortan blieb; im Dezember 1914 Verhaftung als "gefährlicher Ausländer" und Internierung bis 1918; März 1918 als Austauschgefangener nach Holland, dann im November nach Deutschland; dort sofort Kontakte mit Fritz Kater, dem Leiter der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften"; bald intellektueller Führer der deutschen Anarchisten und in der zweiten Hälfte 1919 der "Freien Vereinigung"; bestimmte seit dieser Zeit das Programm der deutschen Syndikalisten und die Taktik der Berliner Geschäftskommission der FAUD; an Gründung der FAUD (Dezember 1919) führend beteiligt; Organisator und Theoretiker der 1922 gegründeten syndikalistischen Internationale (IAA); während der Weimarer Republik Hauptfigur des deutschen Anarcho-Syndikalismus; Vortragsreisen in Europa und Amerika; März 1933 Flucht in die USA; dort u. a. bedeutende kulturphilosophische Untersuchungen; starb im September 1958 in Crompond (Mohigansee).

(Rudolf Rocker, Memoiren, 3 Bde.; Ergänzungen).

Rühle, Otto; geb. 1874; pädagogische Tätigkeit und seit 1903 Ausarbeitung eines sozialistischen Schulprogramms und Monographie über die Situation des proletarischen Kindes (1911); 1911 sächsischer Landtagsabgeordneter der SPD, seit 1912 sozialdemokratisches Reichstagsmitglied; sympathisierte mit dem linken Flügel der SPD und verweigerte im März 1915 als erster Reichstagsabgeordneter nach Karl Liebknecht die Zustimmung zur Billigung der Kriegskredite durch die SPD; Beteiligung an der Gründung des "Spartakus"-Bundes und im November 1918 Sprecher der Dresdener IKD; führende Rolle in den revolutionären Vorgängen in Sachsen um die Jahreswende 1918/19 (u. a. Absetzung des regierenden Fürstenhauses in Sachsen); Mitbegründer der KPD(S), Sprecher der linkskommunistischen Majorität auf dem Gründungskongress der KPD(S); 1919/20 linkskommunistische Agitation, besonders für die Idee der proletarischen "Einheitsorganisation"; Mitbegründer der KAPD im April 1920 unter Vorbehalt gegenüber der Beibehaltung der Zweiteilung der Organisation in Partei und Gewerkschaft; im November 1920 Ausschluß aus der KAPD vor allem wegen seiner scharfen Kritik an den 21 Punkten des zweiten Komintern-Kongresses nach einer Moskau-Delegation durch die KAP vom Mai bis Juli 1920; seit 1920 theoretisches Haupt der "Einheitsorganisations"-Tendenz in der AAUD und Initiator der Gründung der AAUE im Oktober 1921; nach 1923 Abkehr von den linksradikalen Organisationen und Rückkehr in die SPD; bedeutende pädagogische, psychologische, biographische und kulturhistorische Studien; nach 1933 zuerst Emigration nach Prag; 1936 als pädagogischer Berater einer sozialistischen Regierung nach Mexiko angeworben; 1936 u. a. mit John Dewey Geschäftsführer des Ausschusses zur Prüfung der Moskauer Anschuldigungen gegen Trotzki; Ehrenrettung Trotzki und in der Diskussion mit Trotzki unveränderte Ablehnung der Allgemeingültigkeit des bolschewistischen Parteiprinzips und Beharren auf antiautoritärem und demokratischem Charakter der gesellschaftlichen Transformation; im Alter noch künstlerischen Erfolg als Maler unter dem Namen Carlos Timonero; starb im Juni 1943 im mexikanischen Exil. (Sebastian Franck, op. cit.; Ergänzungen).

Scharrer, Adam; geb. am 13. 7. 1889 in einem Dorf bei Nürnberg als Sohn des Gemeindehirten; Dorfschule, Hirt und 1906 Lehrzeit als Dreher; nach Gesellenprüfung Wanderschaft durch Deutschland, die Schweiz, Italien; Tätigkeit als Schlosser; 1914 Kriegsteilnehmer, dann Munitionsarbeiter; seit 1917 in Kontakt mit den Berliner Revolutionären Obleuten und Beteiligung an den Rüstungsarbeiterstreiks; in der linken Opposition der KPD(S) in Berlin und Gründungsmitglied der KAPD; Redakteur der KAZ und als führender Funktionär des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin seit 1921 in Gegnerschaft zum Schröder-Kreis; seit der Spaltung der KAP einer der Führer der Berliner Richtung und bis mindestens 1927, wahrscheinlich bis 1933 in der KAP bzw. in der AAU tätig; dem Expressionismus verpflichtete Prosaveröffentlichungen; 1929 literarischer Erfolg mit dem Kriegsroman "Vaterlandslose Ge-

sellen"; 1933 Emigration nach Prag, 1934 in die UdSSR; 1941 Evakuierung nach Taschkent, seit 1943 in der Nähe Moskaus; 1945 Rückkehr nach Deutschland, Schriftsteller- und Redakteurtätigkeit; starb am 2. 3. 1948 an den Folgen eines Herzinfarkts.

(H. Schurig, op. cit.; Ergänzungen).

Schröder, Karl; geb. am 13. 11. 1885 in Polzin (Pommern) als Sohn eines Lehrers; Gymnasialbildung und Studium der Philosophie; Promotion zum Dr. phil.; Freundschaft mit Franz Mehring und 1913 Eintritt in die SPD; Kriegsdienst und Beitritt zum "Spartakus"-Bund, enge Beziehungen zu Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht; 1918 Mitherausgeber der "Roten Fahne" und 1919 Redakteur am lokalen Publikationsorgan der KPD(S) in Berlin; Sprecher der Revolutionären Betriebsorganisationen und Theoretiker des linkskommunistischen Gewerkschaftsprogramms; im April 1920 als Mittelpunkt des überwiegend linkskommunistischen KPD(S)-Bezirks Groß-Berlin einer der Hauptinitiatoren der Gründung der KAPD; während des Jahres 1920 Durchsetzung des von ihm in Gemeinschaft mit Herman Gorter formulierten Programms der KAP und gleichzeitig Durchsetzung seines Unionsprogramms in der AAUD; im November 1920 mit Gorter illegale Reise nach Moskau und Bewirkung der Aufnahme der KAP in die Komintern als sympathisierende Partei; Ende 1921 Entwicklung neuer Unionsthesen und neben anderen Vorsitzender des Organisations- und Informationsbüros der linkskommunistischen Internationale; im März Hauptfigur im Spaltungsvorgang der KAP und Mittelpunkt der Essener Richtung der KAP; maßgebliche Beteiligung an der Organisation der KAI; 1924 Rückkehr in die SPD und dort seit 1926 Literaturkritiker für den "Vorwärts", Lektor einer Buchgemeinschaft und Wanderlehrer; einige Roman-Veröffentlichungen; seit 1929 innerhalb der SPD Zusammenschluß mit anderen ehemaligen KAP-Mitgliedern und Vorbereitung auf eine neue Phase der Illegalität für die Arbeiterbewegung; bis 1936 Mittelpunkt des Widerstandskreises der "Roten Kämpfer" und nach dessen Entdeckung Zuchthausstrafe; nach 1945 Leiter der Oberschulen von West-Berlin und Arbeit an der Volkshochschule; von dieser Tätigkeit 1948 enthoben und Übersiedlung nach Ost-Berlin; Eintritt in die SED und Lektor beim Verlag "Volk und Wissen"; starb in Ost-Berlin am 6. 4. 1950.

(Die Roten Kämpfer, loc. cit., p. 438 ff; schriftliche Mitteilungen von Frau Wally Schmelzer (Berlin) an Herrn Olaf Ihlau; Ergänzungen).

Schwab, Alexander; geb. am 5. 7. 1887 in Stuttgart als Sohn eines Opernkapellmeisters; nach Besuch der höheren Schule Studium der Philosophie, Germanistik, klassischen Philologie, Nationalökonomie, Soziologie und des Staatsrechts in Rostock, Jena, Heidelberg und Freiburg; Promotion zum Dr. phil.; Lehrer an der Freien Schulgemeinde Wickersdorf und führende Tätigkeit in der "Freideutschen Jugend"; von der Rebellion der Jugendbewegung während des Weltkrieges über die theoretische Aneignung Hegels und

Marx' zum "Spartakus"-Bund und zur USPD; von Rosa Luxemburg geschätzter Theoretiker im Berliner "Spartakus"-Bund; 1919 in engster Verbindung mit Karl Schröder Führer der linken Opposition in der KPD(S) und Gründungsmitglied der KAPD; bis Mitte 1921 spiritus rector der Berliner KAP-Führung; als Vertreter der KAPD auf dem 3. Weltkongreß der 3. Internationale in Moskau unter dem Pseudonym Sachs; nach Ergebnislosigkeit dieser Delegation und nach allmählicher Abwendung vom Organisationsleben der Partei nach der Spaltung im März 1922 Austritt aus der KAPD; seit 1921 Arbeit als Journalist und Wirtschaftsschriftsteller; von 1928 bis 1933 Pressechef der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung; April 1933 Schutzhaft und Arbeit im Widerstandskreis der "Roten Kämpfer"; Herausgeber einer illegalen Zeitschrift, soziologische Kurse in Jugend-, Studenten- und Arbeitergruppen; 1936 Verhaftung aufgrund seiner Widerstandstätigkeit und 1937 vom Volksgerichtshof zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt; nach verschiedenen Zuchthäusern und Konzentrationslagern am 12. 11. 1943 angeblich an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben. (Leber, Annedore (Hrg.), Das Gewissen entscheidet, p. 130 ff; Ergänzungen).

Souchy, Augustin; geb. 1892 in Ratibor (Oberschlesien); wurde im Winter 1911/12 von einem ehemaligen Mitarbeiter an Mosts "Freiheit" für den Anarchismus gewonnen; Tätigkeit im Rahmen von Landauers "Sozialistischem Bund" in Berlin; 1915 Emigration nach Schweden, dort publizistische Arbeiten in der syndikalistischen Bewegung; 1919 Rückkehr nach Deutschland und neben Rocker führender Intellektueller der FAUD; von 1919 bis 1933 ständiger Mitarbeiter und mehrjähriger Redakteur des FAUD-Verbandsorgans "Der Syndikalist"; April bis Oktober 1920 Rußlandreise; inoffizieller Vertreter der deutschen Syndikalistinnen auf dem 2. Weltkongreß der Komintern; 1922 einer der drei Sekretäre der syndikalistischen Internationale (IAA); 1933 Flucht nach Frankreich, 1936 nach Barcelona bis zum Ende des spanischen Bürgerkrieges (1939); im Auftrage der spanischen CNT Reisen in ganz Europa; Leiter der Abteilung für die syndikalistische Propaganda im Ausland; nach Niederschlagung des republikanischen Spanien bis 1942 in Frankreich; dann nach Mexiko und dort achtjährige Tätigkeit für die syndikalistische und anarchistische Bewegung; Reisen in alle Länder Lateinamerikas und in die USA; 1950 Rückkehr nach Europa; Tätigkeit als Experte für Arbeiterbildung im Auftrage des "Internationalen Bundes freier Gewerkschaften" und des "Internationalen Arbeitsamtes" (Genf) in Madagaskar, Jamaica, Honduras und Äthiopien.

(Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 406 ff; Ergänzungen durch Brief Augustin Souchys an den Verfasser vom 3. 8. 1964).

Utzelmann, Peter; geb. 1894 in Berlin; Volksschulbildung und Tischlerlehre; 1908 organisiert in der Arbeiterjugend und seit 1912 in der SPD; 1915

Kriegsmarine und am 3. 11. 1918 Teilnehmer am Matrosenaufstand in Kiel; ab 15. November bei der Volksmarine-Division in Berlin; im Januar 1919 Teilnahme an der linksradikalen Insurrektion in Berlin; seit 1918 "Spartakus"-Bund, dann linke Opposition in der KPD(S) und 1920 Gründungsmitglied der KAPD; Mitorganisator der linksradikalen Aktionen zur Abwehr des Kapp-Putsches und seit April 1920 in Mitteldeutschland zum Aufbau der KAP und AAU; in der März-Aktion 1921 unter dem Pseudonym Kempin organisatorischer Leiter der KAP im Aufstand der Leunawerke; im Juni (1921) Hochverrats-Prozeß in Halle und lebenslängliche Zuchthausstrafe; 1923 amnestiert und Austritt aus der KAP; 1928 Rückkehr in die SPD und beteiligt am Aufbau der illegalen "Roten Kämpfer"; Ende 1932 Ausschluß aus der SPD und 1936 wegen Widerstandstätigkeit verhaftet und viereinhalb Jahre Zuchthaus; 1945 politischer Redakteur beim Berliner Rundfunk, 1948/49 Hauptdirektor der Holzindustrie; 1949/50 Flucht nach West-Berlin; lebt in West-Berlin. (Brief von Herrn Utzelmann an den Verfasser vom 6. 10. 1967; Ergänzungen).

Vogeler, Heinrich; geb. am 12. 12. 1872 in Bremen als Sohn eines wohlhabenden Eisenhändlers; Ausbildung an der Düsseldorfer Kunstakademie zum Maler und Architekten; vor dem ersten Weltkrieg Studienaufenthalte in Flandern, Paris, Rom, Florenz, München; seit 1894 in der Künstlerkolonie Worpswede bei Bremen tätig; vor 1914 anerkannt und beliebt als Maler schwermütiger Moorlandschaften; 1914 aus Einsamkeits-Motiv Kriegsfreiwilliger; Politisierung durch Kriegserlebnis und 1917 Bekanntschaft mit bolschewistischer Frontpropaganda; nach Absendung eines Briefes im Legendenstil an den Kaiser und an die Oberste Heeresleitung mit Aufforderung zur Beendigung des Krieges im Januar 1918 zwei Monate Nervenheilstalt; seit Mitte 1918 wieder auf seinem Gut Barkenhoff in Worpswede und Bekanntschaft mit Johann Knief von den ISD; im November 1918 in den Bremer Arbeiter- und Soldaten-Rat gewählt; 1919 agitatorisch tätig in der linkskommunistischen Opposition; sein Gut Barkenhoff wurde Arbeitskommune, Schulungsstätte und Zuflucht für verfolgte Revolutionäre; syndikalistische und unionistische Agitationstätigkeit bis 1922; Mitbegründer der AAUD; 1923/24 in Moskau und 1924 Übertritt zur KPD; in deren Namen Vortragstätigkeit über die UdSSR in Deutschland; 1931 wieder nach Rußland auf Einladung der Regierung und Tätigkeit als Experte für Bauwesen in Karelien, Aserbeidshan, Odessa und Moskau; künstlerische Produktion in der Art des sozialistischen Realismus; Verfasser von politischen Agitationsbroschüren, lyrischen Schriften und Reiseberichten; starb am 14. 6. 1942 in Kasachstan.

(Erich Weinert, Vorwort zu: Heinrich Vogeler, Erinnerungen, op. cit.; Ergänzungen).

Wendel, Friedrich; geb. am 12. 5. 1886 in Köslin (Pommern) als Sohn eines Tischlermeisters; Volksschulbildung und Buchdruckerlehre; 1907 zur SPD und während des ersten Weltkrieges "Spartakus"-Bund; in enger Zu-

sammenarbeit mit Karl Schröder tätig in der linken KPD(S)-Opposition in Berlin und Wortführer der Berliner Revolutionären Betriebsorganisationen; Gründungsmitglied der KAPD und Redakteur der KAZ; 1920 Sympathie mit dem nationalbolschewistischen Programm der Hamburger Richtung in der KAP und deswegen im Juni (1920) Entfernung aus der Redaktion der KAZ; am 13.8.1920 Austritt aus der KAPD und Rückkehr zur SPD; seit 1924 Leiter der sozialdemokratischen satirischen Wochenschrift "Der wahre Jacob"; Veröffentlichungen über die Geschichte der Karikatur; 1933 "innere Emigration", Versicherungstätigkeit und photographische Arbeiten; nach 1945 Leiter des städtischen Presseamtes in Kiel und Mitglied der SPD; starb am 8.3.1960 in Kiel.

(Osterroth, Franz, op. cit., p. 330 f; Ergänzungen).

Wolffheim, Fritz; Redakteur und politischer Schriftsteller; 1912/13 Redakteur des IWW-Organs "Vorwärts der Pacific-Küste" in San Francisco; 1913 Rückkehr nach Deutschland und Beginn der politischen Zusammenarbeit mit Heinrich Laufenberg; während des Krieges mit Laufenberg Führer der linksradikalen Opposition in Hamburg; führende Rolle in der Hamburger Revolution seit November 1918; Gründungsmitglied der KPD; auf dem 2. Parteitag der KPD(S) (20.-24.10.1919) mit Laufenberg Sprecher der linken Opposition in der Partei; unter dem Einfluß der amerikanischen IWW Mitinitiator der unionistischen Bewegung in Deutschland; trat nach dem 2. Parteitag der KPD(S) für deren Spaltung ein; seit Oktober 1919 mit Laufenberg nationalbolschewistischer Agitator in der linken Opposition der KPD(S); vom 2. Parteitag der KAPD (1.-4.8.1920) mit Laufenberg wegen seines Nationalbolschewismus ausgeschlossen; in diesem Sinne weiter tätig im Rahmen eines "Kommunistischen Bundes", dann einer "Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus" in Hamburg; bis zum Ende der Weimarer Republik dort weitere nationalbolschewistische Tätigkeit in kleinen Konventikeln; stand vermutlich mit dem Strasser-Flügel der NSDAP in Kontakt; starb nach 1936 im Konzentrationslager.

(Otto Ernst Schüddekopf, op. cit., p. 433; Ergänzungen).

BIBLIOGRAPHISCHER ANHANG

A. Schriftliche und mündliche Auskünfte und Hinweise

- Appel, Jan (Maastricht), Tonbandmitteilung von Anfang 1967.
- Brandler, Heinrich (Hamburg), Brief vom 24.7.1963; Brief vom 1.8.1964.
- De Santillán, Diego A. (Buenos Aires), Brief vom 30.8.1964.
- Freitag, Günther (Hamburg), Brief vom 10.2.1964.
- Huhn, Willy (Berlin), Brief vom 25.9.1963; Brief vom 17.10.1963; Brief vom 22.3.1964.
- Kief, Frits (Amsterdam), Interview vom 20.10.1965.
- Korper, Louis (Amsterdam), Brief vom 8.9.1965; Interview vom 14.10.1965; Interview vom 21.10.1965.
- Parlow, Friedrich (Berlin), Brief vom 5.3.1964.
- Reimers, Otto (Hamburg), Brief vom 22.1.1966; Brief vom 18.8.1966.
- Rüdiger, Helmut (Solna/Schweden), Brief vom 26.1.1966.
- Schmelzer, Wally (Berlin), Mitteilungen an Olaf Ihlau vom August 1965.
- Schotola, Josef (Ulm/Donau), Brief vom 23.7.1964; Brief vom 9.2.1966.
- Sijes, Bernhard (Amsterdam), Interview vom 26.10.1965.
- Souchy, Augustin (Garmisch-Partenkirchen), Brief vom 3.8.1964.
- Utzelmann, Peter (Berlin), Tonbandmitteilung vom Dezember 1966; Brief vom 10.8.1967; Brief vom 6.10.1967.
- Weigl, Hans (München), Brief vom 24.2.1964; Brief vom 2.8.1964.
- Weiland, Alfred (Berlin), Brief vom 14.8.1967; Brief vom 15.10.1967.

B. Archivalien und Nachlässe

Internationales Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam)

Anarchismus-Archiv:

Nachlaß Dr. Max Nettlau:

Geschichte des Anarchismus von 1890 bis 1914, unvollendetes handgeschriebenes Manuskript, 2 Mappen: K IV - V, p. 76 - 131; K VI - VII, p. 132 - 199 F.

Nachlaß Rudolf Rocker:

Memoiren, 3 Bde., maschinenschriftliches Manuskript*,

I. Bd. Die Jugend eines Rebellen, 612 Seiten;

II. Bd. In Sturm und Drang, 831 Seiten;

III. Bd. Revolution und Rückfall in die Barbarei, 716 Seiten.

Biographie von Fritz Kater, maschinenschriftliches Manuskript, 18 Seiten**

Korrespondenz Dr. Raphael Friedeberg - Dr. Max Nettlau, 2 Map-
pen.

Korrespondenz Fritz Kater - Dr. Max Nettlau, 4 Mappen.

Korrespondenz Rudolf Rocker - Dr. Max Nettlau, 6 Mappen.

Archiv für Rätebewegung:

Mappe 47 bis 100 : Ausländische Korrespondenz.

Mappe 218 bis 243 : KAPD, AAUD, AAUE, KAJ, KAI.

Bundesarchiv (Koblenz):

Generalakten des Justizministeriums : 135 / 214 P; 135 / 8466P; 135 / 8472
P; 135 / 8476 P.

Reichssicherheitshauptamt : R 58 / 530; R 58 / 321; R 58 / 552; R 58 / 607;
R 58 / 763.

Reichskanzlei : R 431 / 2665 - 2667; R 431 / 2669 - 2670.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (Zweigarchiv Kalkum):

Regierung Düsseldorf, Politische Akten 1914 - 1932:

Bergarbeiterstreiks 1918 - 1920 : 15032 - 15033

Allgemeine Arbeiter-Union 1921 - 1922 : 15 536

Bergarbeiterbewegung, Generalia 1920/22 : 15 554

Föderation der Kommunistischen Anarchisten 1921/22 : 15 626

Freie Arbeiter-Union (Syndikalisten) 1921/22 : 15 630

Kommunistische Arbeiter-Jugend 1921/22 : 15 680

Kommunistische Arbeiter Partei 1921/22 : 15 681

Rote Armee : 15 785 / 786

*) Der dritte Band der Memoiren, die Zeit von 1918 bis 1933 umfassend, ist in spanischer, jiddischer und englischer Übersetzung veröffentlicht worden, im Deutschen unveröffentlicht. (Mitteilungen von Diego A. de Santillán, Buenos Aires, vom 30. 8. 1964 und Hans Weigl, München, vom 2. 8. 1964).

**) Die Biographie wurde in spanischer Übersetzung von Diego A. de Santillán in Buenos Aires veröffentlicht. (Mitteilung Diego A. Santillán vom 30. 8. 1964).

Syndikalisten 1920 - 1922 : 15 809

Union der Hand- und Kopfarbeiter 1921/22 : 15 821

Carl Windhoff (Syndikalist) : 15 849

Mülheim - Ruhr 1920 - 1922 : 15 434

C. Protokolle

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Halle an der Saale vom 12.-18. Oktober 1890, Berlin 1890.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Erfurt vom 14.-20. Oktober 1891, Berlin 1891.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Bremen vom 18.-24. September 1904, Berlin 1904.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Jena vom 17.-23. September 1905, Berlin 1905.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Mannheim vom 23.-29. September 1906, Berlin 1906.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Essen vom 15.-21. September 1907, Berlin 1907.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Nürnberg vom 13.-19. September 1908, Berlin 1908.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Jena vom 14.-20. September 1913, Berlin 1913.

Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitages der USPD vom 6.-8. April 1917 in Gotha, herausgegeben von Emil Eichhorn, Berlin 1921.

Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, o.O. o.J. (Berlin 1919).

Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919, o.O. o.J.

Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 25. und 26. Februar 1920, o.O. o.J.

Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 14. und 15. April 1920, o.O. o.J.

Bericht über den 5. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) vom 1.-3. November 1920 in Berlin, Berlin 1921.

Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei vom 1.-4. August 1920, unveröffentlichtes masch. schr. Manuskript.

Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August in Moskau, o.O. (Hamburg) 1921.

Protokoll des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), o.O. (Hamburg) 1921.

D. Broschüren, Flugschriften und Schriften

An die Mitglieder der KAPD. Offener Brief des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale, o.O. 1921.

Arbeiterführer als Verräter. Dokumente aus der Kriegszeit. Aus den Akten der Kriegsamtsstelle Leipzig, Leipzig 1919.

Arschinoff, P., Geschichte der Machno-Bewegung 1918-1921 mit einem Vorwort von Wollin, Berlin o.J. (1923).

Aufbau und Satzungen der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands, Berlin 1921.

Bab, Julius, Gustav Landauer, Gedächtnisrede, Berlin 1919.

Baginski, Max, Syndikalismus, lebendige, keine toten Gewerkschaften, Berlin 1920.

Bartels, Arthur, Ablösung vor! Von den Gewerkschaften zur Union! Eine Klarstellung der Ziele der deutschen unionistischen Bewegung! Hrgg. von der Freien Arbeiter-Union, Gelsenkirchen, Gelsenkirchen 1920.

Barwich, Franz, Die Irrlehre des Marxismus, Berlin 1920.

Barwich, Franz, Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus, Berlin 1923.

Barwich, Franz, Der kommunistische Aufbau des Syndikalismus im Gegensatz zum Parteikommunismus und Staatskommunismus, der Rätegedanke von unten auf, Berlin 1923.

Becker, Karl, Der Kampf um die Allgemeine Arbeiter-Union, Bremen o.J. (1919).

Bergmann, Ludwig, Max Hölz. Seine gesamte Biographie und die wahren Vorgänge bei seiner Verhaftung. Nach einem von ihm selbst geschriebenen Lebenslauf, Berlin 1921. X

Berkmann, Alexander, Die Kronstadt-Rebellion, Berlin 1923 (Kater-Verlag). X

Biermann, W.E., Anarchismus und Kommunismus, Leipzig 1906.

Borchardt, Julian, Vor und nach dem 4. August 1914. Hat die deutsche Sozialdemokratie abgedankt? Berlin 1915.

Borchardt, Julian, Friede, Freiheit, Brot und parlamentarisches System, Leipzig 1917.

Borchardt, Julian, Ich und der U-Boot-Krieg. Ein Wort der Abwehr, Berlin 1917.

Borchardt, Julian, Revolutionshoffnungen, Berlin 1917.

Borchardt, Julian, Demokratie und Freiheit. Eine Untersuchung über das parlamentarische System und seine Wirkung in den westlichen Kulturstaaten, Berlin 1918.

Borchardt, Julian, Der kommunistische Aufbau, Berlin 1919.

Borchardt, Julian, Die Diktatur des Proletariats, Berlin 1919.

Borchardt, Julian, Kassandrarufe! Heraus aus Not und Tod!, Berlin 1919.

Brandler, Heinrich, Betriebsräte und politische Arbeiterräte. Nebst Anhang: Leitsätze über die Aufgaben der Betriebsräte und Leitsätze für die politischen Arbeiterräte, Berlin 1920.

Brandler, Heinrich, Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen, Berlin 1920.

Brandler, Heinrich, War die Märzaktion ein Bakunisten-Putsch?, Berlin - Leipzig 1921.

Brandt, F., Syndikalismus und Kommunismus, Berlin 1919.

Braun, M.J., Gewerkschaft, Partei und Arbeiterrat (Beitrag zur Beurteilung des Syndikalismus), in: "Die Internationale, eine Wochenschrift für Praxis und Theorie des Marxismus", 1. Jg. (1919), Heft 5/6, p. 6 ff.

Braun, M.J., Die Lehren des Kapp-Putsches. (Separatdruck aus "Internationale" Nr. 23), Leipzig 1920.

Broh, James, Entwurf eines Aktionsprogramms der USP verfaßt im Auftrage der Politischen Kommission des Aktionsrates Charlottenburg, sowie Kritik des Aktionsprogramms, Berlin 1920.

Broh, James, Eine königliche Republik, Eine Verteidigungsrede, o.O., o.J.

Brupbacher, Fritz, Marx und Bakunin, Berlin 1923.

Bucharin, Programm der Kommunisten, Hamburg o.J. (1919).

Dannenber, Karl, Karl Marx, the man and his work and the constructive elements of socialism, New York 1918.

Dannenber, Karl, Warum Allgemeine Arbeiter-Union? Braunschweig 1919.

Dannenber, Karl, Der Weg zur Macht, Braunschweig o.J.

Dannenber, Karl, Unsere Mission. Die geschichtliche Bedeutung der Räteschule in der Entwicklung der revolutionären Klassenbewegung, Braunschweig o.J.

Das Exekutivkomitee der III. Internationale und die KAPD, Berlin o.J.

Das Leunawerk, Lehren aus der Märzaktion, Berlin 1921.

Debs, Eugene V., Der Sozialistische Industrie-Unionismus, aus dem Englischen übertragen und umgearbeitet von Karl Dannenberg, Hoboken N. Y. 1920 (WIIU).

De Leon, Daniel, Die Prinzipienklärung der IWW, aus dem Englischen übertragen und mit Einleitung und Anhang versehen von Karl Dannenberg, Braunschweig, New York, Mansfield 1920.

De Ligt, B., Anarchismus und Revolution, Berlin o.J. (1922).

Der Weg des Dr. Levi, der Weg der VKPD, Organisationsausgabe, herausgegeben von der KAPD, o.O., o.J. (1921).

Die Allgemeine Arbeiter-Union (revolutionäre Betriebsorganisationen), herausgegeben vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, Berlin 1921.

Die Allgemeine Arbeiter-Union (Die Revolutionäre Betriebsorganisation), herausgegeben von der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands, Berlin 1923.

Die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisationen), herausgegeben von der Allgemeinen Arbeiter-Union Wirtschaftsbezirk Berlin - Brandenburg, Berlin 1923.

Die AAUE. Was sie ist und was sie will. Verlag "Proletarische Revolution." o.O. 1927.

Die Gewerkschaften, der Rettungsanker des Kapitalismus, Flugschrift der KAPD, Berlin o.J.

Die Hauptfragen der revolutionären Taktik. Leitsätze der KAPD vorgelegt dem III. Moskauer Kongreß, Flugschrift der KAPD, Berlin o.J.

Die Kommunistische - Arbeiter - Internationale. Räte - Internationale oder Führer - Internationale? Berlin o.J.

Die KPD im eigenen Spiegel, aus der Geschichte der KPD und der III. Internationale, Herausgeber: KAPD, Wirtschaftsbezirk Berlin - Brandenburg, Berlin 1926.

Die Moskauer Internationale, Flugschrift der KAPD, Berlin o.J.

Die Politik der VKPD, Flugschrift der KAPD, Berlin o.J.

Die Sowjetregierung und die III. Internationale im Schlepptau der internationalen Bourgeoisie, KAPD, Berlin 1921.

Einheitsorganisation oder politische Organisation und Union?, Flugschrift der KAPD, Berlin o.J.

Engels, Friedrich, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Berlin 1964.

Flugschrift zur Aufklärung der Mitglieder der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften, Berlin 1907.

Friedeberg, Raphael, Parlamentarismus und Generalstreik, Berlin 1904.

Frölich, Paul, Der Weg zum Sozialismus, Hamburg 1919 (KAZ - Verlag).

Frölich, Paul, Die syndikalistische Krankheit, Sonderabdruck aus "Die Internationale" (dort nicht erschienen), o.O., o.J. (1919).

Frölich, Paul, Wider den weißen Mord, Berlin 1922.

Frölich, Paul, Verbrechen an den Eisenbahnern. Der Februar - Streik und seine Lehren kommunistisch beleuchtet, Berlin o.J.

Gallert, Otto, Der Hitlerprozeß. Der Prozeß der deutschen Republik, Berlin o.J. (KAPD).

Geist, Rudolf, Vom Manifest zum Gesetz, Frankfurt a.M. o.J. (AAUE). X

Generalstreik! Die Deutsche Arbeiterbewegung und der Klassenkampf. (Freier Arbeiter - Verlag) Berlin 1905.

Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter - Union? Reform oder Revolution? Berlin o.J. (1920).

Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter - Union? Reform oder Revolution? Berlin o.J. (1924).

Goldmann, Emma, Die Ursachen des Niedergangs der Russischen Revolution, mit Vorwort von Rudolf Rocker, Berlin 1922.

Goldstein, Arthur, Nation und Internationale, eine kritische Auseinandersetzung mit dem Hamburger Kommunismus, Berlin 1920 (KAPD).

Gorter, Herman, Der historische Materialismus, für Arbeiter erklärt, Stuttgart 1909.

Gorter, Herman, Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie, Amsterdam 1915 (SDP).

Gorter, Herman, Die Weltrevolution, Amsterdam 1918.

Gorter, Herman, Die Klassenkampforganisation des Proletariats, Berlin o.J. (1920) (KAPD).

Gorter, Herman, Offener Brief an den Genossen Lenin, eine Antwort auf Lenins Broschüre : Der Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus, Berlin o.J. (1921).

Gorter, Herman, Die Notwendigkeit der Wiedervereinigung der Kommunistischen Arbeiter - Partei Deutschlands, o.O., o.J. (1922).

Gorter, Herman, Die Kommunistische Arbeiter - Internationale, Berlin 1923.

Gorter, Herman, Die Moskauer Internationale, o.O., o.J. (KAPD).

Guttmann, Ketty, Los von Moskau, Hamburg o.J. (1923) (AAUE).

X Hölz, Max, Anklagerede gegen die bürgerliche Gesellschaft. Gehalten vor dem Moabiter Sondergericht am 22. Juni 1921 in Berlin, Berlin 1921.

X Hölz, Max, Briefe aus dem Zuchthaus. Herausgegeben und mit einem Nachwort von E. E. Kisch, Berlin 1927.

X Hölz, Max, Aus meinem Leben (Einziger wortgetreuer, vom Verfasser autorisierter Druck nach dem Manuskript). Vor der Sonderjustiz (Prozeßbericht; Reden der Verteidiger und ungekürzte Schlußrede von Max Hölz), Berlin o.J. (Aktions-Verlag).

Horner, Karl, Sozialdemokratie und Kommunismus, Hamburg 1920.

Internationale Sozialisten Deutschlands. Die Minderheit des 21. Dezember 1915, Berlin 1916.

Jung, Franz, Opferung, Roman, Berlin 1916 (Aktions-Verlag).

Jung, Franz, Reise in Rußland, Berlin o.J. (1920) (KAPD).

Jung, Franz, Die Rote Woche, ein Proletarier-Roman, Berlin 1921.

Jung, Franz, Die Technik des Glücks, Berlin 1921.

Jung, Franz, Proletarier. Erzählung, Berlin 1921.

Jung, Franz, An die Arbeitsfront nach Sowjetrußland. Zum Produktionskampf der Klassen. Berlin 1922.

Kampfgesang. Proletarische Freiheitslieder. Berlin 1921 (KAPD).

Kater, Fritz, Wie sollen wir uns organisieren? Berlin 1898.

Kater, Fritz, Programm der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und die Resolution betreffend Streiks und Aussperrungen nebst Begründung, Berlin 1908.

Kater, Fritz, Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften, eine kurze Geschichte der deutschen sozial - revolutionären Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1912.

Kater, Fritz, Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1920.

Kleinlein, Andreas, Der Syndikalismus in Deutschland, Brüssel 1912.

Kollontai, Alexandra, Die Arbeiter - Opposition in Rußland, Berlin o.J. (KAPD).

Korsch, Karl, Was ist Sozialisierung? Ein Programm des praktischen Sozialismus, o.O. 1919.

Kotte, Emil, Ist die Gewerkschaft noch Klassenkampf-Waffe? Dresden 1923 (AAUE).

Kritik an den Waffen. Eine Betrachtung über wirtschaftliche und politische Arbeiterorganisationen, ihr Wesen, ihre Rolle im proletarischen Klassenkampf, Hrsg. Allgemeine Arbeiter - Union, Bezirk Mitteldeutschland, Organisationsausgabe (maschinenschriftlich vervielfältigt), Leipzig/Chemnitz 1931.

Kropotkin, Peter, Die französische Revolution, Leipzig 1909.

Kropotkin, Peter, Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Pflanzenwelt, Leipzig 1918.

Kropotkin, Peter, Die Eroberung des Brotes, Wohlstand für alle, mit einem Vorwort von Rudolf Rocker, Berlin 1919.

- Kropotkin, Peter, Die historische Rolle des Staates, Berlin 1920 (Kater - Verlag).
- Kropotkin, Peter, Die Entwicklung der anarchistischen Ideen, Berlin 1921.
- Kropotkin, Peter, Gesetz und Autorität, Berlin 1921 (Kater-Verlag).
- Kropotkin, Peter, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Berlin 1921 (Kater - Verlag).
- Kropotkin, Peter, Syndikalismus und Anarchismus, Berlin 1921.
- Kropotkin, Peter, Ethik, Bd. I., Ursprung und Entwicklung der Sittlichkeit, Berlin 1923.
- Kropotkin, Peter, Kommunismus und Anarchismus, Berlin o. J.
- Lachmann, Benedict, Was ist Sozialismus? Frankfurt/M. 1919.
- Lachmann, Benedict, Protagoras, Nietzsche, Stirner, Platz dem Egoismus, Berlin 1923.
- Landauer, Gustav, Die Revolution, Frankfurt/M. 1907.
- Landauer, Gustav, Brief an die Kommunistischen Anarchisten, Berlin 1910.
- Landauer, Gustav, Revolution, Nation und Krieg, o. O. 1912.
- Landauer, Gustav, Aufruf zum Sozialismus, Berlin 1920.
- Lange, Paul, Die Politik der Gewerkschaftsführer von 1914 bis 1919, Berlin 1919.
- Laufenberg, Heinrich, Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein? Düsseldorf 1905.
- Laufenberg, Heinrich, Lug und Trug, oder: Christliche Reaktion und christliches Geschäft, ein Vademecum für Kaplan Kaiser zu Viersen, Düsseldorf 1906.
- Laufenberg, Heinrich, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend, Hamburg 1911, 2 Bde.
- Laufenberg, Heinrich, Der politische Streik, Hamburg 1914.
- Laufenberg, Heinrich / Wolffheim, Fritz, Imperialismus und Demokratie. Ein Wort zum Weltkrieg, Hamburg 1914.
- Laufenberg, Heinrich / Wolffheim, Fritz, Demokratie und Organisation, Grundlinien proletarischer Politik, Hamburg 1915.
- Laufenberg, Heinrich / Wolffheim, Fritz / Herz, Carl, Organisation, Krieg und Kritik, Dokumente zu den Hamburger Parteidebatten, Hamburg o. J. (1915).

- Laufenberg, Heinrich, Anarchismus, Syndikalismus und Kommunismus, Hamburg o. J. (1919).
- Laufenberg, Heinrich, Arbeiterklasse und Staatsgewalt, Hamburg 1919.
- Laufenberg, Heinrich, Die Hamburger Revolution, Hamburg 1919.
- Laufenberg, Heinrich, Karl Liebknecht zum Gedächtnis, Hamburg 1919.
- Laufenberg, Heinrich, Massen und Führer, Hamburg o. J. (1919).
- Laufenberg, Heinrich, Rede über die Lage und die Politik des Arbeiter- und Soldatenrates in der Vollversammlung des Groß - Arbeiterrates am 30. November 1918, Hamburg o. J.
- Laufenberg, Heinrich, Was ist Sozialisierung? Hamburg o. J. (1919).
- Laufenberg, Heinrich / Wolffheim, Fritz, Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg? Erste kommunistische Adresse an das deutsche Proletariat, Hamburg 1919.
- Laufenberg, Heinrich, Zwischen der ersten und der zweiten Revolution, Hamburg 1919.
- Laufenberg, Heinrich / Wolffheim, Fritz, Kommunismus und Spartakismus, eine reinliche Scheidung, Hamburg 1920.
- Laufenberg, Heinrich / Wolffheim, Fritz, Moskau und die deutsche Revolution. Eine kritische Erledigung der bolschewistischen Methoden, Hamburg o. J. (1920).
- Laufenberg, Heinrich / Wolffheim, Fritz, Nation und Arbeiterklasse, Hamburg o. J. (1920).
- Lenin, W. I., Staat und Revolution, die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, Berlin 1918 (Aktions-Verlag).
- Lenin, W. I., Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution (in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Berlin 1963, Bd. II, p. 315 ff).
- Lenin, W. I., Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus, 1920 (in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Berlin 1963, Bd. III, p. 389 ff).
- Levi, Paul, Unser Weg - Wider den Putschismus, Berlin 1921.
- Levi, Paul, Was ist das Verbrechen?, Berlin 1921.
- Liebknecht, Karl, Das Zuchthausurteil. Wörtliche Wiedergabe der Prozeßakten, Urteile und der Eingaben Karl Liebknechts, Berlin 1919 (Aktions-Verlag).

- Liebknrecht, Karl, Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß. Geschrieben in den Jahren 1917-1918. Unter Mitarbeit von Sophie Liebknrecht herausgegeben, mit einem Vorwort und mit Anmerkungen versehen von Franz Pfemfert, Berlin 1921 (Aktions-Verlag).
- Liebknrecht, Karl, Klassenkampf gegen den Krieg, Anhang I : Betrachtungen aus "großer Zeit" geschrieben von K. Liebknrecht im Berliner Untersuchungsgefängnis Moabit 1916, Anhang II : Karl Radek, Liebknrecht zum Gedächtnis, Berlin o. J.
- Liebmann, Hermann, Die Politik der Generalkommission, ein Sündenregister der Zentralverbände der Freien Gewerkschaften Deutschlands und ein Wegweiser für die Zukunft, Leipzig 1919.
- Lindemann, Otto, Das revolutionäre Heer. Mit geschichtlich-politischen Ergänzungen herausgegeben von Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim, Hamburg 1920.
- Losowsky, Aufgaben und Taktik der Roten Gewerkschafts-Internationale, Berlin 1921.
- Luxemburg, Rosa, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: "Die Neue Zeit", 22. Jg. (1904) Bd. 2, p. 484 - 492 und 529 - 535.
- Luxemburg, Rosa, Die Akkumulation des Kapitals, ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin 1913.
- Luxemburg, Rosa, Die Krisis der Sozialdemokratie, Anhang : Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie, Bern 1916.
- Luxemburg, Rosa, Was will der Spartakusbund? Berlin 1918.
- Luxemburg, Rosa, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Leipzig 1919.
- Luxemburg, Rosa, Die Russische Revolution, eingeleitet und herausgegeben von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/M. 1963.
- Mann der Arbeit aufgewacht! Und erkenne deine Macht! Hrg. Agitationskomitee der "Freien Vereinigung" in Rheinland und Westfalen, Düsseldorf 1910.
- Massenaktion. Kommunistische Arbeiter - Union, Berlin 1933.
- Menzel, Revolutionäre Betriebsorganisation und Allgemeine Arbeiter - Union, Dresden 1919.
- Michels, Robert, Die deutsche Sozialdemokratie, 1. Parteimitgliedschaft und Zusammensetzung, in: "Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik", XXIII. Jg. (1906), p. 471 ff.

- Michels, Robert, Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbandsverbande. Eine kritische Untersuchung, in: "Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik", XXV. Jg. (1907), p. 148 ff.
- Michels, Robert / Lagardelle, Hubert / Labriola, Antonio, Syndicalisme et Socialisme, Paris 1908.
- Minck, Friedrich M., Räte - Sozialismus. Seine ökonomischen und gesellschaftlichen Faktoren, Berlin 1920.
- Minck, Friedrich M., Räte - Rußlands Not. Erlebnisse und Erkenntnisse während meiner 8-monatigen Forschungsreise in Sowjetrußland (September 1920 - April 1921), Berlin 1921.
- Minck, Friedrich M., Wirtschaftssozialismus. Mit zwei Plänen, Berlin o. J.
- Möller, Werner, Krieg und Kampf, Chemnitz 1920.
- Most, John, Die Gottespest, Hamburg 1919.
- Most, John, Für die Einheitsfront des revolutionären Proletariats, mit Geleitworten von Rudolf Rocker und Franz Pfemfert, Berlin 1921 (Aktions - Verlag).
- Most, John, Revolutionäre Kriegswissenschaft, ein Handbüchlein zur Anleitung betreffend Gebrauchs und Herstellung von Nitro - Glycerin, Dynamit, Schießbaumwolle, Knallquecksilber, Bomben, Brandsätzen, Giften usw., o. O. 1923 (maschinenschriftlich vervielfältigt).
- Mühsam, Erich, Die Einigung des revolutionären Proletariats, o. O. 1920.
- Mühsam, Erich, Alarm. Manifeste aus 20 Jahren, Berlin 1925.
- Mühsam, Erich, Gerechtigkeit für Max Hölz, Berlin 1926.
- Müller, Hans, Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie, Zürich 1892.
- Nettlau, Max, Verantwortlichkeit und Solidarität im Klassenkampf. Ihre gegenwärtigen Grenzen und möglichen Ausdehnungen, Berlin 1922 (Kater-Verlag).
- Nettlau, Max, Sabotage, Berlin 1923 (Kater - Verlag).
- Nieder mit dem bürgerlichen Parlament! Alle Macht den Räten! Berlin 1924 (KAPD / AAUD).
- Nieuwenhuis, Domela F., Les divers courants de la Démocratie Socialiste Allemande, Brüssel 1892.
- Nieuwenhuis, Domela F., Le socialisme en danger, Paris 1895.

- Oerter, Fritz, Die freie Liebe, Berlin 1920 (Kater-Verlag).
- Oerter, Fritz, Gewalt oder Gewaltlosigkeit, Wien 1920.
- Oerter, Fritz, Grundlagen für ein neues Leben, Wien 1920.
- Oerter, Fritz, Was wollen die Syndikalisten? Berlin 1920 (Kater - Verlag).
- Oerter, Fritz, Herren und Knechte, Berlin o. J.
- Oerter, Fritz, Nacktheit und Anarchismus, Berlin o. J.
- Pannekoek, Anton, Klassenwissenschaft und Philosophie, in: "Die Neue Zeit", 23. Jg. (1905), p. 604 - 610.
- Pannekoek, Anton, Ethik und Sozialismus. Umwälzungen im Zukunftsstaat. 2 Vorträge gehalten für die sozialdemokratischen Vereine im 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreis, Leipzig 1906.
- Pannekoek, Anton, Religion und Sozialismus, Bremen 1906.
- Pannekoek, Anton, Der Kampf der Arbeiter. 7 Aufsätze aus der Leipziger Volkszeitung, Leipzig 1907.
- Pannekoek, Anton, Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1909.
- Pannekoek, Anton, Marxismus und Darwinismus, ein Vortrag, Leipzig 1909.
- Pannekoek, Anton, Die Machtmittel des Proletariats, Vortrag gehalten vor Stuttgarter Arbeitern, Oktober 1910, Stuttgart o. J.
- Pannekoek, Anton, Die Abschaffung des Eigentums, des Staates und der Religion, Vorträge gehalten im Oktober 1911 in Stuttgart, Stuttgart o. J.
- Pannekoek, Anton, Das Wesen unserer Gegenwartsforderungen, in: "Die Neue Zeit", 30. Jg. (1912) Bd. II, p. 810 - 817.
- Pannekoek, Anton, Klassenkampf und Nation, Reichenberg 1912.
- Pannekoek, Anton, Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik, in: "Die Neue Zeit", 31. Jg. (1912) Bd. II, p. 272 - 281, 365 - 373.
- Pannekoek, Anton, Massenaktion und Revolution, in: "Die Neue Zeit", 30. Jg. (1912) Bd. I, p. 541 - 550, 609 - 616.
- Pannekoek, Anton, Deckungsfrage und Imperialismus, in: "Die Neue Zeit", 32. Jg. (1913) Bd. I, p. 110 - 116.
- Pannekoek, Anton, Dietzgens Werk, in: "Die Neue Zeit", 31. Jg. (1913) Bd. I, p. 37 - 47.

- Pannekoek, Anton, Der Imperialismus und die Aufgaben des Proletariats, in: "Vorbote, Internationale Marxistische Rundschau", 1916, Nr. 1, p. 7 - 19.
- Pannekoek, Anton, Bolschewismus und Demokratie, Vortrag gehalten vor der Ortsgruppe Neumünster der Internationalen Kommunistischen Partei, Neumünster 1919.
- Pannekoek, Anton, Weltrevolution und kommunistische Taktik, Wien 1920.
- Pannekoek, Anton, Die neue Welt, o. O. o. J.
- Pannekoek, Anton, Die Westeuropäische Politik der III. Internationale, Berlin o. J. (Kleine Flugschriften der Kommunistischen Arbeiter - Partei Deutschlands, 3).
- Peter, Karl, Die Zersetzung des Weltkapitalismus, Berlin 1920 (Kater - Verlag).
- Pfemfert, Franz, Die Sozialdemokratie bis zum August 1914, Berlin 1918 (Aktions - Verlag).
- Pfemfert, Franz, Die Parteidiktatur der III. Internationale, Berlin 1920.
- Pfemfert, Franz / Rühle / Broh / Harden, Über die Märzkatastrophe 1921, Berlin 1921.
- Plättner, Karl, Das Fundament und die Organisierung der sozialen Revolution, Magdeburg 1919.
- Plättner, Karl, Propaganda der Tat ! Der organisierte rote Schrecken ! Kommunistische Parade - Armeen oder organisierter Bandenkampf im Bürgerkrieg, o. O. o. J. (1921).
- Plättner, Karl, Das Todesurteil. Moskau über Spartakus. Kronzeuge Radek als Verteidiger der KAPD, o. O. o. J.
- Plättner, Karl, Rühle im Dienste der Konterrevolution. Das ost-sächsische Sportkommunisten - Kartell, oder: Die revolutionäre Klassenkampfpartei, Hettstedt o. J.
- Plivier, Theodor, Anarchie, Dresden 1921.
- Plivier, Theodor, Weltwende (Gedichte), Berlin 1923.
- Programm der Kommunistischen Arbeiter - Partei Deutschlands, Berlin 1920.
- Programm der Kommunistischen Arbeiter - Partei Deutschlands, Berlin 1924.
- Radek, Karl, Die russische und die deutsche Revolution und die Weltlage. Begrüßungsrede an den Gründungsparteitag der KPD, Berlin o. J. (1919).

- Radek, Karl, Zur Taktik des Kommunismus, ein Schreiben an den Oktober - Parteitag der KPD, Berlin 1919 (KPD(S)).
- Radek, Karl, Anarchismus und Räteregierung, übersetzt und mit einem Vorwort versehen von Fritz Sturm, Hamburg 1919.
- Radek, Karl, Die Diktatur des Proletariats und die Kommunistische Partei, o.O. 1919 (KPD).
- Radek, Karl, Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat, Berlin 1919.
- Ramus, Pierre, Ein Brief über den Sozialistischen Bund, o.O. o.J.
- Ramus, Pierre, Generalstreik und direkte Aktion im proletarischen Klassenkampf. Mit einer besonderen Berücksichtigung des Großstreiks von Schweden und des deutschen Bergarbeiterstreiks zu Mansfeld, Berlin 1910.
- Ramus, Pierre, Die Irrlehre und Wissenschaftslosigkeit des Marxismus im Bereiche des Sozialismus, Wien 1919.
- Ramus, Pierre, Die Neuschöpfung der Gesellschaft durch den kommunistischen Anarchismus, Wien 1921.
- Ramus, Pierre, Das anarchistische Manifest, Wien 1922.
- Ramus, Pierre, Francisco Ferrer (10.1.1859 - 13.10.1909). Sein Leben und sein Werk. Nach authentischen Quellen und Materialien, Nürnberg 1929.
- Roche, Karl, Aus dem roten Sumpf, oder: Wie es in einem nicht ganz kleinen Zentralverband hergeht, Berlin 1909 (Kater-Verlag).
- Roche, Karl, Was wollen die Syndikalisten? Programm, Ziele und Wege der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Berlin 1919 (Kater-Verlag).
- Roche, Karl, Einheitslohn und Arbeitersolidarität, Berlin 1919.
- Roche, Karl, Organisierte direkte Aktion, Berlin 1919.
- Roche, Karl, Zwei Sozialisierungsfragen, Hamburg o.J. (1919).
- Roche, Karl, Der proletarische Ideenmensch, Berlin o.J. (Kater-Verlag).
- Roche, Karl, Demokratie oder Proletarische Diktatur? Ein Weckruf der Allgemeinen Arbeiter-Union, Hamburg o.J.
- Roche, Karl, Die Allgemeine Arbeiter-Union, Hamburg o.J.
- Rocker, Rudolf, Die Waffen nieder! Die Hämmer nieder! Berlin 1919.
- Rocker, Rudolf, Sozialdemokratie und Anarchismus, Berlin 1919.

- Rocker, Rudolf, Zur Geschichte der parlamentarischen Tätigkeit in der modernen Arbeiterbewegung, Berlin 1919.
- Rocker, Rudolf, Anarchismus und Organisation, Berlin o.J.
- Rocker, Rudolf, Prinzipienklärung des Syndikalismus, Berlin 1920.
- Rocker, Rudolf, Der Kampf ums tägliche Brot, Berlin o.J.
- Rocker, Rudolf, Der Bankrott des russischen Staatskommunismus, Berlin 1921.
- Rocker, Rudolf, Über das Wesen des Föderalismus im Gegensatz zum Zentralismus, Berlin 1923.
- Rocker, Rudolf, Die Sechs, Dichter und Rebellen, Berlin 1928. X
- Rocker, Rudolf, Zur Betrachtung der Lage in Deutschland. Die Möglichkeit einer freiheitlichen Bewegung, mit einem Vorwort von Helmut Rüdiger, New York 1947.
- Rocker, Rudolf, Die Entscheidung des Abendlandes, 2 Bde., Hamburg 1949.
- Rocker, Rudolf, Absolutistische Gedankengänge im Sozialismus, Darmstadt / Land o.J.
- Rocker, Rudolf, Milly Witkop - Rocker, Berkeley Hights 1956.
- Roland-Holst, Henriette, Joseph Dietzgens Philosophie gemeinverständlich erläutert in ihrer Bedeutung für das Proletariat, München 1910.
- Roller, Arnold, Die direkte Aktion (Revolutionäre Gewerkschaftstaktik), New York 1912.
- Rühle, Otto, Die Volksschule wie sie ist, Berlin 1909.
- Rühle, Otto, Die Volksschule wie sie sein sollte, Berlin 1911.
- Rühle, Otto, Grundfragen der Erziehung, Dietz - Verlag 1912.
- Rühle, Otto, Erziehung zum Sozialismus. Ein Manifest. Verlag Gesellschaft und Erziehung GMBH, Berlin 1919.
- Rühle, Otto, Der USP - Frieden ! o.O. o.J.
- Rühle, Otto, Das kommunistische Schulprogramm, Berlin 1920 (Aktions - Verlag).
- Rühle, Otto, Die Revolution ist keine Parteisache, Berlin 1920 (Aktions - Verlag).
- Rühle, Otto, Grundfragen der Organisation, Frankfurt/M. o.J. (1921) (AAUE).
- Rühle, Otto, Das proletarische Kind. Eine Monographie, München 1922.

Rühle, Otto, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, Dresden 1924.

Rühle, Otto, Karl Marx, Leben und Werk, Hellerau 1927.

Rühle, Otto, Die Revolutionen Europas, Dresden 1927.

Rühle, Otto, Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats. Vorwort von A. Lunatscharski, Berlin 1930.

Satzungen der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), Mitglied der Roten Gewerkschafts - Internationale, o.O. 1921.

Scharrer, Adam, Vaterlandslose Gesellen. Das erste Kriegsbuch eines Arbeiters, Wien 1930.

Schneider, Joseph, Die blutige Osterwoche im Mansfelder Land. Tatsachenmaterial aus der Märzaktion, Wien 1922.

Schröder, Karl / Wendel, Friedrich, Wesen und Ziele der Revolutionären Betriebsorganisation, Januar 1920 geschrieben im Auftrage der 22er Kommission der Betriebsobleute der Revolutionären Betriebsorganisation Groß - Berlin, Berlin o.J. (1920).

Schröder, Karl, Die revolutionäre Betriebsorganisation, Allgemeine Arbeiter - Union, Berlin 1920.

Schröder, Karl, Vom Werden der neuen Gesellschaft, Berlin o.J. (1920) (KAPD).

Schröder, Karl, Die Geschichte Jan Beeks (Erzählung), Berlin 1929.

Schumann, Georg, Die Enthüllungen zu den Märzkämpfen, Enthülltes und Verschwiegenes, Halle o.J. (1922).

Schumann, Georg, Max Hölz, der "gemeine Verbrecher", Material zu dem an Max Hölz verübten Justizmord, Halle - Merseburg 1923.

Seemann, Johannes, Der Steuerabzug vom Lohn, Berlin o.J. (KAPD).

Souchy, Augustin, Wie lebt der Arbeiter und Bauer in Rußland und in der Ukraine? Resultat einer Studienreise von April bis Oktober 1920, Berlin 1921.

Souchy, Augustin, Nacht über Spanien. Bürgerkrieg und Revolution in Spanien, Darmstadt o.J. (1948).

Sternheim, Carl, Die deutsche Revolution, Berlin o.J.

Struthahn, Arnold, Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der kommunistischen Partei, Berlin 1919.

Sturm, Fritz, Das Bolschewistische Rußland, Hamburg o.J. (1919).

Taktik und Organisation der Revolutionären Offensive: Die Lehre der Märzaktion, o.O. 1921.

Thalheimer, August / Radek, Karl, Gegen den Nationalbolschewismus, zwei Aufsätze, o.O. 1920 (KPD(S)).

Tobler, Max, Der revolutionäre Syndikalismus, Berlin 1920 (Aktions - Verlag).

Toller, Ernst, Die Deutsche Revolution, Rede gehalten vor Berliner Arbeitern am 8. November 1925, o.O. o.J.

Trautmann, W.E., Eine große Union. Die ökonomische Struktur der sozialistischen Gesellschaft, Braunschweig, o.J.

Trotzki, Leo, Wer leitet heute die Kommunistische Internationale? Eine Publikation des Verlages "Die Aktion" mit Lenins Testament im Anhang, Berlin 1930.

Tut Verständigung Not? Gegner jeglicher Vertreter-, Führer- und Räteysteme. Ortsgruppe Groß - Dresden, Dresden o.J. (AAUE).

Über Max Hölz, von Maximilian Harden, Max Hermann Neißer, Franz Pfemfert, R. Hausmann, Victor Fraenkel, H. Vogeler, Berlin 1921.

Unser Bakunin. Illustrierte Erinnerungsblätter zum 50. Todestag von Michael Bakunin, Berlin 1926 (Kater - Verlag).

Vogeler, Heinrich, Das neue Leben, ein kommunistisches Manifest, Hannover 1919.

Vogeler, Heinrich, Siedlungswesen und Arbeitsschule, Hannover 1919.

Vogeler, Heinrich, Proletkult. Kunst und Kultur in der kommunistischen Gesellschaft, Hannover 1920.

Vogeler, Heinrich, Die Arbeitsschule als Aufbauzelle der klassenlosen menschlichen Gesellschaft, Hamburg 1921.

Vogeler, Heinrich, Die Freiheit der Liebe in der kommunistischen Gesellschaft, Hamburg o.J.

Vogeler, Heinrich, Expressionismus. Eine Zeitstudie, Hamburg o.J.

Vogeler, Heinrich, Reise durch Rußland, Geburt des neuen Menschen, o.O. o.J.

Volksentscheid gegen Panzerkreuzer? Berlin o.J. (KAPD).

Von der Revolution zur Konterrevolution, Rußland bewaffnet die Reichswehr, o.O. o.J. (Berlin 1927), (KAPD).

Wählen oder nicht wählen? Nieder mit dem Parlament! Alle Macht den Räten! Berlin o.J. (KAPD/AAUD).

- Was will der Spartakusbund? Hrgg. von der KPD(S), o.O. 1919.
- Weltkrise und Klassenkampf, Flugschrift der KAPD, Berlin o.J.
- Wer betrügt die Massen?, Berlin 1929 (AAUE).
- Witkop-Rocker, Milly, Was will der syndikalistische Frauenbund?, Berlin 1922.
- Wolffheim, Fritz, Betriebsorganisation oder Gewerkschaften?, Hamburg o.J. (1919).
- Wolffheim, Fritz, Knechtschaft oder Revolution, Hamburg 1919.
- Zentralismus, Föderalismus und Räte, Flugschrift der KAPD, Berlin o.J.

E. Zeitschriften

- Arbeiter-Börse, Sozialrevolutionäres Organ der Freien Arbeiter-Union Süddeutschlands (Syndikalist), Mannheim 1. Jg. (1920).
- Arbeiterpolitik, Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus, Bremen 1. - 4. Jg. (1916 - 1919).
- × Besinnung und Aufbruch, Monatsschrift freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin 1. - 5. Jg. (1929 - 1933).
- Betriebs-Organisation, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union, Einheitsorganisation, Berlin 1. Jg. (1921).
- Der Freie Arbeiter, Publikationsorgan der Föderation der kommunistischen Anarchisten Deutschlands, Berlin 12. - 16. Jg. (1919 - 1923).
- Der Individualistische Anarchist, Berlin 1. Jg. (1919).
- Der Kämpfer, Organ der Kommunistischen Partei für die Industriegebiete Chemnitz und Zwickau, Chemnitz 1. - 3. Jg. (1918 - 1920).
- Der Kämpfer, Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund), Bezirk Groß-Berlin 1. Jg. (1919).
- Der Kampf, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen), Berlin 1. - 4. Jg. (1920 - 1923).
- Der Kampf, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands, Essen 1. - 3. Jg. (1922 - 1924).
- Der Kampf, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen) hrgg. vom Wirtschaftsbezirk Ost-Sachsen, o.O. 1. Jg. (1920).

- Der Kampf, Organ der AAUD, Bremen 2. Jg. (1920).
- Der Klassenkampf, Organ der KPD(S), Bezirk Groß-Leipzig, Bitterfeld 1. - 2. Jg. (1919 - 1920).
- Der Klassenkampf, Organ der AAU (Revolutionäre Betriebsorganisationen) Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen, Düsseldorf 1. - 5. Jg. (1920 - 1924).
- Der Kommunist, Flugzeitung der Internationalen Kommunisten Deutschlands, Bremen 1. Jg. (1918); (ab 1919: Der Kommunist, Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bremen 2. - 3. Jg. (1919 - 1920).
- Der Kommunist, Flugzeitung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Ostsachsen), Dresden 1. - 2. Jg. (1920 - 1921).
- Der Kommunistische Gewerkschafter, Wochenzeitung für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betriebsräten, Berlin 1. - 3. Jg. (1921 - 1923).
- Der Pionier, Unabhängiges sozialrevolutionäres Organ, Berlin 1. - 4. Jg. (1911 - 1914).
- Der Sozialist, Organ des Sozialistischen Bundes, Berlin 1. - 6. Jg. (1909 - 1914).
- Der Syndikalist, Organ für sozialrevolutionäre Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1. - 7. Jg. (1919 - 1925); (ab 1920: Der Syndikalist, Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalist)).
- Der Unionist, Für revolutionäre Theorie und Praxis, hrgg. von der AAUD, Berlin 1. Jg. (1931).
- Der Weltkampf, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands (Einheitsorganisation), Wirtschaftsbezirk Westsachsen, Zwickau 5. Jg. (1922).
- Die Aktion, Herausgegeben von Franz Pfemfert, Berlin-Wilmersdorf 1. - 20. Jg. (1911 - 1930).
- Die Einheitsfront, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Einheitsorganisation), Berlin 1. - 6. Jg. (1921 - 1926).
- Die Einigkeit, Organ der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Berlin 1. - 18. Jg. (1897 - 1914).
- Die Epoche, Kampforgan des Kommunistischen Rätebundes, Leipzig 1. - 2. Jg. (1923 - 1924).
- Die Freiheit, Organ der KPD(S) in Rheinland-Westfalen, Duisburg 2. - 3. Jg. (1919 - 1920).

Die Internationale, Eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, Berlin 1. - 5. Jg. (1915/19 - 1923).

Die Internationale, Organ der Internationalen Arbeiter-Assoziation, Berlin 1. - 3. Jg. (1924 - 1926).

Die Klassenfront, Organ der AAU-Opposition (Revolutionäre Betriebsorganisationen), o.O. 1.Jg. (1927).

Die Perspektive, Kampforgan der Union revolutionärer Betriebsorganisationen (proletarische Klassenorganisation), o.O. 2. Jg. (1924).

Die Proletarische Revolution, Organ für die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse, Hrg. AAUE Frankfurt/M. 2. - 7. Jg. (1927 - 1932).

Die Revolution, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands (Einheitsorganisation), Heidenau (Sachsen) 2. - 3. Jg. (1922 - 1923).

Die Rote Fahne, Zentralorgan des Spartakusbundes, Berlin 1. Jg. (1918); (ab 1919: Die Rote Fahne, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Berlin 2. - 5. Jg. (1919 - 1923).

Die Rote Gewerkschafts - Internationale, Mitteilungsblatt aller für den Zusammenschluß im Internationalen Rat der Fach- und Industrieverbände wirkenden Arbeiter und Angestellten, Berlin 1. Jg. (1921).

Die Schöpfung, sozialrevolutionäres Organ für das sozialistische Neuland, erste syndikalistische Tageszeitung für Rheinland-Westfalen, Düsseldorf 1. - 3. Jg. (1921 - 1923)

(ab April 1922 : Die Schöpfung, sozialrevolutionäres Organ für das sozialistische Neuland, Publikationsorgan der FAUD(S) Rheinland-Westfalens).

Erkenntnis und Befreiung, Organ des herrschaftslosen Sozialismus, Leitung Pierre Ramus, Klosterneuburg bei Wien 1. - 5. Jg. (1919 - 1923).

Fanal, Herausgeber: Erich Mühsam, Berlin 1. Jg. (1926/27).

Freie Arbeiter-Union, Organ der Schacht- und Betriebsorganisation der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen, Gelsenkirchen 1. - 3. Jg. (1919 - 1921).

Freie Arbeiter-Union, Organ der Schacht- und Betriebsorganisationen der Hand- und Kopfarbeiter. Wirtschaftsbezirk Mitteldeutschland, Borna 3. Jg. (1921).

Freiheit, Organ der KPD in Rheinland-Westfalen, Duisburg 2. - 3. Jg. (1919 - 1920).

Internationale Presse-Korrespondenz, Berlin 1. Jg. (1921) (KPD).

Kommunismus, Wochenschrift für Theorie und Praxis des revolutionären Marxismus, Wien 1. Jg. (1920).

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Wochenblatt der KAP Hamburger Richtung, Organ der KAP und der AAU Deutschlands, Hamburg 1. - 2. Jg. (1919 - 1920).

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, Berlin 1. - 5. Jg. (1920-1924).

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, hrgg. von der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Essen 1. - 3. Jg. (1922 - 1924).

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Organ der KAP Österreichs angeschlossen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale, o.O. 1. Jg. (1924).

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Organ der KAPD, Berlin-Lichtenberg 1.-3. Jg. (1931 - 1933).

Kommunistische Montagszeitung, Organ der KAPD, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, Berlin 1. - 2. Jg. (1920 - 1921).

Kommunistische-Räte-Korrespondenz, Hrg.: Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, o.O. 1. Jg. (1919).

Kommunistischer Arbeiter, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Opposition), Berlin 1. - 2. Jg. (1927 - 1928).

Lichtstrahlen, Monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter, hrgg. von Julian Borchardt, Berlin 1. - 5. Jg. (1913 - 1919).

Proletarier, Kommunistische Zeitschrift für revolutionären Klassenkampf, Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlin 1. - 3. Jg. (1924 - 1927).

Proletarier, Monatsschrift für Kommunismus, Berlin 1. - 3. Jg. (1920 - 1922).

Proletarischer Zeitgeist, Eine von Arbeitern für Arbeiter geschriebene Zeitung, hrgg. von der Arbeitsvereinigung Westsachsens, Zwickau (Verlag der AAUE) 2. - 3. Jg. (1923 - 1924).

Rote Jugend, Kampforgan der Kommunistischen Arbeiter-Jugend, Berlin 1. - 4. Jg. (1921 - 1924).

Soziale Revolution, Organ der deutschen Anarcho-Syndikalisten im Ausland, angeschlossen an die IAA, Paris/Stockholm 1934 (Januar 1934 - einzige Nummer).

Spartakusbriefe, hrgg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1958.

Union, Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter, Gelsenkirchen 1. - 4. Jg. (1921 - 1924).

Vorbote, Internationale Marxistische Rundschau, hrsg. von A. Pannekoek und H. Roland-Holst, Zürich/Bern 1. Jg. (1916).

F. Gedruckte Biographien und Memoiren

Buber - Neumann, Margarete, Von Potsdam nach Moskau, Stationen eines Irrweges, Stuttgart 1957.

Frölich, Paul, Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, Hamburg 1949.

Hölz, Max, Vom "Weißen Kreuz" zur Roten Fahne, Jugend-, Kampf- und Zuchthaus Erinnerungen, Berlin 1929.

Jung, Franz, Der Weg nach unten. Aufzeichnungen aus einer großen Zeit, Neuwied 1961.

Kropotkin, Peter, Die Memoiren eines Revolutionärs, Berlin 1920.

Mühsam, Erich, Unpolitische Erinnerungen, Berlin 1952.

Nettl, Peter, Rosa Luxemburg, Köln/Berlin 1967.

Oerter, Sepp, Acht Jahre im Zuchthaus, Nebst einer Einleitung: Aus der Geschichte der deutschen anarchistischen Bewegung in den Jahren 1890 - 1893, Berlin 1905.

Osterroth, Franz, Biographisches Lexikon des Sozialismus, Bd. I: Verstorbene Persönlichkeiten, Hannover 1960.

Plättner, Karl, Der mitteldeutsche Bandenführer. Mein Leben hinter Kerkermauern, Berlin 1930.

Rocker, Rudolf, Johann Most. Das Leben eines Rebellen, Berlin 1924.

Rocker, Rudolf, Hinter Stacheldraht und Gitter. Erinnerungen aus der englischen Kriegsgefangenschaft, Berlin 1925.

Rocker, Rudolf, An autobiography, translated by J. Leftwich, London 1955.

Roland-Holst, Henriette, Rosa Luxemburg, ihr Leben und Wirken, Zürich 1937.

Toller, Ernst, Eine Jugend in Deutschland, Hamburg 1963.

Vogeler, Heinrich, Erinnerungen. Mit einem Vorwort von Erich Weinert, Berlin 1952.

Wilde, Harry, Theodor Plivier, Nullpunkt der Freiheit, München, Basel, Wien 1965.

G. Darstellungen

Abendroth, Wolfgang, Die deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration, Heidelberg 1954.

Abendroth, Wolfgang, Die Beziehung zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, in: Die Neue Gesellschaft, 5. Jg. (1958), p. 467 ff.

Abendroth, Wolfgang, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an gegebene Machtverhältnisse, Frankfurt/M. 1964.

Abendroth, Wolfgang, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1965.

Acht, Anton, Der moderne französische Syndikalismus, Jena 1911.

Ackermann, Karl, Organisatorische Streitigkeiten in der deutschen Sozialdemokratie, Diss. phil. Heidelberg 1946.

Anderson, Evelyn, Hammer oder Amboß, zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nürnberg 1948.

Angress, Werner T., Stillborn Revolution, the Communist bid for power in Germany 1921-1923, Princeton/New Jersey 1963.

Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, hrsg. von Frits Kool und Erwin Oberländer, Freiburg i. B. 1967.

Arvon, Henri, L'Anarchisme, Paris 1959.

Bahne, Siegfried, Der Trotzismus in Deutschland 1931 bis 1933. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Komintern, Diss. phil. Heidelberg 1958 (Masch.).

Bahne, Siegfried, Zwischen "Luxemburgismus" und "Stalinismus", die ultralinke Opposition in der KPD, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 11. Jg. (1961), p. 359 ff.

Bartel, Walter, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Berlin 1958.

Bauer, Franz, Französischer Syndikalismus und deutsche Gewerkschaften, Diss. phil. Heidelberg 1948 (Masch.).

Bergsträsser, Ludwig, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München 1955.

Bötcher, Hans, Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Deutschland und England. Eine vergleichende Betrachtung, Jena 1922.

- Brauer, E., Der Ruhraufstand von 1920, Berlin 1930.
- Briefs, Goetz, Gewerkschaftswesen und Gewerkschaftspolitik, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, IV Bd., Jena 1927, p. 1144.
- Brockschmidt, Karl Friedrich, Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes, Diss. phil. Frankfurt/M. - Stuttgart 1929.
- Brupbacher, Fritz, Marx und Bakunin. Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiter-Assoziation, Berlin 1922.
- Bünemann, Richard, Hamburg in der deutschen Revolution von 1918/19, Diss. phil. Hamburg 1951 (Masch.).
- Challaye, F., Revolutionärer und reformistischer Syndikalismus, Tübingen 1913.
- Chambelland, Colette, Le Syndicalisme ouvrier français, Paris 1956.
- Colm, Gerhard, Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März 1920, Essen 1921.
- Colotti, Enzo (Hrg.), Die Kommunistische Partei Deutschlands 1918-1933. Ein bibliographischer Beitrag, Milano 1961.
- Die Roten Kämpfer, Zur Geschichte einer linken Widerstandsgruppe, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 7. Jg. (1959), p. 438 ff.
- Diehl, Karl/Mombert, Paul (Hrg.), Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie, 11. Bd., Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus, Karlsruhe i. B. 1920.
- Diehl, Karl, Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus, Jena 1922.
- Diehl, Karl, Anarchismus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, I. Bd., Jena 1923, p. 288 ff.
- Diehl, Karl, Die Diktatur des Proletariats und das Räte-system, Jena 1924.
- Dörnemann, Manfred, Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Diss. phil. Würzburg 1965, Bochum o. J.
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrgg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. I (1914-1917), Berlin 1958.
- Drahn, Ernst, Syndikalismus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften VII Bd., Jena 1927, p. 1186 ff.

- Drechsler, Hanno, Die Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1962.
- Eyck, Erich, Geschichte der Weimarer Republik, Erlenbach/Zürich und Stuttgart 1954.
- Fischer, Ruth, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt/M. 1948.
- Flechtheim, Ossip K., Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach 1948.
- Foner, Philip S., The Industrial Workers of the World 1905-1917, New York 1965.
- Franck, Sebastian, Soziologie der Freiheit, Otto Rühles Auffassung vom Sozialismus, eine Gedenkschrift, Ulm/Donau 1951.
- Frölich, Paul, Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg, Hamburg 1924.
- Frölich, Paul, Zum Streit um die Spontaneität, in: Aufklärung, 2. Jg. (1952), p. 105 ff.
- Gerlach, Ernst, Syndikalismus, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. X., Göttingen 1959, p. 271 ff.
- Gerlach, Kurt, Theorie und Praxis des Syndikalismus, Leipzig 1913.
- Geyer, Curt, Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, ein soziologischer Versuch, Jena 1923.
- Goetz - Girey, Robert, La Pensée Syndicale Française, Militants et Théoriciens, Paris 1948.
- Gumbel, E. J., Zwei Jahre Mord, Berlin 1921.
- Hauck, Arthur, Spaltungs- und Zersetzungserscheinungen in der deutschen sozialistischen Gewerkschaftsbewegung während der Kriegs- und Nachkriegszeit, Diss. rechts- und staatswissensch. Hamburg 1923 (Masch.).
- Hemberger, Adolf, Das historisch-soziologische Verhältnis des westeuropäischen Anarcho-Syndikalismus zum Marxismus, Diss. phil. Heidelberg 1963.
- Hermberg, Paul, (Nachtrag zu H. Bötcher, Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung ..., Jena 1922, p. 214 ff.).
- Hillmann, Günther, Selbstkritik des Kommunismus, Texte der Opposition, Hamburg 1967.
- Hobsbawm, Eric J., Sozialrebell, archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, Neuwied 1963.

Horowitz, Irving Louis, *Radicalism and the revolt against reason, the social theories of Georges Sorel*, London 1961.

Humbert - Droz, Jaques, *Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal*, Wien, Köln, Stuttgart, Zürich 1964.

Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929.

Kampffmeyer, Paul, *Der Gewerkschafts- und Genossenschaftsgedanke*, in: *Die Befreiung der Menschheit*, Berlin 1921, p. 95 - 109.

Kampffmeyer, Paul, *Radikalismus und Anarchismus*, in: *Die Befreiung der Menschheit*, Berlin 1921, p. 71 - 81.

Kief, Frits, *Gorter als politicus onderschat*, in: *De Gids*, 128. Jg. (1965), Nr. 1/2, p. 77-81.

Kliem, Kurt, *Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe "Neu Beginnen"*, Diss. phil. Marburg 1957 (Masch.).

Kolb, Eberhard, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19*, Düsseldorf 1962.

Kolbe, Hellmuth, *W.I. Lenins Werk "Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" - eine bedeutende Hilfe für die junge KPD*, in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 2. Jg. (1960), p. 255 ff.

Koller, Philipp Alexander, *Das Massen- und Führerproblem in den Freien Gewerkschaften*, Tübingen 1920.

Korsch, Karl, *Das sozialistische und das syndikalistische Sozialisierungsprogramm*, in: *Der Sozialist*, 1. Jg. (1919), p. 402 ff.

Kulemann, W., *Die Berufsvereine*, Bd. II, Jena 1908.

Leber, Annedore (Hrg.), *Das Gewissen entscheidet*, Berlin/Frankfurt a. M. 1957.

Lederer, Emil, *Sozialpolitische Chronik: Die Gewerkschaftsbewegung 1916/18*, in: *Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik*, Bd. XXXXVI (1918/19), p. 844 ff.

Lederer, Emil, *Die Gewerkschaftsbewegung 1918/19 und die Entfaltung der wirtschaftlichen Ideologien in der Arbeiterklasse*, in: *Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik*, Bd. XXXXVII (1920/21), p. 240 ff.

Lenk, Kurt, *Ideologie, Kritik und Wissenssoziologie*, Neuwied 1961.

Leonhard, Susanne, *Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges*, Berlin 1920.

Lepke, Hermann, *Syndikalismus und Anarcho-Syndikalismus in Deutschland*, in: *Gewerkschafts-Archiv*, Bd. II, Jena 1925.

Marchal, André, *Le mouvement syndical en France*, Paris 1945.

Marx - Engels - Lenin - Stalin - Institut beim ZK der SED (Hrg.), *Die Märzkämpfe 1921. Mit Dokumentenanhang*, Berlin 1956.

Matthias, Erich, *Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkriege*, in: *Marxismusstudien*, Bd. II, Tübingen 1957, p. 151 ff.

Maus, Heinz, *Anarchismus*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Bd. I, Stuttgart 1956, p. 181 ff.

Mayntz, Renate, *Soziologie der Organisation*, Hamburg 1963.

Mehring, Franz, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, 2 Bde., Berlin 1960.

Mehring, Franz, *Karl Marx, Geschichte seines Lebens*, Leipzig o. J.

Michels, Robert, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Stuttgart 1925.

Michels, Robert, *Eine syndikalistisch gerichtete Unterströmung im deutschen Sozialismus (1903-1907)*, in: *Festschrift für Carl Grünberg*, Leipzig 1932.

Müller, Paul / Breves, Wilhelm, *Bremen in der deutschen Revolution vom November 1918 bis März 1919*, Bremen 1919.

Naef, Eugen, *Zur Geschichte des französischen Syndikalismus*, Zürich 1953.

Nestriepke, Siegfried, *Die Gewerkschaftsbewegung*, Stuttgart 1921, Bd. II.

Nettlau, Max, *Der Vorfrühling der Anarchie. Ihre historische Entwicklung von den Anfängen bis zum Jahre 1864*, Berlin 1925.

Nettlau, Max, *Der Anarchismus von Proudhon zu Kropotkin. Seine historische Entwicklung in den Jahren 1859-1880*, Berlin 1927.

Nettlau, Max, *Anarchisten und Sozialrevolutionäre der Jahre 1880-1886*, Berlin 1931.

Nipperdey, Thomas, *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918*, Düsseldorf 1961.

Nollau, Günther, *Die Internationale, Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus*, Köln/Berlin 1959.

Paetel, Karl O., *Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus*, Göttingen 1965.

Pannekoek, Anton, La politique de Gorter, in: La révolution prolétarienne, revue syndicaliste révolutionnaire, 1952 (aout/sept.), p. 13 f.

Prager, Eugen, Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921.

Pross, Harry, Literatur und Politik, Geschichte und Programme der politisch-literarischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet seit 1870, Freiburg i. B. 1963.

Raabe, Paul (Hrg.), Ich schneide die Zeit aus. Expressionismus und Politik in Franz Pfemferts "Aktion", München 1964.

Reichenbach, Bernhard, Zur Geschichte der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 13. Jg. (1928), p. 117 ff.

Rist, Walter, Die Splittergruppen der KPD, in: Neue Blätter für den Sozialismus, Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung, 3. Jg. (1932), p. 134 ff.

Rettig, Rudolf, Die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918 bis 1925, unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen mit den Freien Arbeitergewerkschaften, Diss. phil. Hamburg 1954 (Masch.).

Ritter, Gerhard A., Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890-1900, Berlin 1959.

Rocker, Rudolf, Anarchism and Anarcho-Syndicalism, in: Feliks Gross (ed.), European Ideologies, New York 1948.

Roloff, Ernst August, Braunschweig und der Staat von Weimar, Braunschweig 1964.

Rosenberg, Arthur, Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1961.

Rosenberg, Arthur, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1961.

Rosenberg, Arthur, Geschichte des Bolschewismus, Frankfurt/M. 1966.

Rüdiger, Helmut (u. a.), Gustav Landauer, Worte der Würdigung, Darmstadt o. J. (1950).

Schorske, Carl E., German Social Democracy 1905-1917, the Development of the Great Schism, Cambridge-Mass. 1955.

Schüddekopf, Otto Ernst, Linke Leute von rechts, die national-revolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960. ✂

Schüddekopf, Otto Ernst, Karl Radek in Berlin, ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. II (1962), p. 87 ff.

Schürer, Heinz, Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands in der Nachkriegszeit 1918 bis 1923, Diss. phil. Leipzig 1933.

Schurig, H., Vorläufiges Fundbuch des literarischen Nachlasses von Adam Scharrer, Berlin 1960. X

Sijes, Bernhard, De Raden-Beweging in Nederlanden en haar Kranten, masch. schriftl. Manuskript (unveröffentlicht).

Souchy, Augustin, Kleiner Dank für ein großes Leben. Zum Tode von Rudolf Rocker, in: Geist und Tat, Monatsschrift für Recht, Freiheit und Kultur, 13. Jg. (1958), p. 339 ff. X

Spethmann, Hans, Zwölf Jahre Ruhrbergbau, 1914 bis 1925, 3 Bde., Berlin 1929.

Stampfer, Friedrich, Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik, Offenbach/M. 1947.

Ströbel, Heinrich, Die deutsche Revolution, ihr Unglück und ihre Rettung, Berlin 1922.

Szczesny, Gerhard, Romantischer Sozialismus. Zur Gesellschaftslehre Gustav Landauers, in: Geist und Tat, Monatsschrift für Recht, Freiheit und Kultur, 6.-7. Jg. (1951/52), p. 287 ff.

Thompson, Fred, The IWW. Its First 50 Years (1905-1955). The history of an effort to organize the working class, Chicago 1955.

Tjaden, K. H., Struktur und Funktion der "KPD-Opposition" (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur "Rechts-"Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964.

Tormin, Walter, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie, die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954.

Varain, Heinz Josef, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920), Düsseldorf 1956.

von Oertzen, Peter, Die großen Streiks der Ruhr-Bergarbeiterschaft im Frühjahr 1919, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 6. Jg. (1956), p. 231 ff.

von Oertzen, Peter, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1964.

von Saurma - Jeltsch, Der Syndikalismus in Frankreich und die syndikalistische Tendenz in der deutschen Arbeiterbewegung, Breslau 1920.

Waldmann, Eric, The Spartacist Uprising of 1919 and the crisis of the German Socialist Movement: A study of the relation of political theory and party practice, Milwaukee 1958.

Weber, Hermann, Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht, Wandlungen des deutschen Kommunismus, Hannover 1961.

Weber, Hermann, Der deutsche Kommunismus, Dokumente, hrgg. und kommentiert von Hermann Weber, Köln/Berlin 1963.

Weber, Hermann (Hrg.), Völker hört die Signale. Der deutsche Kommunismus 1916-1966, München 1967.

Wenzel, Otto, Die Kommunistische Partei Deutschlands im Jahre 1923, Diss. phil. Berlin 1955.

Willeke, Eduard, Die Ideenwelt des deutschen Syndikalismus, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 128. Bd. (1928), p. 870 ff.

Personenverzeichnis

- Appel, Jan 253f, 259f, 307, 317f, 427, 445
 Auer, Ignaz 11
- Bab, Julius 448
 Baginski, Max 8, 9, 14, 15, 448
 Bakunin, Michael 15, 158, 305, 332, 336, 338, 435, 436, 439, 463
 Ballushek, 238
 Bartels, Arthur 448
 Barwich, Franz 161, 165, 448
 Bebel, August 8, 9, 10, 26, 27, 43, 435
 Becher, Johannes R. 318
 Becker, Karl 100, 130f, 151, 189, 190f, 198, 427, 429, 449
 Bergmann (Pseudonym) 259
 Bergson, Henri 325
 Berkman, Alexander 449
 Bernstein, Eduard 40, 46, 59
 Berth, Edouard 35
 Binding, Rudolf G. 318
 Blei, Franz 14, 15
 Borchardt, Julian 48, 67, 69, 73ff, 93, 94, 265, 327, 427f, 434, 436, 449
 Bowitzki, 302
 Brandler, Heinrich, 293, 294f, 297, 315, 317, 326, 445, 449
 Brandt, F. 103, 154, 449
 Braun, M. J. 153, 449
 Brecht, Bert 318
 Bremer, Paul (Pseudonym) 438
 Broh, James 219, 223, 256, 307, 318, 450
 Brupbacher, Fritz 5, 33, 450
 Buber, Martin 318
 Bucharin, Nikolai 257, 450
 Busch, Reinhold 162
- Cornelissen, Christian 35
- Dannenberg, Karl 126, 129, 189, 211ff, 450
 Däumig, Ernst 213
 Debs, Eugene V. 212, 213, 450
 De Leon, Daniel 212, 213, 450
 De Santillan, Diégo 339f, 445, 446
 Dewey, John 440
 Dietzgen, Joseph 54f, 263f, 437
 Dühring, Eugen 5, 15
- Eberlein, Hugo 92, 99, 300f
 Ebert, Friedrich 75, 88
 Ehrenstein, Albert 282, 301
 Einstein, Albert 318
 Eisner, Kurt 433
 Engels, Friedrich 5, 11, 101, 451
 Ernst, Paul 12
- Ferrer, Francisco 177
 Fischer, Ruth 2, 275, 471
 Fischer, Samuel 318
 Fourier, Charles 101
 Fraenkl, Victor 173, 316, 318, 326
 Friedeberg, Raphael 28ff, 32, 36, 126, 282, 327, 428, 446, 451
 Friesland, Ernst (Pseudonym) 2, 298
 Frölich, Paul 40, 45, 63, 67, 89, 95, 97, 98, 99, 100, 116, 126, 127, 130f, 151, 189, 190, 235, 296, 297, 301f, 427, 428f, 432, 451, 468, 471
- Gallert, Otto 451
 Geist, Rudolf 451
 George, Heinrich 318
 Goldmann, Emma 452
 Goldstein, Arthur 197, 208, 238, 239, 244, 246, 248, 259, 277, 280, 452
 Gompers, Samuel 355
 Gorter, Herman 49, 70, 150, 152, 199f, 201, 230, 237f, 241f, 245, 247, 248, 249, 252, 257ff; 261, 262ff, 286, 305ff, 315, 331, 343ff, 429f, 432, 436, 441, 452
 Großmann, Rudolf 175f, 178f, 220, 321
 Guttmann, Ketty 320, 462
- Haase, Hugo 59, 75
 Hammer, 185
 Harden, Maximilian 316
 Harper, John (Pseudonym) 437
 Hasselmann, Wilhelm 6, 7
 Hauptmann, Gerhart 317
 Hausmann, Raoul 316
 Heckert, Fritz 183
 Heiling, 120
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 238, 262, 441
 Hempel, (Pseudonym) 259, 427
 Henke, Alfred 70
 Hering, Wilhelm 296

- Herrmann-Neiße, Max 219, 316
 Hertzka, 15
 Herz, Carl 78
 Hiller, Kurt 318
 Hoelz, Max 101, 173, 294f, 296, 297,
 301, 303, 308ff, 330, 331, 332, 430, 438,
 452, 468
 Hood, Robin 311
 Horner, Karl (Pseudonym) 68, 147,
 148, 149, 237, 243, 270, 279, 437, 452
- Ihering, Herbert 318
- Jogiches, Leo 91, 113, 114, 139, 433
 Jung, Franz 235, 238, 247, 253f, 258,
 300ff, 308f, 327, 329, 427, 430f, 453,
 468
- Kampffmeyer, Bernhard 16
 Kampffmeyer, Paul 12, 13, 15, 472
 Kanehl, Oskar 219
 Kant, Immanuel 263, 429
 Kater, Fritz 7, 8, 10, 11, 12, 25, 28, 31,
 32, 33, 34, 86, 103, 104, 106, 133, 134,
 137, 155, 160, 161, 162, 163, 167ff, 179,
 292, 307, 319, 321, 339, 431, 439, 446,
 453
 Katz, Iwan 223
 Kautsky, Karl 21, 43, 45, 46, 51ff, 59,
 69, 150, 229, 263, 265f, 429, 436
 Kempin, (Pseudonym) 303, 443
 Kerr, Alfred 318
 Keßler, Gustav 9, 24, 25, 28, 31, 327,
 428, 431f
 Kleinlein, Andreas 27, 453
 Knief, Johann 50, 66, 67, 89, 90, 91, 92,
 93, 95, 96, 99, 101, 115f, 130, 139, 428,
 432, 434, 436, 438, 443
 Kollontai, Alexandra 261, 347, 453
 Korpelanski, R. 347
 Korsch, Karl 53, 55, 165, 187, 250, 262,
 453, 472
 Köster, Fritz 14, 33, 34, 162, 175, 179
 Kotte, Emil 453
 Kropotkin, Peter 15, 16, 18, 29, 33, 5f,
 106, 107, 158ff, 165, 168, 432, 435, 436,
 439, 453f, 468
 Kun, Bela 297f, 300f
- Labriola, Antonio 36
 Lachmann, Benedict 178, 454
 Lagardelle, Hubert 35, 36
- Landauer, Gustav 12, 14, 15, 16, 17, 18,
 19, 20ff, 29, 35, 38, 107, 117f, 159f,
 168, 169, 175, 176, 339, 428, 432f, 435,
 442, 454
 Lange, Paul 81, 83, 401, 454
 Lasalle, Ferdinand 435
 Laufenberg, Heinrich 48, 63, 66, 67,
 77ff, 84, 90, 100, 102, 116, 117, 126,
 129, 142ff, 146, 189, 191, 225, 226f,
 229, 236, 274ff, 307, 327, 433, 444,
 454f
 Le Bon, Gustave 52
 Ledebour, Georg 59, 75
 Legien, Carl 23, 27, 69, 85, 355, 407
 Lembk, 302
 Lenin, Wladimir I. 41, 42, 68, 69, 70,
 75, 91, 113, 115, 150, 151, 165, 226,
 236, 252, 253ff, 260ff, 262ff, 278, 305,
 336, 343, 346, 427, 428, 429, 437, 438,
 455
 Lessing, Theodor 22
 Levi, Paul 94, 96, 99, 105, 113, 116, 120,
 123, 124, 129, 139ff, 150, 151, 153,
 155, 181, 208, 227, 236, 253, 254, 257,
 268, 277, 282, 293f, 295, 297f, 300,
 305f, 311, 313, 314, 315, 324, 407,
 433f, 437, 438, 450, 455
 Levinsohn, (Brüder) 101
 Liebknecht, Karl 40, 42, 46, 48, 58,
 63ff, 70, 74, 75, 93, 95, 99, 102, 113,
 114, 123, 139, 282f, 328, 406, 433,
 437, 440, 441, 455f
 Liebknecht, Wilhelm 6, 10, 11, 435
 Liebmann, Hermann 81, 82, 456
 Lincke, 248
 Lindemann, Otto 280, 456
 Losowski, Salomon A. 204f, 337, 456
 Lukacs, Georg 55, 262
 Luxemburg, Rosa 21, 30, 35, 40ff, 49,
 50, 51, 54, 58, 61, 62ff, 65, 67, 68, 69,
 71, 74, 75, 78, 91, 93, 94, 95, 97, 98, 99,
 100, 102, 112f, 114, 116, 123, 126, 139,
 141, 142, 144, 150, 151, 197, 242, 262f,
 268, 269, 273, 282, 331, 406, 429, 433,
 441, 442, 456, 468
- Machno, Nestor 337
 Mann, Heinrich 318
 Mann, Thomas 318
 Marx, Karl 5, 46, 55, 101, 158, 229, 238,
 263, 265, 278, 285, 331, 429, 442
 Maslow, Arkadij 2

- Mehring, Franz 11, 46, 48, 58, 73, 74,
 77, 197, 406, 433, 441
 Menzel, 456
 Merges, August 115, 255f, 434
 Meyer, 259f
 Michaelis, 248
 Michels, Robert 21, 22, 35ff, 40, 45,
 50, 64, 73, 81, 327, 456f, 473
 Millerand, Alexandre 36
 Minck, Friedrich 457
 Minster, Karl 67, 114f
 Möller, Werner 90, 101, 116f, 309, 434f,
 457
 Most, Johann 6, 7, 15, 33, 106, 107, 168,
 308, 332, 435, 436, 439, 442, 457, 468
 Mühsam, Erich 19, 117f, 168, 173, 309,
 430, 435f, 457, 468
 Müller, Hans 14, 15, 37, 457
 Müller, Richard 213
- Nacht, Siegfried 17, 49
 Nauffacher, Werner (Pseudonym) 435
 Nettlau, Max 1, 5, 6, 13, 14, 15, 16, 28,
 29, 32, 173, 174, 178, 436, 445f, 457,
 473
 Nietzsche, Friedrich 179
 Nieuwenhuis, Domela F. 11, 33, 34,
 106, 107, 457
 Noske, Gustav 88, 111, 310
- Oerter, Fritz 19, 33, 106, 107f, 167f,
 173, 292, 326, 458
 Oerter, Sepp 14, 106, 115, 468
 Oestreich, Rudolf 168f
 Otten, Karl 282
 Owen, Robert 124
- Pankhurst, Emmeline 346
 Pankhurst, Sylvia 344, 346
 Pannekoek, Anton 11, 21, 45, 47, 49ff,
 64, 67, 68, 69f, 73, 74, 90, 100, 102,
 123, 144f, 147ff, 159, 199, 226, 229,
 230, 237, 243, 252, 261, 263, 265f,
 268, 270, 279, 280, 344f, 385, 429,
 432, 436f, 458f, 474
 Pawlowitsch, Paul 16
 Pelloutier, Fernand 35
 Peter, Karl 459
 Pfemfert, Franz 5, 7, 47, 64, 73, 94,
 178, 215ff, 222, 223, 256, 265, 282ff,
 307, 308, 316, 322, 337, 437, 459
 Pieck, Wilhelm 113, 294, 407
- Pinkowski, 248
 Plättner, Karl 101, 173, 241, 302,
 328ff, 437f, 459, 468
 Plievier, Theodor 176, 309, 459, 468
 Pouget, Emile 35, 160, 164
 Prager, Eugen 60, 474
 Prenzlau, Max 303
 Proudhon, Pierre-Joseph 15, 18, 101,
 432
- Radek, Karl (Pseudonym) 46, 67, 68,
 69, 70, 74, 75, 91, 144ff, 148, 149, 150f,
 252, 254, 257, 260, 261f, 278, 427, 428,
 438, 459f
 Ramus, Pierre (Pseudonym) 33, 176,
 460
 Rasch, Fritz 239, 257, 301
 Reichenbach, Bernhard 1, 226, 227,
 238, 244, 245, 247, 248, 252, 259f,
 262, 277, 347, 439, 474
 Reinsdorf, August 6, 92
 Reuter, Ernst 298
 Roche, Karl 27, 104ff, 107, 167, 169,
 172, 189, 190ff, 196f, 198, 211, 214,
 460
 Rocker, Rudolf 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12,
 13ff, 23, 25, 31, 32, 86, 103, 105ff, 136,
 137f, 154, 155, 156ff, 162ff, 167ff,
 172ff, 178f, 265, 292f, 308, 321, 326,
 335, 336ff, 343, 349, 431, 436, 439,
 442, 446, 452, 460f, 468, 474
 Roland-Holst, Henriette 49, 70, 260,
 429, 436
 Roller, Arnold (Pseudonym) 17, 48, 49,
 164, 461
 Rowohlt, Ernst 318
 Rück, Fritz 60ff, 65, 66, 78, 93
 Rüdiger, Helmut 19, 118, 162, 340, 445,
 474
 Ruest, Anselm 178
 Rühle, Otto 47ff, 58, 70, 74, 84, 90, 96,
 98, 99, 100, 102, 114, 117, 129, 189,
 190, 204, 215ff, 222, 236, 254ff, 258,
 280, 282ff, 307, 315f, 321f, 327, 329,
 335, 396, 437, 440, 461f
- Sach, Emil 208, 239, 244, 245, 247
 Sachs, (Pseudonym) 259, 442
 Saint-Simon, Claude-Henri 15
 Schapiro, Alexander 338
 Scharrer, Adam 239, 248, 440f, 462
 Scheidemann, Philipp 69, 75, 88, 252

- Schmelzer, Wally 197
 Schneider, Josef 301, 309, 462
 Schröder, Karl 131, 189, 194, 197ff,
 204, 205, 206, 207f, 218, 230, 231, 233
 238f, 242, 243, 244, 245, 247, 248,
 257, 269, 281, 286, 298, 303, 309,
 315f, 325, 327, 341f, 344, 404, 429,
 439, 440, 441, 442, 444, 462
 Schuman, Georg 310, 462
 Schwab, Alexander 197, 238f, 242, 246f,
 248, 259f, 303, 327, 441f
 Schwarz, Ernst 250f
 Seemann, Johannes (Pseudonym) 238,
 439, 462
 Siemsen, Hans 282
 Sinowjew, Gregorij 70, 255, 259, 260,
 262, 427
 Sobelsohn, Karl Bernardovich 438
 Sombart, Werner 35
 Sorel, Georges 35, 323f, 325
 Souchy, Augustin 19, 104, 107f, 160,
 162, 167f, 169, 170, 179, 256, 292, 326,
 334, 338ff, 442, 445, 462, 475
 Spinoza, Baruch 263
 Stalin, Joseph 273
 Sternheim, Carl 219, 462
 Stirner, Max (Pseudonym) 15, 178
 Ströbel, Heinrich 60, 88, 475
 Struthahn, Arnold (Pseudonym) 150,
 438, 462
 Sturm, Fritz 124, 146, 151, 279, 462
 Thalheimer, August 67, 115, 278, 279,
 297, 407, 434, 463
 Thiemann, Gerhard 302
 Timonero, Carlos (Pseudonym) 440
 Toller, Ernst 118, 308, 435, 463, 468
 Tolstoi, Leo 179
 Trautmann, W. E. 463
 Trotzki, Leo 257f, 260, 440, 463
 Tucholsky, Kurt 318
 Utzelmann, Peter 238, 239, 248, 302f,
 442f, 445
 Vogeler, Heinrich 101, 142, 176, 177,
 327, 443, 463, 468
 von Vollmar, Georg Heinrich 9, 10
 Weber, Max 35, 288
 Wedekind, Frank 435
 Weidner, Albert 5
 Weiland, Alfred 238, 248, 251, 347f, 445
 Wendel, Friedrich 194, 197f, 238f, 246,
 280f, 327, 443f
 Werner, Paul (Pseudonym) 116, 429
 Werner, Wilhelm 8, 9, 10, 11, 14, 15, 73
 Weyer, Paul 185, 187
 Wildberger, Karl 8, 9, 13, 15, 106
 Wilfrath, 248
 Wille, Bruno 8, 9, 12, 13, 14, 15, 33
 Windhoff, Carl 103, 119, 136, 447
 Winkler, Max 162
 Witkop, Milly 163, 464
 Wolffheim, Fritz 64, 67, 77ff, 84, 90,
 100, 116, 117, 125f, 129ff, 142ff, 188,
 189, 191, 198, 211, 225, 226f, 229,
 236, 274ff, 307, 327, 433, 444, 464
 Wolfstein, Rosi 97
 Yvetot, Georges 160
 Zetkin, Clara 30, 46, 113, 298, 300, 305
 Zuckmayer, Carl 282
 Zweig, Arnold 318

LEBENS LAUF

Am 13. 5. 1940 wurde ich als Sohn des Gartenmeisters Karl Bock und dessen Ehefrau Elisabeth, geb. Hempel, in Kassel geboren.

Ich besuchte von 1946 bis 1950 die Grundschule in Großenritte (Landkreis Kassel) und wurde 1950 in das Kasseler Realgymnasium I (später: Albert Schweitzer-Schule, Gymnasium für Jungen) aufgenommen. Dort bestand ich im März 1960 die Reifeprüfung und immatrikulierte mich an der Philipps-Universität Marburg a. d. Lahn für die Fächer Wissenschaftliche Politik, Germanistik und Romanistik.

An der Marburger Philipps-Universität legte ich im Februar 1964 die Pädagogische Vorprüfung, im Mai 1967 die Fachwissenschaftliche Prüfung in Politik und Deutsch für das Lehramt an Höherer Schulen ab.

Während des Universitätsjahres 1964/65 unterrichtete ich in Frankreich (Orléans) als Assistent und Lektor für deutsche Sprache und Literatur. Seit November 1965 bin ich als wissenschaftliche Hilfskraft im Institut für Ältere Deutsche Philologie tätig.

Neben den Fächern Wissenschaftliche Politik, Germanistik und Romanistik belegte ich Vorlesungen und Übungen in Soziologie, Philosophie, Psychologie und Kunstgeschichte.

Meine akademischen Lehrer waren die Herren Professoren Abendroth, Berger, Buck, Ebbinghaus, Flasche, Grabowsky, Heisig, Heitmann, Klein, Kunz, Matthias, Maus, Reich, Schmitt, Schröder und Winkler.

BOCK: SYNDIKALISMUS UND LINKSKOMMUNISMUS

H
70
2301